

RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung 2/2021



REICHT'S FÜR ALLE? WELTERNÄHRUNG AN DEN GRENZEN DES WACHSTUMS

**DIE TRANSFORMATION
DER ERNÄHRUNGSSYSTEME**
Richtungs- & Machtfragen
der Welternährungspolitik

› Seite 7

**ERNÄHRUNGSSYSTEME
ALS ANLAGEOBJEKT**
Folgen der Finanzialisierung
von Ernährung &
Landwirtschaft

› Seite 14

WATER FUTURES
Eine gefährliche Form
der Kommerzialisierung
von Wasser

› Seite 17

**MANCHMAL IST
WENIGER MEHR**
Abschied von Weltmärkten
durch global-solidarische
Regionalisierung

› Seite 32

ISSN 1864-0982

RUNDBRIEF 2/2021

WELTERNÄHRUNG

SCHWERPUNKT

So viel Hunger – so viel Nahrung 2

Warum es uns nicht gelingt, das Recht auf Nahrung für alle Menschen durchzusetzen

Roman Herre

Wer steuert die Transformation der Ernährungssysteme, und wohin? 7

Bei der aktuellen Kontroverse um den UN-Food Systems Summit geht es um Richtungs- und Machtfragen der zukünftigen Welternährungspolitik

Martin Wolpold-Bosien

11 Schritte für eine Zukunft ohne Hunger 11

Welternährung 2030

Lutz Deppenbusch

Ernährungssysteme als Anlageobjekt 14

Die Finanzialisierung von Ernährung und Landwirtschaft und ihre Folgen

Flora Sonkin und Magdalena Ackermann

Water Futures – die Zukunft des Wassers? 17

Eine gefährliche Form der Kommerzialisierung von Wasser

Maude Barlow

AGRA – Unheilvolle Allianz für eine grüne Revolution in Afrika 20

Bilanz zu einer als Anti-Armutsprogramm getarnten

Lobbyorganisation für Agrarkonzerne

Josephine Koch

Fehlernährung ist Symptom einer globalen Syndemie 23

...und eine Folge des Zusammenwirkens von Klimawandel, Hunger und Übergewicht

Dinah Stratenwerth

SaisonarbeiterInnen stärken! 26

Gewerkschaften und Beratungsstellen gehen neue Wege

Benjamin Luig

Krank durch Pestizide 29

Über das Ausmaß der globalen unbeabsichtigten Pestizidvergiftungen

Susan Haffmans

Manchmal ist weniger mehr 32

Wie der Abschied von Weltmärkten durch global-solidarische Regionalisierung gelingen kann

Nelly Grotefendt

Die Tierwohlabgabe als Instrument für bessere Haltungsbedingungen 35

Sie kann aber nur ein erster Schritt sein

Ann-Cathrin Beermann

Der Wald als Nahrungsquelle 38

Wie Agroforstwirtschaft zur Ernährungssicherung weltweit beitragen kann

Ulrike Bickel

Schwerpunktpublikationen 41

AKTUELLES

Neue Spielräume für nachhaltige Entwicklung? 42

Die Schöpfung von Sonderziehungsrechten als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie

Manuel F. Montes

Internationale Verhandlungen um Geld und Artenvielfalt 45

Finanzierung und Finanzen im neuen globalen Rahmen für die Biodiversität

Florian Titze

Handel über Demokratie 48

Wie internationale Freihandelsabkommen der chilenischen Bevölkerung ihr Selbstbestimmungsrecht absprechen

Veronica Rossa

AUS DEM FORUM

Schluss mit Hormongiften! 51

NGOs fordern von der Bundesregierung, endlich die Belastung mit Hormongiften zu stoppen

Wolfgang Obenland

Aus Alt mach Öl 54

Doch Kreislaufwirtschaft sieht anders aus

Tom Kurz

Publikationen aus dem Forum 57



Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im November 2021.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Telefon: 030/678 17 75 920, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, Twitter: @ForumUE **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier **REDAKTION:** Ramona Bruck und Wolfgang Obenland **MITARBEIT:** Judith Hermann **LEKTORAT:** Marion Busch **LAYOUT:** STUDIO114.de | Michael Chudoba **TITELBILD:** Nadine Primeau/unsplash **DRUCKEREI:** Knotenpunkt Offsetdruck GmbH **REDAKTIONSSCHLUSS:** 31. Mai 2021

Die dargestellten Inhalte und Positionen liegen in der Verantwortung der jeweiligen AutorInnen und geben nicht zwingend Standpunkte des Forums, seiner Mitglieder oder Förderer wieder.



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im Herbst dieses Jahres lädt der Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres zu einem Welternährungsgipfel nach New York – dem UN Food Systems Summit (UNFSS). Der soll Weichen stellen, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) doch noch zu erreichen. Antworten auf die dringendsten Probleme des globalen Ernährungssystems sollen gefunden werden: zunehmender Hunger, Mangel- und Fehlernährung, Biodiversitätsverlust und die fortschreitende Klimakrise. Doch bei genauerem Hinsehen entpuppen sich

die hehren Ziele und der Gipfel selbst als Rückschritt für Inklusivität und Partizipation. Er bietet Lobbyisten eine Spielwiese und untergräbt bestehende UN-Prozesse und Institutionen.

Grund für uns, einen genaueren Blick auf den Gipfel, seine Agenda sowie die dringendsten Herausforderungen des globalen Ernährungssystems zu werfen. Die Speicher sind voll, doch die Teller bleiben leer. Diesem Paradox kommt Roman Herre im Leitartikel auf die Spur. Er schildert eindrücklich, wie das industrielle Ernährungssystem und seine festgefahrenen, industriefreundlichen Strukturen Menschenrechte untergraben, und fühlt strukturellen Ursachen auf den Zahn. Dass auch der UNFSS keine Abhilfe verspricht, darüber schreibt Martin Wolpold-Bosien. Besorgniserregend zeichnen sich problematische Verflechtungen u. a. zur „Allianz für eine grüne Revolution in Afrika“ (AGRA) ab. Josephine Koch wirft einen kritischen Blick auf diese Allianz, welche auch von der deutschen Bundesregierung unterstützt wird und die Lage der afrikanischen Kleinbäuerinnen und -bauern nicht verbessert. Zu sehr setzt sie auf industrielle Landwirtschaft.

In den vergangenen Jahrzehnten nahm der Einfluss von Finanzmarktakteuren und Märkten auf alle ökonomischen und gesellschaftlichen Bereiche zu. Flora Sonkin und Magdalena Ackermann betrachten die gefährlichen Prozesse der Marktliberalisierung und „Finanzialisierung“ hinsichtlich Ernährung und Landwirtschaft. Maude Barlow schildert die Entwicklung der Kommerzialisierung der Ressource Wasser und warum das kein Beitrag zur Lösung der globalen Wasserkrise ist. Dinah Stratenwerth zeigt am Beispiel Mexiko, wie Fehlernährung eine Folge des industriellen Ernährungssystems und ein Symptom des Zusammenwirkens von Klimawandel, Hunger und Übergewicht ist. Doch Gefahren für Gesundheit lauern bekanntlich nicht nur in Zucker. Susan Haffmans berichtet über das Ausmaß der globalen, unbeabsichtigten Pestizidvergiftungen bei LandarbeiterInnen, die täglich auf Plantagen und in Gewächshäusern Pestiziden zum Teil schutzlos ausgeliefert sind.

Die Zeit ist reif für eine ambitionierte und umfassende agrarökologische, menschenrechtsbasierte Transformation der Ernährungssysteme. Ulrike Bickel schreibt darüber, wie Agroforstwirtschaft dazu beitragen kann.

In der Rubrik Aktuelles finden Sie diesmal finanzpolitische Artikel. Zum einen den zweiten Teil von Manuel Montes' Ausführungen zu frischen Sonderziehungsrechten als Reaktion auf die Pandemie. Zum anderen einen Beitrag von Florian Titze zu Finanzierungsfragen im Kontext des aktuell verhandelten globalen Rahmenabkommens zum Schutz der Biodiversität. Für ein erfolgreiches Abkommen muss nicht nur mehr Geld lockergemacht werden. Umweltschädliche Finanzströme müssen genau so dringend beendet oder umgelenkt werden.

Die chemiepolitischen Referenten des Forums übernehmen in dieser Ausgabe die dritte Rubrik. Während Wolfgang Obenland die Forderungen der Kampagne „Hormongifte stoppen!“ auf den Punkt bringt, beschreibt Tom Kurz das Pyrolyse-Verfahren, das von der chemischen Industrie als umweltfreundliche Zukunftstechnologie verkauft wird, „doch Kreislaufwirtschaft sieht anders aus.“

Ich denke, es ist wieder für jede und jeden etwas dabei. Ich wünsche Ihnen eine bereichernde und ermutigende Lektüre.

Ramona Bruck



SO VIEL HUNGER – SO VIEL NAHRUNG

Warum es uns nicht gelingt, das Recht auf Nahrung für alle Menschen durchzusetzen

Nach Angaben der UN leidet fast ein Zehntel der Weltbevölkerung unter chronischem Hunger. Drei Milliarden Menschen sind zu arm, um sich gesund ernähren zu können. Durch COVID-19 droht die Zahl derjenigen, die von schweren Gesundheitsschäden bis hin zum Hungertod bedroht sind, von 150 auf 280 Millionen zu steigen. Dabei liegt die Menge der pro Kopf verfügbaren Lebensmittel auf einem historischen Höchststand.



Chris Robert/Unsplash

Die Zahl der Hungernden steigt seit fünf Jahren kontinuierlich an. Rund 690 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt. 144 Millionen Kinder unter fünf Jahren – weltweit mehr als ein Fünftel aller Kinder – sind in ihrem Wachstum beeinträchtigt. Pro Jahr sterben rund fünf Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag, häufig infolge von Unterernährung. Und insgesamt zwei Milliarden Menschen sind von „mittlerer bis schwerer Ernährungsunsicherheit“ betroffen, hungern also temporär.

Zwar haben Länder wie China und Vietnam seit der Jahrtausendwende große Fortschritte gemacht. Jedoch steigt in Afrika und Lateinamerika die Zahl der Betroffenen weiter an. In Afrika südlich der Sahara hat fast ein Viertel der dortigen Bevölkerung nicht ausreichend zu essen, weshalb Afrika als Hungerkontinent wahrgenommen wird. Doch auch in Indien hungern 195 Millionen Menschen – und damit fast so viele wie südlich der Sahara (230 Millionen).

Hungern im Überfluss

Laut Welternährungsorganisation (FAO) wurde noch nie so viel Nahrung produziert wie heute. Seit 1960 hat sich die Getreideernte mehr als verdreifacht, die Fleischproduktion mehr als vervierfacht und die Fischmenge gar versechsfacht.

Trotz Bevölkerungswachstums steht pro Kopf 30 % mehr Nahrung zur Verfügung als noch vor 60 Jahren. Dieser Trend hält auch unter Corona-Bedingungen an: Nach jüngsten Schätzungen der FAO werden die Getreideernten 2020 rund 2,6 % über denen des Vorjahres liegen. Bereits 2019 wurden für Weizen und Mais Rekordernten eingefahren. Alle geernteten Pflanzen zusammen liefern etwa das 2,5-fache der zur Ernährung benötigten Kalorienmenge. UN-ExpertInnen schätzen, dass es derzeit genügend Nahrung für zehn bis zwölf Milliarden Menschen gibt.¹

Nicht nur die globalen Produktionsvolumina liegen auf Höchststand, auch die Getreidespeicher sind so voll wie nie zuvor. Die Weltgetreidevorräte sind seit 2014 um ein Drittel auf 927 Millionen Tonnen angestiegen (so die Corona-bedingt konservative Schätzung für 2020). Dass globale Lagerbestände und die Zahl dauerhaft hungernder Menschen parallel ansteigen, zeigt, wie stark Agrarproduktion und Hunger heute entkoppelt sind. Auch dies entlarvt den immer wiederkehrenden Ruf nach mehr Produktion seitens der Agrarindustrie und vieler Staaten als weitgehend interessendominiertes Argument.

Wir haben und produzieren also immer mehr – aber was und für wen? Ein Blick auf die Entwicklung der global bedeutendsten Anbauprodukte zeigt, dass unser Agrar- und

Ernährungssystem überhaupt nicht darauf ausgerichtet ist, hungernde Menschen zu ernähren.

Anbau für die Satten

Die sechs Pflanzen mit den größten Flächenzuwächsen sind Mais, Palmöl, Soja, Zuckerrohr, Raps und Cassava. Ihre weltweite Anbaufläche ist seit dem Jahr 2000 um 51,1 % oder 145 Millionen Hektar gewachsen. Ihnen ist gemein, dass sie große Bedeutung als Futtermittel, Energiepflanzen, für die Bioplastik-Produktion und andere industrielle Nutzungen haben.

An der Entwicklung des Maisanbaus seit der Jahrtausendwende lässt sich dies besonders gut illustrieren: Dessen globale Anbaufläche ist von 137 Millionen Hektar auf 197 Millionen Hektar regelrecht explodiert. Mit einem Zuwachs von 60 Millionen Hektar – also der fünffachen Ackerfläche Deutschlands! – ist Mais weltweit am stärksten expandiert. Jedoch werden gerade einmal 15 % der globalen Maisernte für die direkte Ernährung verwendet. Demgegenüber ist die Anbaufläche von Weizen, der zum Großteil direkt als Nahrungsmittel verwendet wird, seit 2000 um gerade einmal 3,6 Millionen Hektar angestiegen. Jene für Kartoffeln ist sogar um eine knappe Million Hektar gesunken. Nimmt man Reis mit hinzu, ist die Anbaufläche dieser drei wichtigen Grundnahrungsmittel um gerade einmal 4 % gewachsen.

Nur noch 43 % der Weltgetreideernte landen heute laut FAO direkt auf dem Teller. Ein wachsender Anteil hingegen wird als Futtermittel (36 %), für industrielle Nutzung (11 %) und zur Energiegewinnung (10 %) verwendet. Während die Bedeutung von Anbauprodukten für Tierfutter, Biosprit oder Bioplastik stark gewachsen ist, stagnieren also die Flächen für Grundnahrungsmittel. So hat sich die Agrarproduktion schleichend und weitgehend unbemerkt von ihrer primären Aufgabe, der Ernährungssicherung entfernt, und viele Kalorien gehen durch industrielle und energetische Nutzung, Fleischproduktion und Verarbeitungsverluste verloren.

Auch das gebetsmühlenartige Rezitieren, wir müssten mehr produzieren, hilft nicht wirklich weiter: Der Blick auf die Produktion muss zwingend mit einem Blick darauf gekoppelt werden, wer auf welchen Flächen was für wen anbaut.

Landbevölkerung überproportional betroffen

Für eine Bewertung der Welternährungslage sind globale Produktionszahlen allein aber bei Weitem nicht ausreichend. Es stellen sich zwei einfache, aber grundlegende Fragen: Wer hungert überhaupt? Und warum?

Trotz anhaltender Urbanisierung leben heute so viele Menschen von der Landwirtschaft wie nie zuvor. Zählt man Familienangehörige mit, sind es laut FAO rund 2,6 Milliarden Menschen. Die meisten davon sind kleinbäuerliche NahrungsmittelproduzentInnen. Etwa 300 bis 400 Millionen arbeiten als LohnarbeiterInnen, viele davon in extrem prekären Arbeitsverhältnissen auf Plantagen. Sie halten das industrielle Ernährungssystem am Laufen.

Zugleich leidet insbesondere die Landbevölkerung unter Hunger: Kleinbauern und -bäuerinnen machen rund die Hälfte der Betroffenen aus, LandarbeiterInnen 22 %, NomadInnen und Indigene rund 8 %. Es hungern also para-

doxerweise jene Bevölkerungsgruppen, die selbst Nahrung produzieren und die Versorgung mit Nahrung sicherstellen. Die wichtigsten Ursachen hierfür sind Marginalisierung und Diskriminierung: Die Landbevölkerung hat meist nur wenige Möglichkeiten, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, wird wirtschaftlich benachteiligt und oft in widrige Gebiete abgedrängt – mit schlechten Böden, Trockenheit, Hanglagen, schlechtem Zugang zu Märkten oder fehlender Infrastruktur.

Auch die Arbeitsbedingungen von PlantagenarbeiterInnen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten weiter verschlechtert. Die Löhne sind oft nicht existenzsichernd, gewerkschaftliche Organisation wird kriminalisiert. Die Ursachen hierfür liegen nicht zuletzt in der Marktkonzentration beim Handel und bei der Verarbeitung von Nahrungsmitteln. Der daraus resultierende Preisdruck führt zum Preisverfall der von Kleinbauern und -bäuerinnen verkauften Nahrungsmittel. La Via Campesina, ein Bündnis von Kleinbauern und -bäuerinnen, LandarbeiterInnen, FischerInnen, Landlosen und Indigenen aus über 80 Ländern, bringt diese Benachteiligungen auf den Punkt: „Heute können wir kein Einkommen mehr erwirtschaften, das uns ermöglicht, in Würde zu leben. Eine Mischung aus nationalen Politiken und internationalen Rahmenbedingungen ist verantwortlich dafür, dass wir ausgelöscht werden.“²

Das größte Problem ländlicher Bevölkerungsgruppen bleibt der mangelnde Zugang zu Ressourcen, insbesondere Land, Wasser und Saatgut. Auch an günstigen Krediten, lokaler Lagerhaltung oder öffentlicher, konzernunabhängiger Schulung fehlt es oft. Die Ursachen sind vielfältig: die Verschuldung vieler Staaten des Südens, ungünstige politische Rahmenbedingungen wie das Verbot von Zollschränken für den Agrarsektor, eine einseitige Förderpolitik etwa bei der Ausweisung großer Landflächen für agrarindustrielle Farmen, die Vergabe von Forschungsgeldern nur für kommerzielles Saatgut und Steuererleichterungen für Großinvestoren.

Unsere verzerrte Wahrnehmung der Ursachen

In der hiesigen Berichterstattung werden jedoch zumeist der Klimawandel und bewaffnete Konflikte als zentrale Hungerursachen genannt. Richtig ist, dass beide Faktoren die Situation verschärfen. So haben die Kriege in Syrien, Südsudan und Jemen zu Millionen Hungernden geführt. Trotz eindeutiger Verbote im Völkerrecht wird Aushungern weiterhin als Methode der Kriegsführung eingesetzt. Und auch die Erderwärmung führt schon heute zum Anstieg des Hungers. Durch extreme Wetterereignisse, die



Die Welternährung ist mittlerweile gefährlich einseitig. 75 % der Nahrungsmittel stammen von nur zwölf Pflanzen und fünf Tierarten.

sich seit 1990 mehr als verdoppelt haben, nehmen regionale Störungen in der Agrarproduktion zu. Die Länder südlich der Sahara haben Anbauflächen verloren. Durch Naturkatastrophen werden doppelt so viele Menschen vertrieben wie durch Krieg. Laut einem aktuellen UN-Bericht droht die Erderwärmung „für hunderte Millionen Menschen mangelhafte Ernährung, erzwungene Migration, Krankheit und Tod“ mit sich zu bringen. Damit stünden „sämtliche Fortschritte auf dem Spiel, die für die globale Entwicklung, Gesundheit und Armutsbekämpfung in den letzten 50 Jahren erzielt wurden“. ³ Dennoch stehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch andere Hungerursachen im Vordergrund.

Die Ernährung ist oft einseitig und ungesund

Auch wenn die bunten Lebensmittelregale in den Geschäften anderes suggerieren, ist die Welternährung mittlerweile gefährlich einseitig. 75 % der Nahrungsmittel stammen von nur zwölf Pflanzen und fünf Tierarten ab. Gerade drei Nahrungsmittel – Reis, Weizen und Mais – stellen 60 % der pflanzlichen Kalorienversorgung sicher.

Hierzu tragen Akteure wie die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA) stark bei. Mit einer Milliarde US-Dollar privater und staatlicher Gelder versucht AGRA seit 15 Jahren, eine industrielle Landwirtschaft mit Fokus auf wenige kommerzielle Pflanzen – bei AGRA vor allem Mais – zu befördern. Hierdurch ändert sich die Landnutzung gravierend: Laut einer aktuellen Untersuchung expandierte in den 13 Ländern, in denen AGRA aktiv ist, die Anbaufläche von Mais um 45 %. Die Anbaufläche nahrhafter, lokal angepasster Pflanzen wie Hirse sank hingegen. Eine ähnliche Entwicklung ist in Südamerika durch den explodierenden Soja-Anbau zu beobachten, der den Anbau von Obst, Gemüse und anderen Grundnahrungsmitteln zurückdrängt.

Viele agrarindustrielle Exportländer wie die USA oder Argentinien leisten starken Widerstand dagegen, in internationalen Vereinbarungen frische Nahrungsmittel und lokale Ernährungssysteme zu verankern oder Gesundheitsrisiken von hochverarbeiteten Nahrungsmitteln zu thematisieren. Als Teil einer Gegenbewegung wurde das Konzept der Ernährungssouveränität populär: Es betont das Recht von Regierungen, die eigene Landwirtschaft vor Nahrungsmittelimporten, Dumpingpreisen und dem Einfluss des Agro-Business zu schützen. Zentrale Anliegen von Ernährungssouveränität sind mehr Rechte für KleinproduzentInnen, etwa Zugang zu Land und mehr Rechte der KonsumentInnen auf freie Wahl ihrer Nahrungsmittel.

Zwischen Weltmarkt und Bauernmärkten

Im Globalen Süden wird die Landwirtschaft von kleinbäuerlichen Strukturen dominiert. In vielen Ländern sind über 70 % aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft aktiv. Sie bilden das Rückgrat der lokalen und nationalen Ernährungssicherung. Trotz dieser wichtigen Funktion werden sie von ihren Regierungen kaum unterstützt. Deren Fokus – wie auch jener der Entwicklungszusammenarbeit des Globalen Nordens – liegt auf der Exportproduktion (Cash Crops) und agrarischen Wertschöpfungsketten. Diese Ausrichtung baut jedoch in erster Linie auf den Interessen global agierender Agrar- und Ernährungsunternehmen auf.

Die Weltbank propagiert seit den 1980er-Jahren den Ansatz der „handelsbasierten Ernährungssicherung“. Die Produktion soll sich demnach auf den Weltmarkt ausrichten, die nationale Ernährungssicherung hingegen verstärkt über den Import von Nahrungsmitteln gewährleistet werden. Hierfür sind Handelsliberalisierungen wie niedrige Zölle von zentraler Bedeutung. Durch diese einseitige Politik wurden die fünfzig ärmsten Länder seit den 1980er-Jahren von Selbstversorgern und Netto-Exporteuren von Nahrungsmitteln zu Netto-Importeuren. Heute müssen diese Länder jährlich 46 Milliarden US-Dollar für den Import von Grundnahrungsmitteln aufwenden. ⁴ Diese Abhängigkeit erklärt auch, wie der rasante Anstieg der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel in Folge der Finanzkrise 2007/2008 zu Hungerrevolten in rund 40 Ländern führte.

Ein weiteres Problem der Fokussierung auf den „freien“ Weltmarkt ist die extrem ungleiche Förderung der Landwirtschaft: Die OECD-Staaten unterstützen ihre Landwirtschaft jährlich mit 346 Milliarden US-Dollar, während die Hilfen für kleinbäuerliche Landwirtschaft im Globalen Süden oft minimal sind. ⁵ Dies auch, weil dort vorhandene Förderungen im Rahmen der Strukturanpassungsmaßnahmen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) seit den 1980er-Jahren immer mehr gestrichen wurden.

Zugleich werden die für die Versorgung zentralen lokalen Bauernmärkte von der Politik ignoriert. Der Generalsekretär des Westafrikanischen Kleinbauernnetzwerkes ROPPA erklärt dazu: „Die ‚unsichtbaren‘ Märkte, in denen die meisten KleinproduzentInnen aktiv sind, fallen unter den Radar. Dies sind die Märkte, durch die die meisten Nahrungsmittel fließen, aber sie werden ignoriert. Wir verlangen, dass die Politik diese Strukturen fördert, anstatt Entscheidungen auf Basis internationaler Märkte zu treffen, die völlig anders funktionieren.“ ⁶

Menschenrechte im Zentrum der Lösung

Das Recht auf Nahrung gehört zu den verbrieften Menschenrechten und ist damit Teil des internationalen Rechts. Es betont den Zugang zu produktiven Ressourcen und damit das Recht, sich selbst in Würde ernähren zu können. Marginalisierte Gruppen genießen bei der Umsetzung Priorität. Über die Einhaltung wacht der UN-Sozialausschuss. Dieser äußerte sich schon vor über zwanzig Jahren deutlich zu den Debatten um globale Produktionsmengen: „Im Grunde liegt die Wurzel von Hunger und Mangelernährung nicht in einem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern im mangelnden Zugang großer Teile der Weltbevölkerung zu den verfügbaren Nahrungsmitteln.“⁷

Eine Welt ohne Hunger wird es daher nur geben, wenn die Verwirklichung der Rechte von benachteiligten Menschen an erster Stelle steht. Dafür dürfen Hungernde und Fehlernährte nicht als passive Bedürftige gesehen werden. Sie müssen vielmehr die Rolle von aktiv handelnden Subjekten einnehmen können. Ein Positivbeispiel auf globaler Ebene ist der Welternährungsrat CFS, in dem organisierte PlantagenarbeiterInnen, Kleinbäuerinnen und -bauern, Indigene und andere von Hunger betroffene Gruppen bei Strategien zur Hungerbekämpfung direkt mitreden können. Anstatt diesen Ansatz zu stärken, wird jedoch gerade im Fahrwasser des UN Ernährungsgipfels versucht, an ihm die Axt anzulegen (siehe den folgenden Artikel in dieser Ausgabe). Die Erfahrungen von Menschenrechtsorganisationen zeigen deutlich, dass völkerrechtliche Mindeststandards wie Kernarbeitsnormen, Menschen-, Frauen- und Landrechte nur dann effektiv durchgesetzt werden, wenn die betroffenen Gruppen es schaffen, sich zu organisieren und Handlungsdruck auf staatliche Akteure und auf Unternehmen auszuüben.

Das Konzept der Ernährungssicherheit – entstanden in den 1970er-Jahren im Kontext der Hungerbekämpfung durch die FAO – bietet hingegen keine ausreichenden Antworten auf die strukturellen Probleme. Die Verengung auf technische und vermeintlich politisch neutrale Lösungen mit einseitigem Fokus auf globale Produktionsmengen ist

nicht nur inhaltlich falsch. Die tonangebenden Akteure schaffen es damit auch, ihre eigene Markt- und Machtpansion in eine Lösung für den Hunger in der Welt umzuetikettieren.



Roman Herre

Der Autor ist Agrarreferent der Menschenrechtsorganisation FIAN Deutschland und Sprecher des Leitungskreises des Forums Umwelt & Entwicklung.

- 1 Economic and Social Council of the United Nations (2006): Report of the Special Rapporteur on the right to food, S.4.
- 2 Final Declaration of the international Conference on Peasants Rights: „In the 60th anniversary of the Universal Declaration of Human Rights, we peasants demand our own convention“; 24. June 2008, Jakarta.
- 3 Climate Change and Poverty (2019). <https://undocs.org/A/HRC/41/39>
- 4 Statistische Datenbank der UNCTAD.
- 5 OECD (2017); Agricultural Policy and Evaluation 2017.
- 6 CSM, Hands off the Land (2015) Connecting Smallholders to Markets; S.7 Eigene Übersetzung.
- 7 CESCR (1999): Allgemeiner Rechtskommentar 12 zum Recht auf Nahrung.

Was sind Ernährungssysteme?

Ein Ernährungssystem – engl. „Food System“ – beinhaltet alle Elemente und Aktivitäten, die im Zusammenhang mit der Produktion, Verarbeitung, Verteilung und Zubereitung sowie dem Verzehr von Nahrungsmitteln stehen sowie deren – direkten und indirekten – sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen. Ernährungssysteme bieten im Gegensatz zum derzeit vorherrschenden Fokus auf agrarische Lieferketten einen ganzheitlichen Blick, der sowohl die verschiedenen Wechselwirkungen innerhalb des jeweiligen Ernährungssystems als auch dessen unterschiedliche Auswirkungen, z. B. auf Klima und biologische Vielfalt sowie die Gesundheit von Menschen, sei es als KonsumentInnen oder LandarbeiterInnen – einbezieht.

Ernährungssysteme werden ständig von verschiedenen Kräften und Entscheidungen vieler unterschiedlicher Akteure wie Regierungen, Saatgut- und Pestizidindustrie, Handelsketten, Bäuerinnen und Bauern, KonsumentInnen bis hin zu aktiven Basisinitiativen beeinflusst und verändert. Nachhaltige Ernährungssysteme müssen an öffentlichen Interessen wie dem Menschenrecht auf ausreichend gesunde Nahrung (z. B. über Gemeinschaftsverpflegung in Schulen und Kantinen), dem Klimaschutz oder dem Erhalt von genetischer Vielfalt ausgerichtet sowie inklusiv, gerecht und widerstandsfähig sein.



Gayatri Malhotra/Unsplash

WER STEUERT DIE TRANSFORMATION DER ERNÄHRUNGSSYSTEME, UND WO HIN?

Bei der aktuellen Kontroverse um den UN-Food Systems Summit geht es um Richtungs- und Machtfragen der zukünftigen Welternährungspolitik

Für September 2021 lädt der Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres zum UN-Food Systems Summit (FSS). Der Gipfel zu den Ernährungssystemen soll ein Beitrag zur Aktionsdekade zur Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) sein. Was zunächst wie ein nützlicher und dringend notwendiger Beitrag zur wachsenden Ernährungskrise erscheint, entpuppt sich bei genauerer Analyse als problematischer Versuch, die globale Steuerung (Global Governance) zu Ernährungssicherheit in andere, industrie-freundlichere Bahnen zu lenken.

Zwischen dem Welternährungsgipfel 1996 und dem FSS liegen 25 Jahre. Mit dem Gipfel von Rom 1996 und den Nachfolgegipfeln 2002 und 2009 wurden die Grundsteine für ein menschenrechtsbasiertes, inklusives und partizipatives Institutionengefüge für Ernährungssicherheit gelegt. Das Menschenrecht auf Nahrung stand im ersten Artikel des römischen Aktionsplans von 1996 und wurde dann zwischen 2002 und 2004 in den Leitlinien zum Recht auf Nahrung ausformuliert. Es waren die ersten Verhandlungen mit aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Dieser Präzedenzfall wurde 2009 durch die Reform des UN-Ausschusses für Welternährung (UN Committee on World Food Security, CFS) stilbildend für die neue Global Food Governance: Unter dem Druck der Hungerrevolten und Ernährungskrisen von 2008/2009 gelang der Durchbruch zu einem neuen CFS: Die menschenrechtliche Perspektive wurde zum Leitbild; alle relevanten Sektoren sollten am Tisch Platz haben, mit besonderer Beachtung der gefährdeten sozialen Gruppen und des Grundsatzes: „nothing about us without us“ (nichts über uns, ohne uns). Dazu gab es eine klare Rollenverteilung: Staaten als Mitglieder, die die Entscheidungen treffen und verantworten, die anderen als TeilnehmerInnen, die an den Beratungen und Verhandlungen vollumfänglich beteiligt sind, nicht mehr nur als BeobachterInnen.

Seither hat sich der CFS – unterstützt und begleitet vom Civil Society and Indigenous Peoples' Mechanism for relations with the UN Committee on World Food Security, dem CSM – als die weltweit breiteste Plattform der Regierungen, der UN-Institutionen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zu Ernährungssicherheit bewährt. Zahlreiche erfolgreiche CFS-Politikkonvergenzprozesse haben zusammengekommen ein neues Narrativ zu Ernährungssicherheit gesetzt.¹

Der CFS ist kein Ponyhof

Mehrere einflussreiche Regierungen fahren massive Angriffe auf den Menschenrechtsansatz, gegen Frauenrechte, die Unteilbarkeit der Menschenrechte und die menschenrechtliche Rechenschaftspflicht. Zuletzt mit der drastischen Folge, dass der CSM die neuen CFS-Leitlinien zu Ernährungssystemen nicht mehr zu unterstützen bereit war.² Immer wieder wird versucht, das Konzept der Inklusivität umzudeuten, d.h. die besondere Rolle der marginalisierten Gruppen (NomadInnen, indigene Völker, FischerInnen, LandarbeiterInnen, Bäuerinnen und Bauern, städtische Arme etc.) zu relativieren. Aus Sicht der Zivilgesellschaft steht Inklusivität zuerst und vor allem für die Einbeziehung der bis heute zumeist Ausgeschlossenen, nicht für die der wirtschaftlichen Eliten, die schon immer Zugang zur Macht hatten.

Auch der wissenschaftliche Beirat, das sogenannte High-Level Panel of Experts (HLPE) des CFS, wird immer wieder von einigen Staaten kritisiert, weil er unangenehme Analysen liefert, für eine radikale Transformation der Ernährungssysteme argumentiert und einem methodischen Ansatz verpflichtet ist, der verschiedene Formen des Wissens einbezieht. Dazu gehören auch indigenes, bäuerliches und anderes traditionelles Wissen. Insgesamt ist der CFS

wie andere UN-Gremien auch zur Zielscheibe von Attacken geworden, die den Multilateralismus zugunsten nationaler und Partikularinteressen schwächen wollen.

Gerade in dieser massiven Auseinandersetzung um die großen Themen wird letztlich die zentrale Rolle des CFS bestätigt. Die Konzerne und agrarexportierenden Staaten kämpfen im CFS buchstäblich gegen die immer stärker werdende Agrarökologie, gegen die Rechte der Bäuerinnen und Bauern, gegen die Reduktion von chemischen Düngern und Pflanzenschutzmitteln, gegen die Überwindung nicht nachhaltiger Ernährungssysteme. Der Richtungsstreit zwischen Agrarökologie und Grüner Revolution hat hier seinen Ort. Gleichzeitig wird der CFS weiterhin von der Mehrheit der aktiven Staaten und TeilnehmerInnen unterstützt und verteidigt.

Die neue globale Ernährungskrise hat begonnen

Das globale Steuerungsgefüge zur Ernährungssicherheit steht angesichts vielfältiger, zeitgleicher Krisen vor enormen Herausforderungen: Schon vor Corona war klar, dass es ohne eine radikale Reform der Ernährungssysteme unmöglich sein würde, das zweite Ziel für nachhaltige Entwicklung „Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern“ beziehungsweise die SDGs insgesamt zu erreichen. Eine massive Kurskorrektur weg von industriellen, konzern-dominierten Ernährungssystemen hin zu nachhaltigen, menschenrechtsbasierten und agrarökologischen Ernährungssystemen war und ist unumgänglich. Nur so kann es gelingen, den drängenden Klima- und Ökosystemkrisen, den wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten, den enormen Konzentrations- und Machtakkumulationsprozessen im Agrar- und Ernährungsbereich sowie den neuen Konflikt- und Migrationskrisen wirkungsvoll zu begegnen.

Mit COVID-19 und seinen enormen Folgen hat sich die Dringlichkeit für eine umfassende Transformation

» Die globale Ernährungspolitik muss einen drastischen Richtungswechsel vornehmen, wenn sie zur Bewältigung der heutigen Krisen ihren Beitrag leisten will. Für viele Millionen Menschen ist die neue globale Ernährungskrise bereits Realität.

noch verschärft. Die globale Ernährungspolitik muss einen drastischen Richtungswechsel vornehmen, wenn sie zur Bewältigung der heutigen Krisen ihren Beitrag leisten will. Mehrere Berichte des HLPE, der Welternährungsorganisation FAO und des CSM³ zeigen: Die neue globale Ernährungskrise ist für viele Millionen Menschen bereits Realität. Der Bericht zum Zustand der Ernährungssicherheit der FAO von 2020 schätzt, dass zwischen 83 und 132 Millionen Menschen zusätzlich in Ernährungsnot geraten werden. Die jüngsten Zahlen des Global Report on Food Crises 2021 bestätigen den alarmierenden Trend.⁴

Vor diesem Hintergrund ist deutlich, dass die im CFS erreichten Standards für Global Governance essenzielle Errungenschaften sind, hinter die wir nicht mehr zurückfallen dürfen. Vielmehr braucht es eine dringende Stärkung in den folgenden vier Schlüsselbereichen, weit über den CFS hinaus:

- 1. Menschenrechtsbasierte Institutionen und Zentralität der RechteinhaberInnen:** Frauenbewegungen, Indigene Völker, Bäuerinnen und Bauern, LandarbeiterInnen, VerbraucherInnen etc. müssen besser gehört werden.
- 2. Öffentliches Interesse vor Konzerninteressen:** Der Einfluss der Konzerne muss massiv zurückgedrängt und eingeschränkt werden durch klare und verpflichtende Regeln auch für das Finanzkapital. Die Unabhängigkeit der Wissenschaft muss gesichert werden, auch durch robuste Maßnahmen gegen Interessenkonflikte.
- 3. Umfassende, agrarökologische Transformation** der industriellen Ernährungssysteme durch Politikstrategien, die eine gesunde Ernährung für alle sowie soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit mit einer ökologischen Wende zum Schutz des Klimas und der Artenvielfalt verbinden.
- 4. Inklusiver Multilateralismus statt Multistakeholderismus:** Die internationalen öffentlichen Institutionen müssen gestärkt und demokratisiert werden; sie dürfen nicht durch diffuse sogenannte Multistakeholder-Plattformen ersetzt werden.

Der problematische Multistakeholder-Ansatz des Food Systems Summit

Der UN Food Systems Summit, der für September 2021 in New York geplant ist und eine Vorbereitungskonferenz in Rom vom 26.-28. Juli mit einschließt, ist formal eine Initiative des UN-Generalsekretärs, vergleichbar mit dem Climate Action Summit im September 2019. Er ist kein zwischenstaatlicher Gipfel wie die Ernährungsgipfel zwischen 1996 und 2009 und hat daher kein normatives Mandat. Das FSS-Abschlussdokument wird nicht von den UN-Mitgliedstaaten ausgehandelt, sondern lediglich vom UN-Generalsekretär verantwortet. Es entsteht in einem auch für ExpertInnen kaum zu durchschauenden Prozess zwischen fünf sogenannten Action Tracks, zahlreichen nationalen und thematischen Ernährungsdialogen, einer Scientific Group, einem Advisory Committee und dem FSS-Sekretariat.

Die Initiative für den FSS fällt zusammen mit einem höchst umstrittenen Partnerschaftsabkommen zwischen dem Davoser Weltwirtschaftsforum und dem UN-Sekretariat, das im Juni 2019 unterzeichnet wurde. Der FSS ist in seinem Prozessdesign ein Pilotprojekt des Multistakeholder-Ansatzes auf UN-Niveau, zu dem alle relevanten AkteurInnen eingeladen sind. Dabei wird nicht unterschieden zwischen den verschiedenen Rollen und Verantwortlichkeiten der TeilnehmerInnen: Mitgliedstaaten, UN-Institutionen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft. Dieser Ansatz erlaubt eine unangemessene Einflussnahme industrieller Interessen und vermeidet robuste Regeln gegen Machtasymmetrien und Interessenkonflikte. In dieser diffusen Gemengelage sind effektive menschenrechtliche Rechenschaftspflichten nicht umsetzbar. Der High-Level Panel of Experts und der Präsident des CFS warnen vor der Entwicklung von Parallelstrukturen und weiterer Fragmentierung, wie sie vom Wissenschaftlichen Beirat des FSS vorangetrieben werden.⁵

Die Organisationen des CSM haben den FSS-Entstehungsprozess über mehr als ein Jahr beobachtet und mit

kritischen Fragen konfrontiert.⁶ Überzeugende Antworten auf ihre Kritik blieben aus. Mit dem offenen Aufruf der Zivilgesellschaft und Indigenen Völker, der beim CFS im Oktober 2020 vorgestellt wurde, hat sich ein breiter und unabhängiger Prozess von mehreren hundert Organisationen formiert, der die Vorbereitungskonferenz vom 26. bis 28. Juli in Rom mit einer alternativen Mobilisierung herausfordern wird.

Betrachten wir den FSS-Prozess in den vier oben genannten Schlüsselbereichen, zeigt sich im Wesentlichen, dass der Gipfel in genau den Bereichen Schwächen zeigt, in denen eine Stärkung der zukünftigen Global Governance für Ernährungssicherheit notwendig wäre:

» **Der FSS ist schwach beim Menschenrechtsansatz:**

Von Anfang an waren die Organisationen der RechteinhaberInnen und Risikogruppen in einer Nebenrolle; die über mehr als 25 Jahre aufgebauten Plattformen der sozialen Bewegungen, Zivilgesellschaft und Indigenen Völker wurden weitgehend ignoriert.

» **Der unangemessene Einfluss der konzernnahen Interessensgruppen** und Plattformen im bisherigen Prozess ist deutlich erkennbar.⁷ Mögliche Interessenkonflikte werden nicht transparent gemacht, auch nicht in der Scientific Group, dem wissenschaftlichen Beirat des FSS.

» **Rhetorik ohne Substanz:** Zwar wird das FSS-Abschlussdokument nach massiver Kritik von außen und von innen Begriffe wie Menschenrechte und Agrarökologie enthalten. Ihre Erwähnung bleibt aber kosmetisch. Sie werden nicht durchdekliniert. Eine umfassende menschenrechtsbasierte, agrarökologische Transformation der industriell dominierten Ernährungssysteme ist nicht in Sicht.

» **Multistakeholderismus statt inklusivem Multilateralismus:** Der FSS ist ein Paradebeispiel für diese problematische Entwicklung. Es ist schwer zu verstehen, warum selbstbewusste Staaten einen solchen Verlust an Macht, Verantwortung und Kontrolle hinnehmen. Machtasymmetrien und Interessenkonflikte werden nicht bearbeitet. Eine menschenrechtliche Rechenschaftspflicht kann unter solchen Umständen weder klar zugeteilt noch effektiv gemessen werden.

Kein Wunder, dass viele Bewegungen, Fachleute und auch Regierungen befürchten, dass der Gipfel genutzt wird, um bisherige Errungenschaften inklusiver Governance-Architektur, wie sie im CFS etabliert wurden, zu schwächen und diffuse Multistakeholder-Modelle als Mittel politischer Steuerung voranzubringen. Dabei verschwimmen die Konturen zwischen Regierungen, Konzernen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Die problematische Tragweite dieses Multistakeholderismus-Ansatzes für die Steuerung von Ernährungssystemen und das damit einhergehende Risiko für demokratisch legitimierte Entscheidungsprozesse und inklusiven Multilateralismus in der UN dürfen nicht unterschätzt werden.⁸

Wir schulden es unserer Zeit, dem Planeten und den zukünftigen Generationen, eine ambitionierte und umfassende agrarökologische, menschenrechtsbasierte Transformation der Ernährungssysteme einzuleiten.⁹ Das gilt gerade jetzt, wo die katastrophalen Konsequenzen von COVID-19

die strukturellen Schwächen der dominierenden Modelle noch sichtbarer gemacht haben. Es ist Zeit zu handeln: für eine demokratische Stärkung der öffentlichen Institutionen und der Steuerungsmodelle des inklusiven Multilateralismus. Es ist Zeit für ein ökologie- und menschengerechteres Narrativ, das vor den enormen Herausforderungen der Zukunft bestehen kann.



Martin Wolpold-Bosien

Der Autor leitet das Büro des CSM, der Plattform der Zivilgesellschaft und Indigener Völker beim UN-Ausschuss für Welternährung (CFS) in Rom.

- 1 HLPE (2020): Food Security and Nutrition – A Global Narrative Towards 2030. <http://www.fao.org/3/ca9731en/ca9731en.pdf>
- 2 <http://www.csm4cfs.org/civil-society-indigenous-peoples-new-cfs-voluntary-guidelines-food-systems-nutrition-fail-pave-way-profound-transformation/>
- 3 CSM (2021a): Policy response to COVID-19. <http://www.csm4cfs.org/need-policy-response-covid-19/>
HLPE (2020): Impacts of Covid-19 on food security and nutrition: developing effective policy responses to address the hunger and malnutrition pandemic. <http://www.fao.org/cfs/cfs-hlpe/issues-paper-covid19/en/>
FAO (2020): The State of Food Security and Nutrition in the World (SOFI) 2020. <http://www.fao.org/publications/sofi/2020/en/>
- 4 World Food Programme (2021): Global Report on Food Crises – 2021. <https://www.wfp.org/publications/global-report-food-crises-2021>
- 5 <https://www.devex.com/news/opinion-why-reinvent-the-wheel-on-food-security-and-nutrition-99929>
- 6 CSM (2021b): Key CSM and CFS communications on the United Nations Food Systems Summit. <http://www.csm4cfs.org/14024/>
- 7 Darunter: World Business Council for Sustainable Development (WBCSD), Alliance for the Green Revolution in Africa (AGRA), Global Alliance for Improved Nutrition (GAIN), World Economic Forum (WEF), Scaling Up Nutrition (SUN), etc.
- 8 Die unterschiedlichen Visionen für Transformation und Multilateralismus waren auch Gegenstand eines konstruktiven Dialogs zwischen der stellvertretenden UN Generalsekretärin und CSM zum FSS Ende April, <http://www.csm4cfs.org/multilateralism-transformation-corporate-food-systems-different-visions-different-pathways/>
- 9 CSM (2021c): Vision on Food Systems and Nutrition – An Alternative to the CFS Voluntary Guidelines on Food Systems and Nutrition (VGFSYN). <http://www.csm4cfs.org/wp-content/uploads/2016/02/EN-vision-VGFSyN.pdf>



Siamek Djamei/Unsplash

11 SCHRITTE FÜR EINE ZUKUNFT OHNE HUNGER

Welternährung 2030

Bis zum Jahr 2030 soll der Hunger der Vergangenheit angehören. Das hat die Staatengemeinschaft 2015 im zweiten Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG) beschlossen. Diesem Ziel zum Trotz hungerten vier Jahre später 34,5 Millionen Menschen mehr als zuvor. Die Prognosen der Vereinten Nationen lassen vermuten, dass diese Zahl zwischen 2019 und 2030 von 690 Millionen auf 840 Millionen steigen könnte. Dabei ist unbestritten, dass global derzeit ausreichend Lebensmittel zur Verfügung stehen.

Die weitaus größere Herausforderung ist es, allen Menschen nicht nur Zugang zu ausreichend Kalorien, sondern zu einer abwechslungsreichen und vielfältigen Ernährung zu ermöglichen. Dieses Menschenrecht wird derzeit drei Milliarden Menschen verwehrt. Um die Vielfalt auf den Tellern möglich zu ma-

chen, müsste auch auf den Äckern die Vielfalt zunehmen. Die Produktion von Obst, Gemüse, und Hülsenfrüchten müsste deutlich steigen. Gleichzeitig sind umweltschädliche Praktiken und Ernährungsweisen abzulösen, denn die heutige Ernährungswirtschaft zerstört die Umwelt und heizt das Klima an.

» „Nicht über uns, sondern mit uns“

Lösungsansätze für eine Welt ohne Hunger

Bisherige Versuche, diese Probleme zu lösen, sind gescheitert. Daher fordern 46 deutsche Organisationen im Positionspapier Welternährung 2030 ein Umsteuern in elf Schritten. Der Schlüssel liegt in der menschenrechtsbasierten Bekämpfung der strukturellen Ursachen des Hungers. Den betroffenen Menschen muss ermöglicht werden, Programme und Politikmaßnahmen als selbstbestimmte Akteure mitzugestalten. Die Ungleichheit im Zugang zu Ressourcen und Macht muss als zentraler Grund für den Hunger in der Welt auch vorrangig bekämpft werden.

Die Forderung an Bundesregierung und UN ist daher, die globalen Ernährungssysteme grundlegend umzugestalten. Sie müssen ökologisch, gerecht, gesund und demokratisch werden. Dazu sind aus Sicht der 46 Organisationen aus den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Umwelt, Ernährung und Landwirtschaft folgende elf Schritte notwendig. Eine Übersicht der Forderungen ist hier zusammengetragen. Für Details lohnt sich der Blick in das Positionspapier.

1. Mit Menschenrechten gegen den Hunger statt Vereinnahmung durch Konzerne.

Den Hungernden und Fehlernährten muss der Status aktiv handelnder Subjekte gegeben werden. Der Slogan lautet „Nicht über uns, sondern mit uns“. Gerade die Rechte häufig marginalisierter Gruppen müssen geschützt und gefördert werden. Dazu gehört einerseits, die für das Recht auf Ernährung relevanten Menschenrechtsnormen anzuwenden und durchzusetzen. Andererseits bedeutet es, die Einflussnahme mächtiger wirtschaftlicher Akteure zu begrenzen. Unter anderem sollte das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in seiner Förderung dazu robuste Schutzmaßnahmen gegen Interessenkonflikte, menschenrechtliche Folgenabschätzungen und einen effektiven Beschwerdemechanismus für Betroffene einführen.

2. Agrarökologie statt Agribusiness fördern.

Die Interessen der lokalen kleinbäuerlichen ErzeugerInnen, ArbeiterInnen und KonsumentInnen müssen Vorrang vor Profitinteressen der Agrar- und Lebensmittelindustrie haben. Zum Aufbau ökologischer, gerechter und widerstandsfähiger lokaler und regionaler Ernährungssysteme sollte das Bundesministerium für

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gezielt agrarökologische Ansätze fördern und bis zum Ende der Legislaturperiode 2021 einen Aktionsplan vorlegen. Dabei ist entscheidend, dass die Pläne nicht hinter die zehn Prinzipien der Agrarökologie der FAO zurückfallen.

3. Land umverteilen statt Landkonzentration vorantreiben.

Die Landkonzentration hat in den letzten Jahren rasant zugenommen. Das BMZ sollte daher der menschenrechtsbasierten Landpolitik wieder mehr Bedeutung beimessen. Die Beschlüsse der UN (u. a. die Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Regulierung von Eigentums-, Besitz- und Nutzungsrechten an Land, Fischgründen und Wäldern im Rahmen nationaler Ernährungssicherheit und Artikel 17 der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten [UNDROP]) müssen umgesetzt werden. Landrechte müssen geschützt und legitime Ansprüche auf Rückgabe oder Umverteilung unterstützt werden. Der legitime Zugriff auf Ressourcen muss auch für WanderhirtInnen erhalten werden. Die Finanzbehörden müssen verhindern, dass Land als Kapitalanlage missbraucht wird.

4. Saatgutvielfalt statt (alte und neue) Gentechnik.

Saatgut- und Patentgesetze können ErzeugerInnen daran hindern, Saatgut zu erhalten, zu handeln und zu tauschen. Dabei stammen geschätzte 80 % des Saatguts im Globalen Süden aus bäuerlichen Saatgutssystemen. Daher muss das bäuerliche Recht auf Saatgut, wie es im Saatgutvertrag der FAO und in UNDROP festgeschrieben ist, konsequent umgesetzt werden. Die Pflanzenzüchtung ist als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrzunehmen. Für die alte und neue Gentechnik muss das Vorsorgeprinzip gelten.

5. Agrarökologische Klimaanpassung statt Klima anheizen durch Agribusiness.

Durch die Umwandlung von Land für die Produktion von Futtermitteln und anderen landintensiven Rohstoffen, die Produktion synthetischer Mineraldünger und Pestizide oder den Energieverbrauch für Lagerung und Handel trägt die konventionelle Landwirt-

schaft erheblich zum Klimawandel bei. Dabei könnte eine agrarökologische Bewirtschaftung einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Bundesregierung sollte die Agrarökologie daher zum zentralen Mittel des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in der Landwirtschaft machen.

6. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen statt Hungerlöhne und Ausbeutung.

Weltweit leiden viele LandarbeiterInnen unter katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen. Versuche dieser Menschen, sich zu organisieren, werden oft unterdrückt. Das BMZ sollte daher seinen Einsatz für faire Löhne in der Landwirtschaft durch den Dialog mit lokalen Gewerkschaften und die Unterstützung der ArbeitnehmerInnenrechte vor Ort ergänzen. In Deutschland müssen ein starkes Lieferkettengesetz und die Umsetzung der EU-Richtlinie zum unlauteren Wettbewerb einen Beitrag leisten. Als besonders hohes Risiko für ArbeiterInnen müssen hochgefährliche Pestizide, der Liste des Pestizid-Aktions Netzwerks (PAN) folgend, auf europäischer und internationaler Ebene schrittweise verboten werden.

7. Nachhaltige, lokale und regionale Ernährungssysteme statt Abhängigkeit von krisenanfälligen Weltagarmärkten.

Die Verwerfungen der Corona-Krise haben gezeigt, wie gefährlich es ist, wenn Ernährungssysteme von Importen abhängen. Die Politik sollte die Fokussierung auf den Export aufgeben und Anreize für lokale und ökologische Wertschöpfungsketten setzen, die den Zugang zu einer ausgewogenen Ernährung sichern. Die Handelspolitik muss dieses Ziel unterstützen. Gleichzeitig muss die Marktmacht übermächtiger Konzerne gebrochen werden. Dazu bedarf es rechtlicher Grundlagen zur Regulierung und Entflechtung.

8. Gerechter Agrarhandel statt neoliberale Handelspolitik.

Die internationale Handelspolitik ist zu stark an den Interessen der großen Konzerne ausgerichtet. Die Schaffung von Sonderklagerechten verdeutlicht dies. Anstelle der Verkürzung auf eine Dichotomie zwischen Freihandel und Protektionismus braucht es eine echte Debatte über die Ausgestaltung des Handels. Dabei müssen die planetarischen Grenzen und die Menschen- beziehungsweise Arbeitsrechte respektiert werden. In Europa wie auch im Globalen Süden darf der Handel eine solidarische und umweltgerechte Regionalisierung der Ernährungssysteme nicht untergraben.

9. Vorrang der Menschenrechte vor Profitgier, Nahrungsmittelspekulation und Schuldendienst.

Die zweite EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II) sollte die Spekulation mit Nahrungsmitteln regulieren, doch sie hat zu viele Schlupflöcher. Diese müssen geschlossen und niedrigere Positionslimits festgelegt werden. Auf zwischenstaatlichem Niveau begrenzt der kritische Schuldenstand vieler Länder ih-

ren Handlungsspielraum, gerade während der Coronapandemie. Deutschland und die internationale Gemeinschaft müssen diesen Ländern durch ein Aussetzen der Schuldendienstzahlungen bis 2022 und Schuldenerlasse die Möglichkeit geben, für ihre BürgerInnen zu sorgen. Langfristig muss unter dem Dach der UN ein faires und geordnetes Staatsinsolvenzverfahren etabliert werden.

10. Rechte von Frauen stärken, statt patriarchale Strukturen stützen.

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist im Kampf gegen den Hunger elementar. Doch patriarchale Strukturen erschweren oder verhindern die Teilhabe von Frauen und machen deren Arbeit unsichtbar. Obwohl das BMZ dem Gender Mainstreaming verpflichtet ist, sind in den letzten Jahren die Mittel für Projekte gesunken, die schwerpunktmäßig Frauen fördern. Das sollte sich wieder ändern. Auf internationaler Ebene sollte die Regierung sich für den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu Ressourcen wie Land, Wasser, Saatgut, Wissen und Technologie einsetzen.

11. Soziale Sicherung ausbauen, statt Bedürftige hungern lassen.

Für viele Menschen, die zu wenig verdienen, die im Arbeitsleben diskriminiert werden oder aus anderen Gründen nicht arbeiten können, ist ausreichende Nahrung nicht bezahlbar. Die Bekämpfung des Hungers ist daher auf die Schaffung rechtbasierter, universaler sozialer Sicherungssysteme angewiesen. Die Realisierung des sozialen Basisschutzes in den 57 Ländern mit den niedrigsten Einkommen würde nur 0,23 % des globalen Bruttoinlandsprodukts kosten. Die deutsche Politik sollte die Einrichtung dieser Systeme durch die finanzielle Förderung, technische Unterstützung und eine Initiative für einen globalen Fonds unterstützen. Dabei sollte die Möglichkeit genutzt werden, auf Maßnahmen der Not- und Flüchtlingshilfe aufzubauen.

Das Fazit lautet: Der Weg zum Ende des Hungers beginnt mit nur 11 Schritten.



Lutz Depenbusch

Der Autor ist Referent für Landwirtschaft und Entwicklung beim Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR.



MISEREOR et al. (2020): Positionspapier Welternährung 2030: 11 Schritte für eine Zukunft ohne Hunger. Aachen.

https://www.misereor.de/fileadmin/publikationen/positionspapier-welternahrung-2030_01.pdf



ERNÄHRUNGS- SYSTEME ALS ANLAGEOBJEKT

Die Finanzialisierung von Ernährung und Landwirtschaft und ihre Folgen

Im Lauf der letzten Jahrzehnte haben Finanzmarktakteure und Märkte insgesamt ihren Einfluss auf alle ökonomischen und gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt. Dazu gehören auch Ernährung und Landwirtschaft. Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF, zusammen die Bretton-Woods-Institutionen, BWI) haben für diesen Prozess ein förderliches Umfeld geschaffen, das auch unter dem Schlagwort „Finanzialisierung“ von Ernährung und Landwirtschaft diskutiert wird.¹ Im Ergebnis hat die Finanzialisierung zu einem Wachstum industrieller Formen der Ernährungssysteme beigetragen und in der Folge zur Enteignung und Marginalisierung von Menschen und Gemeinschaften überall auf der Welt. Gleichzeitig befeuerte sie die Krise der Ökosysteme.



Steve Buissinne/Pixabay

Seit den 1980er- und 1990er-Jahren werden die von IWF und Weltbank vergebenen Mittel mit Vorgaben verknüpft, die auf dem festen Glauben daran aufbauen, dass unregulierte Märkte effizient darin seien, wirtschaftliche Ressourcen gemeinwohlorientiert zu verteilen. Um Unterstützung zu bekommen, mussten Regierungen ein Paket an neoliberaler Wirtschaftspolitik umsetzen: Dazu gehörten fiskalische Konsolidierung (sprich: Sparmaßnahmen), der Abbau von Kapitalverkehrskontrollen, die Abschaffung von landwirtschaftlichen Subventionen, die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und andere Maßnahmen wie die Öffnung von Land- beziehungsweise Rohstoffeigentum für ausländische Investoren.

Marktfundamentalismus und die Expansion des globalen Finanzsektors

Durch ein erneutes Vorantreiben von Sparmaßnahmen und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Folge der globalen Finanzkrise von 2008 (die selbst heute noch als Teil der Hilfspakete für die wirtschaftliche Erholung nach der COVID-19-Pandemie beworben werden) haben sich diese Politikmaßnahmen zu einem neuen Normalzustand entwickelt.² Dabei haben die eingesetzten und von den BWI beworbenen Maßnahmen mit ihren neoliberalen Rezepten Entwicklungsländer rund um die Welt ärmer gemacht. Was als Win-win-Situation verkauft wurde, hat zu einer nicht tragbaren Verschuldung von Staats- und Privathaushalten geführt und die Abhängigkeit von volatilen Finanzmärkten erhöht, die von Profitinteressen statt öffentlichem Interesse getrieben werden.

Nach derselben Logik wurde die Finanzialisierung von Ernährung und Landwirtschaft vorangetrieben. Diese er-

folgte in zwei Hauptstoßrichtungen: Zum einen wurden Finanzprodukte mit Verbindung zu Ernährungsgütern stärker gehandelt, beispielsweise Derivate auf Basis von Warentermingeschäften. Zum anderen wurden landwirtschaftliche Rohstoffe zu neuen Anlageobjekten gemacht. Dabei ging es vor allem um Landtitel, aber auch um genetische Ressourcen (für den Menschen nutzbares Erbgut), was ganz neue Märkte für gentechnisch verändertes Saatgut und daran angepasste Dünger, Herbizide, Pestizide und so weiter eröffnete.

Die BWI haben eine wichtige Rolle dabei gespielt, marktconforme Landreformen und die Deregulierung des Finanzsektors voranzutreiben. Das hat es privaten Investoren ermöglicht, sich an riesigen Land-Deals in Entwicklungsländern zu beteiligen und auf Preisentwicklungen zu wetten. Jahrzehnte neoliberaler Wirtschaftsreformen und Strukturanpassungsprogramme ermöglichten – mit freundlicher Unterstützung durch die BWI – eine nie gekannte Globalisierung der Finanzmärkte. Die weite Verbreitung neuer Finanzinstrumente und vor allem enorme Kapitalüberschüsse machten Land und Ernährung zu interessanten und lukrativen Anlageobjekten. Parallel dazu haben IWF und Weltbank den Verkauf öffentlicher Ländereien unterstützt und die Privatisierung landwirtschaftsbezogener Dienstleistungen vorangetrieben.

Speziell nach der Finanzkrise von 2008/2009, als international die Preise für Ernährungsgüter getrieben von Finanzspekulationen stark stiegen, kam es zu einem Höchststand an grenzüberschreitenden Landkäufen. Daran beteiligt waren nicht nur Betriebe der industriellen Landwirtschaft, sondern auch Finanzmarktakteure, denen es nicht um Nahrungsmittelproduktion zur Versorgung der Weltbevölkerung ging. Darunter waren auch Pensions- und Rentenfonds, staatliche Investoren, Vermögensverwalter. Diese Akteure verstehen Land als Teil einer Risiken minimierenden und Profite maximierenden Investmentstrategie; soziale Gesichtspunkte spielen keine Rolle.

Dabei haben die teilweise enormen Investitionen in Land und die Spekulation mit Nahrungsgütern zu Vertreibungen und Landraub (land grabbing) im Globalen Süden geführt und damit die Fähigkeit von Gemeinschaften untergraben, sich selbst zu versorgen.

Der Druck auf ländliche Bevölkerungen nimmt zu – und betrifft auch alle anderen

Mit den großen Land-Deals und der Industrialisierung der Landwirtschaft steigt auch der Druck auf Land und dessen BewohnerInnen. Vielfältige ländliche Wirtschaftskreisläufe werden unterbrochen. Die Kontrolle darüber, was produziert wird, geht verloren. Rohstoffe werden immer weniger in eine vielfältige Produktion gesteckt. Der Schwerpunkt liegt mehr und mehr auf der Produktion exportorientierter Monokulturen, die wiederum vor allem Futtermittel und Energierohstoffe wie für Biodiesel umfasst. Für das globale Ernährungssystem als Ganzes bedeutet das einen weiteren Ausbau der kapital- und brennstoffintensiven Landwirtschaft, die wesentlich zur Verschlechterung unserer Ökosysteme beiträgt.

Die langfristigen Auswirkungen der Finanzialisierung der Landwirtschaft auf die Ernährungssicherheit betref-



Mit großen Land-Deals und der Industrialisierung der Landwirtschaft steigt der Druck auf Land und dessen BewohnerInnen.

fen nicht nur LandwirtInnen oder Menschen, die direkt vom Land abhängig sind. Rohstoffabhängige und Nahrungsmittel importierende Länder und insbesondere ihre einkommensschwache Bevölkerung sind nun zunehmend den schwankenden internationalen Nahrungsmittelpreisen ausgeliefert. Im Kontext der globalen Klimanotlage dürften diese noch instabiler werden. Da die Finanzialisierung Ungleichheiten innerhalb und zwischen Ländern fördert, kann ihr Zusammenhang mit der zunehmenden Ernährungsunsicherheit in Ländern und für Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen nicht ignoriert werden.

Die Weltbank hat jahrzehntelang Ratschläge zur Marktliberalisierung gegeben, die die Fähigkeit der Länder zur Besteuerung von Unternehmensakteuren und Finanztransaktionen verringert hat. Jetzt hat sie einen „neuen“ Ansatz entwickelt, um die vorhandene Lücke in den öffentlichen Investitionen zu schließen. Der sogenannte Maximizing Finance for Development (MFD)-Ansatz soll Beschränkungen bei der Mobilisierung inländischer Ressourcen ausgleichen. Im Kern umfasst er die Risikominimierung für private Investoren und deren Renditeerwartungen. Die Strategie bildet flächendeckend den strategischen Rahmen für die Politikberatung der Weltbank, auch im Bereich der landwirtschaftlichen Entwicklung. Im Ergebnis führt der Ansatz zu einer Förderung öffentlich-privater Partnerschaften oder direkt zu Privatisierungen. Zwar sollen Projekte im öffentlichen Interesse gefördert werden; gefährliche Folgen für ländliche Gemeinschaften werden aber ignoriert. Durch die Integration von Ländern im Globalen Süden in hyperglobalisierte Finanzmärkte werden andere Optionen beiseitegedrängt, wie die Mobilisierung heimischer Ressourcen für langfristige und am Gemeinwohl orientierte Investitionen.

Genug der falschen Versprechungen

Die BWI-Strategien gleichen seit Jahren eher Experimenten als zielorientierter Politik. Austerität und Liberalisierungen waren die Mittel der Wahl; von den Versprechen, extreme Einkommensarmut zu beenden und „geteilten Wohlstand“ zu fördern, sind die Institutionen so weit entfernt wie eh und je.³

Das hat direkte Auswirkungen auf die Verwirklichung des Rechts auf Ernährung, die Rechte von Bäuerinnen und Bauern und anderer Menschen in ländlichen Gebieten. Schaden nimmt auch die Umwelt, während sich globale Finanzeliten bereichern. Sich auf private Finanzmittel zu

verlassen, um gerechte und nachhaltige Entwicklungsergebnisse zu zeitigen, wird die Versprechen der BWI weiter nicht erfüllen. Die COVID-19-Pandemie hat offengelegt, welche Folgen neoliberale Praktiken für die Gesundheitssysteme hatten. Eine Welt nach COVID-19 muss sich an neue Spielregeln halten, die sich an Gemeinwohl und den planetaren Grenzen orientieren.



Flora Sonkin und Magdalena Ackermann

Flora Sonkin ist Policy Research Officer für Entwicklungsfinanzierung, Magdalena Ackermann ist Policy and Advocacy Officer für Ernährungssysteme, Ernährung und Agrarökologie bei der Society for International Development.

Der Artikel wurde zuerst im Bretton Woods Observer (April 2020) veröffentlicht und überarbeitet:

<https://www.brettonwoodsproject.org/2020/04/recipe-for-disaster-the-imf-and-world-banks-role-in-the-financialisation-of-food-and-agriculture/>

Aus dem Englischen von Wolfgang Obenland.

- 1 Filardi, Marcos Ezequiel and Stefano Prato (2018): Reclaiming the Future of Food: Challenging the Dematerialization of Food Systems. In: Right to Food and Nutrition Watch, Issue 10/2018, pp. 6-13. https://www.righttofoodandnutrition.org/files/rtn-watch-2018_eng.pdf
- 2 Vgl. Bretton Woods Project (2019): IMF and World Bank complicit in ‚austerity as new normal‘, despite availability of alternatives. In: Bretton Woods Observer, Winter 2019, p. 1f. <https://www.brettonwoodsproject.org/wp-content/uploads/2019/12/BWP-ObsERVER-Winter-2019.pdf>
- 3 Vgl. Bond, Patrick (2019): Bretton Woods Institutions' neoliberal over-reach leaves global governance in the gutter. In: Bretton Woods Project (ed.) (2019): Bretton Woods at 75, A series of critical essays, p. 4-7. <https://www.brettonwoodsproject.org/2019/10/bretton-woods-at-75/>



Methi Somçag/Unsplash

WATER FUTURES – DIE ZUKUNFT DES WASSERS?

Eine gefährliche Form der Kommerzialisierung von Wasser

Wasser ist in Deutschland ein öffentliches und geschütztes Allgemeingut. Daher wurde die jüngste Nachricht, dass die Chicagoer Börse einen Markt für Water Futures, also Termingeschäfte mit Wasser in Kalifornien einführt, wahrscheinlich als eine amerikanische Entwicklung und als hier nicht relevant angesehen. Allerdings nimmt der Trend, Wasser primär als Handelsgut zu verstehen in vielen Teilen der Welt zu. Ebenso das Narrativ, dass der beste Weg zur Bewältigung der globalen Wasserkrise darin bestehe, Wasser über Märkte wie Öl und Gas zu verteilen. Das ist eine beunruhigende Entwicklung, die wir alle beobachten sollten – unabhängig davon, wo wir leben.

Die Kommerzialisierung von Wasser besteht primär darin, Märkte zu schaffen, auf denen Wasser beziehungsweise Nutzungsrechte daran gehandelt werden können. Im Effekt wird Wasser getrennt betrachtet von dem Land, auf dem es tatsächlich zur Nutzung bereitsteht. Private Wasserhändler können es so an wachsende Städte und Gemeinden, Bauunternehmen und industrielle Agrarbetriebe verkaufen. Der Handel mit Wasserrechten verschafft in der Folge insbesondere industriellen, exportorientierten, chemieabhängigen Lebensmittelproduzenten einen enormen Vorteil gegenüber kleinbäuerlichen, indigenen und familiären Betrieben.

Dieser Trend zeichnet sich schon länger ab: 1981 verabschiedete der chilenische Diktator Augusto Pinochet ein Wassergesetz, das Land und Wasser voneinander trennte. Praktisch das gesamte chilenische Wasser wurde zu einem handelbaren Vermögenswert. Den EigentümerInnen an diesen Vermögenswerten wurden Rechte auf unbestimmte Zeit gewährt. Sie konnten die Ware Wasser ohne Einmischung der Regierung verkaufen. Der Besitz von Wasser konzentrierte sich in den Händen der großen Sektoren Wasserkraft, Bergbau und Agrarindustrie. Da es ein Bieterverfahren für Wasser gibt, haben ausländische landwirtschaftliche Großkonzerne Rechte an Flüssen, Gletschern und Grundwasser aufgekauft, um Nutzpflanzen für den Export anzubauen. Vielfach leer gingen Kleinbäuerinnen und -bauern aus. Sie wurden überboten und mit einem Erbe von Wasser- und Bodenverschmutzung zurückgelassen. Während Chiles Mega-Dürre anhält, geben traditionelle Bauern und Bäuerinnen ihr Land auf, die Landwirtschaft verödet.

Auch in Australien wurde Anfang der 1990er-Jahre angesichts einer schweren Dürre ein Markt für den Handel mit Wasserrechten eingeführt. In der Hoffnung, dass LandwirtInnen Wasser sparen würden, wenn sie das Eingesparte verkaufen könnten, wurden Wasserlizenzen in Wasserrechte umgewandelt. Das erlaubte es LandwirtInnen und anderen WassernutzerInnen, ihr Wasser zu verkaufen oder zu handeln. Fast sofort machten sich private Wasserhändler auf einem völlig unregulierten Markt breit und begannen, Wasser zu kaufen und zu verkaufen. Zuerst kauften die großen Agrarkonzerne die kleinen Farmen auf, dann

stiegen Banken, Investmentgesellschaften und ausländische Investoren in den Markt ein, der inzwischen mehrere Milliarden Euro wert ist. Es überrascht nicht, dass der Preis für Wasser dramatisch anstieg. Im Jahr 2000 wurde Wasser für zwei Australische Dollar (AU-Dollar) pro tausend Tonnen verkauft; zwei Jahrzehnte später kann privates Premium-Wasser 2.500 AU-Dollar pro tausend Tonnen einbringen. Das macht es den Regierungen sehr schwer, Wasser für durstige Gemeinden und für die Umwelt zu kaufen.

Die Gier nach blauem Gold

Um die Ansiedlung von Viehzüchtern und Industrie im US-amerikanischen Westen im 19. und 20. Jahrhundert zu fördern, gewährten die Regierungen dauerhafte Wasserrechte, die an neue Generationen weitergegeben und oft unter FarmerInnen verkauft oder getauscht wurden. Doch in den letzten Jahren lassen viele InhaberInnen von Wasserrechten ihre Farmen verdorren und verkaufen ihre Wasserzuteilungen an Finanzinvestoren, die dann an Bauunternehmen, Golfplätze und durstige Städte verkaufen. In einem Bericht der New York Times vom Januar 2021 heißt es, dass im amerikanischen Westen eine neue Kraft entstanden sei: eine Vielzahl von Investoren, die in abgelegene Gemeinden eindringen und das trockenste Gebiet der Vereinigten Staaten durchkämmen, um begehrte Wasserrechte zu kaufen. Private Investoren, die auf der Suche nach Profit sind, spielen jetzt eine wichtige Rolle bei der Neugestaltung der Wasserverteilung und verdrängen dabei die Familienbetriebe. Der Hedge-Fonds Water Asset Management nennt das amerikanische Wassergeschäft „den größten aufstrebenden Markt der Welt – eine Billionen-Dollar-Marktchance“. In diesen Staaten wird Wasser zu einer Profitquelle.

Wassermärkte und Wasserhandel gibt es auch in anderen Ländern. Alberta, eine Provinz im Westen Kanadas, führte 2011 den Wasserhandel ein. Innerhalb eines Jahres stiegen die Wasserpreise sprunghaft an. Spanien führte 1999 begrenzte Wassermärkte ein. Brasilien erwägt ernsthaft, diesem Beispiel zu folgen. In der Tat werden Brasilien und andere Länder von mächtigen Institutionen ermutigt, Wasser zu privatisieren. Im Jahr 2015 führte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Märkte für Wasser sind ein gefährlicher Trend und werden zu einer Vertiefung der Ungleichheit beim Zugang zu Wasser führen. Das Thema geht uns alle an, die sich um das Menschenrecht auf Wasser und eine intakte Umwelt sorgen.

(OECD) eine Analyse der brasilianischen Wasserpolitik durch und empfahl die Einrichtung eines privaten brasilianischen Wassermarktes, der den Wasserhandel besteuern würde, um das Management von Wassereinzugsgebieten zu finanzieren. The Nature Conservancy, eine mächtige und sehr einflussreiche Umweltorganisation, die in 79 Ländern tätig ist, setzt sich offen für Wassermärkte und den Wasserhandel als Mittel zur Bewältigung der wachsenden globalen Wasserknappheit ein. In ihrem großen Bericht Water Share aus dem Jahr 2016 behauptet die Organisation, dass es inzwischen mindestens 37 Länder gibt, die Wasserrechtssysteme eingeführt haben. Die Organisation folgert: „Es ist an der Zeit, das Potenzial der Wassermärkte zu entfesseln.“

Dieser Rat wird in den Hallen der Macht gehört: Brian Richter, leitender Wissenschaftler für das Wasserprogramm von The Nature Conservancy, wurde im Wasser-Blog der Weltbank vorgestellt. Dort darf er für „Investitionspartnerschaften zur gemeinsamen Nutzung von Wasser“ werben. Diese könnten das Kapital von Investoren nutzen, um Wassernutzungsrechte zu erwerben, die „an andere Wassernutzer verkauft werden können, um eine finanzielle Rendite für Investoren zu erzielen.“ Diejenigen, die sich für den Kampf gegen die Privatisierung von Wasserdienstleistungen in Deutschland eingesetzt haben, werden sich daran erinnern, dass diese Idee in ärmeren Ländern stark gefördert wurde, bevor sie in Europa in Mode kam. Das Gleiche könnte auch in diesem Fall passieren.

Handel mit Wasser-Termingeschäften: eine Bedrohung für Kleinbauern weltweit

Es ist nur ein kleiner Schritt vom Wasserhandel zum Handel mit sogenannten Wasser-Futures beziehungsweise Termingeschäften mit Wasser. Dabei wetten Großinvestoren auf Wasserknappheit in der Hoffnung, Gewinne zu erzielen. Sie sichern sich Wasserrechte, bevor Dürren die Preise in die Höhe treiben. Der UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf sicheres Trinkwasser und sanitäre Einrichtungen Pedro Arrojo-Agudo warnte die Welt, dass die Zulassung des Wasser-Futures-Handels eine schreckliche Gefahr für Kleinbauern und -bäuerinnen überall darstellt. In einer Erklärung vom Dezember 2020, die vom UN-

Hochkommissariat für Menschenrechte veröffentlicht wurde, schrieb er:

„Ein solcher Zukunftsmarkt könnte Spekulanten wie Hedgefonds und Banken dazu verleiten, auf Preise zu wetten und so die Spekulationsblase des Lebensmittelmarktes im Jahr 2008 zu wiederholen. Dabei besteht die Gefahr, dass die großen Akteure aus Landwirtschaft und Industrie sowie die großen Energieversorger diejenigen sind, die kaufen können und damit schwächere Sektoren der Wirtschaft, z. B. die Kleinbauern, marginalisieren und beeinträchtigen.“

Märkte für Wasser sind ein gefährlicher Trend und werden zu einer Vertiefung der Ungleichheit beim Zugang zu Wasser führen. Das Thema geht uns alle an, die sich um das Menschenrecht auf Wasser und eine intakte Umwelt sorgen.



Maude Barlow

Die Autorin ist eine Wasserrechtsaktivistin, Trägerin des alternativen Nobelpreises und Bestsellerautorin.

Aus dem Englischen von Ramona Bruck.



AGRA – UNHEILVOLLE ALLIANZ FÜR EINE GRÜNE REVOLUTION IN AFRIKA

Bilanz zu einer als Anti-Armutsprogramm getarnten Lobbyorganisation für Agrarkonzerne

Die AGRA hat ihr inzwischen milliardenschweres Entwicklungsprogramm 2006 mit einer Kampfansage gegen Hunger und Armut in Afrika gestartet. Analysen einer deutsch-afrikanischen NGO-Gruppe zeigen nun: AGRA, unterstützt auch von der deutschen Bundesregierung, hat die Lage der afrikanischen Kleinbäuerinnen und -bauern in den Projektländern nicht verbessert, sondern sogar verschlechtert. Von dem Programm profitiert hat vor allem die Agrarindustrie.



Jesse Gardner/Unsplash

Was hat die AGRA (engl. Alliance for a Green Revolution in Africa) nach 15 Jahren ihres Bestehens für die afrikanischen Kleinbäuerinnen und -bauern bewirkt? In welche Maßnahmen fließen die Mittel der AGRA konkret und wer profitiert wirklich davon? Das blieb lange Zeit im Dunkeln, denn öffentlich zugängliche Evaluationen oder Wirkungsanalysen gab es nicht. Auch auf direkte Anfrage rückte die AGRA nichts heraus. Also wertete eine deutsch-afrikanische Gruppe von zehn Organisationen auf der Grundlage von Analysen des US-Wissenschaftlers Tim Wise selbst offiziell zugängliche Armutsdaten aus und erstellte eigene Länderfallanalysen. Die Ergebnisse, die die Gruppe in ihrer 2020 erschienenen Studie „Falsche Versprechen“¹ zusammenfasste, sind skandalös: Die AGRA hat auf ganzer Linie versagt.

Große Ziele, keine Erfolge

Das Hauptversprechen der AGRA bestand darin, die landwirtschaftlichen Erträge und Einkommen von 30 Millionen Haushalten kleinbäuerlicher ErzeugerInnen bis 2020 zu verdoppeln und damit Hunger und Armut in 20 afrikanischen Ländern zu halbieren. Die Ertragssteigerungen sollten durch die Verbreitung von kommerziellem Hochertragsaatgut, synthetischen Düngemitteln und Pestiziden erreicht werden. Um die angestrebten Ziele zu verwirklichen, erhielt die AGRA fast eine Milliarde US-Dollar – hauptsächlich von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, aber auch von Regierungen der USA, Großbritanniens und Deutschlands.²

Die Studie „Falsche Versprechen“ zeigt jedoch, dass die Ertragssteigerungen für wichtige Grundnahrungsmittel während der AGRA-Jahre nur sehr gering ausfielen und nicht höher waren als in der Zeit vor dem Programmstart. Anstatt den Hunger zu halbieren, hat sich die Situation in den 13 AGRA-Schwerpunktländern seit dem Beginn von AGRA sogar verschlechtert. Die Zahl der hungernden Menschen ist in den AGRA-Jahren um 30 % gestiegen. Die Studie belegt zudem, dass das Programm Kleinbauern und -bäuerinnen geschadet hat, indem diese beispielsweise in existenzbedrohende Verschuldungsfallen tappten, weil sie aufgrund der ausgebliebenen Einnahmesteigerungen Kredite für AGRA-Düngemittel und -Hybridsaatgut nicht zurückzahlen konnten. Gleichzeitig drohen die Verdrängung ihrer bäuerlichen Saatguttauschsysteme und Abhängigkeitsverhältnisse mit industriellen Saatgut- und Düngemittelunternehmen.

Nach massivem Druck etwas Transparenz

Anstelle einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Studie oder der Preisgabe anderer belastbarer Daten, versuchte die AGRA sie als unwissenschaftlich abzutun. Erst nachdem die Transparenzkampagne „U.S. Right to Know“ im Dezember vergangenen Jahres über das US-amerikanische Freiheitsinformationsgesetz erwirkt hatte, dass die AGRA endlich ihre eigene „Halbzeitbewertung“ sowie weitere elf in Auftrag gegebene Länderevaluationen herausgeben musste, sah sich die Allianz veranlasst, zumindest diese auch auf ihrer Webseite zu veröffentlichen.³

Versagen bestätigt

Um es gleich vorwegzunehmen – die über 1.300 Seiten starken AGRA-eigenen Evaluationsdokumente enthalten ebenfalls keine Belege für etwaige Fortschritte der AGRA bei der Verbesserung von Erträgen, Einkommen und Ernährungssicherheit in den betroffenen afrikanischen Ländern. Sie bestätigen und untermauern die eklatanten Mängel des Programms, die in „Falsche Versprechen“ bereits enthüllt wurden. Einmal mehr ist klar: Die angekündigten Ertrags- und Einkommenssteigerungen für kleinbäuerliche ErzeugerInnen sind bei Weitem nicht eingetroffen. Die AGRA hat es nicht einmal geschafft, die Einkommen der Bauern und Bäuerinnen über die Armutsgrenze zu heben. Deutlich wird beispielsweise auch, dass eingesetzte BeraterInnen auf Dorfebene kleinbäuerlichen ErzeugerInnen raten, das von AGRA bevorzugte Paket landwirtschaftlicher Inputs (wie AGRA-Saatgut und -Dünger) zu kaufen. Die zusätzlichen Ausgaben dafür bleiben in der AGRA-eigenen Kosten-Nutzen-Rechnung allerdings unerwähnt, obwohl sie sogar zu Verlustgeschäften für Bäuerinnen und Bauern führten. Nach Aussage der GutachterInnen der Länderevaluationen ist zudem fraglich, ob die BeraterInnen nach dem Auslaufen der AGRA-Zuschüsse überhaupt weiterhin ihre Rolle ausführen werden oder dieses Beratungssystem wieder in sich zusammenfällt.

Schamlose Interessenpolitik

Des Weiteren bestätigen die AGRA-Länderevaluationen die Erkenntnisse aus „Falsche Versprechen“, wonach die AGRA durch die Entsendung von AGRA-MitarbeiterInnen

oder die direkte finanzielle Unterstützung von Ministerien oder Beratungsgremien afrikanischer Regierungen systematischen Einfluss auf Dünge- und Saatgutgesetzgebungen in den AGRA-Schwerpunktländern nimmt. So werden die Etablierung des Modells der Grünen Revolution⁴ vorangetrieben und verbesserte Absatzmöglichkeiten für Produkte internationaler Agrarkonzerne wie dem Düngemittelkonzern und AGRA-Projektpartner Yara gesichert. Diese direkte und zudem völlig intransparente Lobbyarbeit zugunsten von Industrieinteressen steht im krassen Gegensatz zum ursprünglichem Ziel der AGRA, lokale, kleinbäuerliche Strukturen zu stärken.

Gipfel der Dreistigkeit

Es ist offenkundig: Die AGRA hat mit ihrem Technologiepaket der Grünen Revolution keinen Beitrag zur Hunger- und Armutsbekämpfung in den AGRA-Schwerpunktländern geleistet und handelt nicht im Interesse von kleinbäuerlichen ErzeugerInnen. Auch hat die Allianz ihre Lobbyarbeit für die Industrie gegenüber der Öffentlichkeit jahrelang verborgen. Eine Einsicht oder gar ein Umsteuern sind bisher nicht zu erkennen. Trotzdem wird ausgerechnet AGRA-RepräsentantInnen beim Management der Krisen unseres globalen Ernährungssystems – Hunger, wachsende Ungleichheit, Biodiversitätsverlust, Klimawandel etc. – große Kompetenz zugeschrieben. So wurde AGRA-Präsidentin Agnes Kalibata zur Sonderbeauftragten des im September dieses Jahres stattfindenden Welternährungsgipfels der Vereinten Nationen (UNFSS) ernannt. Auch AGRA-Vizepräsident Joachim von Braun soll prominent auf dem Gipfel vertreten sein und die Gründer von AGRA, die Bill- und Melinda Gates-Stiftung und die Rockefeller-Stiftung, treten als zentrale Akteure des Gipfels auf. Damit wird auf dreisteste Weise die Etablierung mächtiger wirtschaftlicher Player in UN-Entscheidungsprozessen und die Verbreitung nicht nachhaltiger Produktionsweisen der Grünen Revolution auf der einen Seite und die politische Schwächung rechenschaftspflichtiger Staaten auf der anderen Seite weiter vorangetrieben.

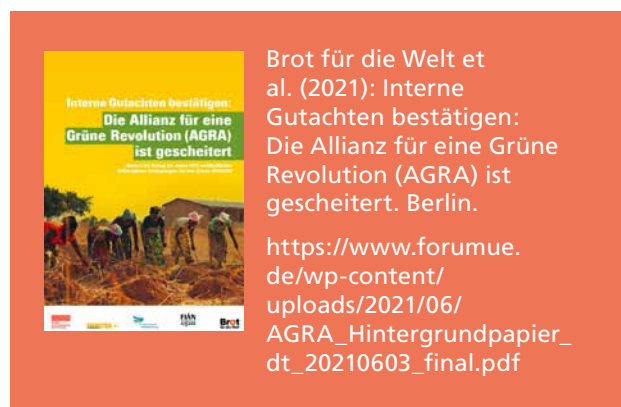
Und die Bundesregierung?

Die Bundesregierung unterstützt den UNFSS offiziell und führt seit 2017 eine strategische Partnerschaft mit der AGRA. Noch hat das federführende Entwicklungsministerium selbst auch keine Fortschrittsberichte oder Evaluierungen der von ihm finanzierten AGRA-Projekte in Burkina Faso und Ghana veröffentlicht. Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung nun Konsequenzen aus den neuen, vorliegenden Berichten zieht und die einzig vernünftige Entscheidung trifft: die Einstellung jeder politischen und finanziellen Unterstützung für die AGRA. Stattdessen sollten die freiwerdenden Mittel für agrarökologische Projekte beziehungsweise die Stärkung des Rechts auf Nahrung und der Koalition internationaler Geber, die die Agrarökologieinitiative der UN Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) unterstützen, verwendet werden. Eine weitere Finanzierung der AGRA, wie sie bislang geplant ist und die sogar die Ausweitung des deutschen Engagements auf Projekte in Nigeria beinhaltet, ist angesichts der erdrückenden Faktenlage zur AGRA nicht zu rechtfertigen, will

das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seine Glaubwürdigkeit nicht verspielen. Denn die AGRA ist kein Programm, das sich irgendwie reformieren lässt. Hier stinkt der Fisch vom Kopf.

 **Josephine Koch**

Die Autorin ist Mitarbeiterin beim Forum Umwelt & Entwicklung und Koautorin der Studie „Falsche Versprechen“ sowie eines neuen Hintergrundpapiers, das sich mit den internen AGRA-Gutachten beschäftigt.



- 1 Brot für die Welt, FIAN Deutschland, Forum Umwelt und Entwicklung, INKOTA-netzwerk, Rosa-Luxemburg-Stiftung et. al. (2020): Falsche Versprechen. Die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA): <https://www.forumue.de/falsche-versprechen-die-allianz-fuer-eine-gruene-revolution-in-afrika-agra/>.
- 2 Ungefähr die Hälfte dieser Summe ging an die Projekte der AGRA-Schwerpunktländer. Was mit den restlichen knapp 500 Mio. US-Dollar passierte, ist weiterhin unbekannt.
- 3 Itad (2020): Evaluation Report. Mid-term evaluation of AGRA's 2017-2021 strategy implementation: <https://agra.org/mid-term-evaluation-of-agra-2017-2021-strategy-implementation/>. AGRA (2019): 2019 Outcome Monitoring Reports: <https://agra.org/resource-library/2019-outcome-monitoring-reports/>.
- 4 Als sog. Grüne Revolution ist ein seit den 1960er-Jahren forciertes politisches Konzept zu verstehen, das die Industrialisierung der Landwirtschaft durch den vermehrten Einsatz von umstrittenen Technologien wie der neuen Gentechnik und Inputs wie chemische Düngemittel und industrielles Saatgut propagiert.



© Miru in SL/flickr (CC BY-NC-ND 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/>)

FEHLERNÄHRUNG IST SYMPTOM EINER GLOBALEN SYNDEMIE

... und eine Folge des Zusammenwirkens von
Klimawandel, Hunger und Übergewicht

In Mexiko sind besonders viele Menschen an COVID-19 gestorben. Das liegt auch daran, dass in dem Land so viele Menschen Vorerkrankungen wie Diabetes haben. Das industrielle Ernährungssystem macht Menschen und Umwelt krank – nicht nur in Mexiko.

Die mexikanische Regierung rief schon 2016 den epidemologischen Notfall aus. Zwischen 2000 und 2017 verdoppelten sich die jährlichen Todesfälle. 2017 starben nach Zahlen des mexikanischen Statistikinstituts 106.525 MexikanerInnen an Diabetes. Die Corona-Pandemie drei Jahre später verläuft daher umso verheerender. Diabetes und Herz-Kreislauf-Krankheiten, die beiden häufigsten Todesursachen in dem lateinamerikanischen Land, sind starke Risikofaktoren für einen schweren COVID-19-Verlauf. Dementsprechend erreichte Mexiko Ende März 2021 als drittes Land nach den USA und Brasilien die traurige Marke von 200.000 Toten durch Corona.

2019 litten nach Zahlen des Diabetes-Atlas des Internationalen Diabetesverbands (International Diabetes Federation – IDF) knapp 13 Millionen MexikanerInnen zwischen 20 und 79 Jahren an Diabetes, das sind 15 % der Menschen in dieser Altersgruppe. Weltweit ist nach Angaben der Techniker Krankenkasse jede und jeder elfte Erwachsene DiabetikerIn.¹ Etwa 90 % der Betroffenen sind an Typ-2-Diabetes erkrankt, also der Variante, die im Laufe des Lebens erworben wird. Nach Schätzung des IDF leben fast 80 % der erwachsenen DiabetikerInnen in Ländern niedrigeren und mittleren Einkommens. Begibt man sich auf die Suche nach den Gründen dafür, zeigt sich, dass das globale

Ernährungssystem durch Fehlernährung und industrielle Produktion nicht nur immer mehr Menschen krankmacht, sondern auch den Klimawandel anfacht.

Reis und Bohnen sind uncool

In Mexiko hängt der Ernährungswandel mit dem Inkrafttreten des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA 1994 zusammen. Im Zuge des Freihandelsabkommens verbreitete sich eine Vorstellung von Entwicklung, die traditionelles ländliches Leben als rückständig darstellt. Entsprechend förderte die Regierung kleinbäuerliche Landwirtschaft immer weniger, dafür jedoch exportorientierte Industriearbeit. So konnten sich in Mexiko Strukturen etablieren, die einem gesunden Leben abträglich sind und zudem Umwelt und Klima belasten. Überspitzt kann man diese Vorstellung von Entwicklung wie folgt zusammenfassen: Verarbeitete Lebensmittel aus Supermarktketten sind moderner, sicherer und nährstoffhaltiger. Landleben mit Tortillas und Bohnen hingegen schien unterentwickelt, uncool und wegen mangelnder Hygienestandards potenziell gesundheitsschädlich. Zudem sind Produkte vom eigenen Land nicht international wettbewerbsfähig. Deswegen werden lieber subventionierter Mais aus den USA importiert und Avocados in Monokultur produziert und an gesundheitsbewusste EuropäerInnen exportiert. Zu dieser Vorstellung von Entwicklung gehört ein starker Lobbyismus beziehungsweise die Verflechtung der Politik mit der Wirtschaft. Der mexikanische Präsident Vicente Fox, der 2000 bis 2006 an der Macht war, arbeitete zuvor für Coca-Cola. Und der nationale Kreuzzug gegen den Hunger („Cruzada Nacional contra el Hambre“) 2013 beinhaltete eine Zusammenarbeit mit Nestlé und PepsiCo. Zu dieser Zusammenarbeit gehörte zum Beispiel, dass MitarbeiterInnen von Nestlé Frauen in marginalisierten ländlichen Gebieten beibringen sollten, „nährstoffreiche“ Nachtische aus Zutaten der Firma herzustellen und in ihren Gemeinden zu verkaufen.²

Diese Strukturen und die damit verbundenen Probleme zeigen sich in vielen Ländern des Globalen Südens, deren Märkte von großen Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie mit Produkten überschwemmt werden. Kleine LandwirtInnen verlieren in diesem System ihren Platz. Häufig migrieren sie in die Städte, wo sie sich mit mehreren Jobs über Wasser halten und dabei auch ihre Ernährung verändern. So sind zum Beispiel Softdrinks und Chips in Mexiko ein beliebtes Frühstück bei Bauarbeitenden.

AktivistInnen setzen Zuckersteuer durch

Doch die korrupte Politik und die Unternehmen in Mexiko haben einen ernst zu nehmenden Gegner in der Zivilgesellschaft. Die mexikanische Nichtregierungsorganisation El Poder del Consumidor (dt.: Die Macht des Verbrauchers) setzt sich seit 2006 für VerbraucherInnen- und Gesundheitsschutz ein. Es gelang der Organisation den Druck auf Parlament und Regierung so zu erhöhen, dass 2014 eine Steuer auf stark zuckerhaltige Getränke und Lebensmittel eingeführt wurde. Seit Oktober 2020 warnen schwarze Etiketten außerdem auf Produkten mit viel Zucker, Fett oder Salz die KonsumentInnen vor dem Kauf. Zudem dürfen die so etikettierten Produkte auch nicht mehr mit Comicfiguren werben. Mit Erfolg: Bereits ein Jahr nach Einführung

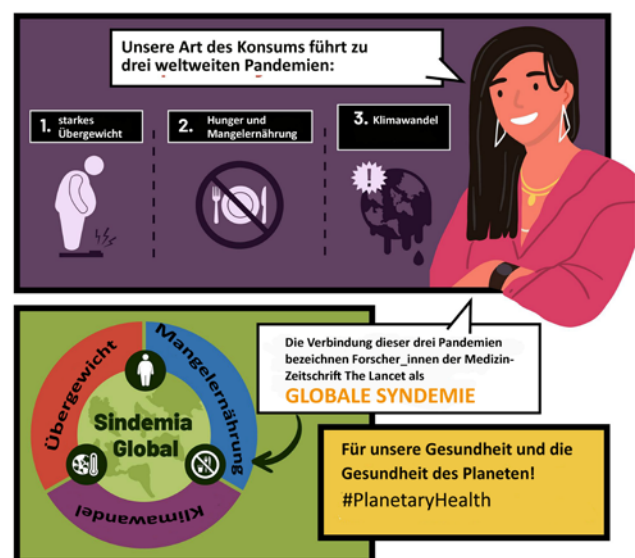
der Steuer von einem Peso pro Liter ging der Verkauf gezuckerter Getränke um 12 % zurück, wie US-amerikanische und mexikanische ForscherInnen zeigten.

El Poder del Consumidor klärt über verarbeitete Lebensmittel, gesundes Schulessen und die Vorteile lokal produzierter Produkte auf. Dazu veröffentlicht die Organisation Videos und Infografiken in den sozialen Netzwerken, die klar strukturiert und einfach formuliert sind. Die AktivistInnen schaffen es sogar, die globale Syndemie in einer Infografik zu erklären (s. Abbildung 1). Als globale Syndemie bezeichnete eine Kommission der britischen Fachzeitschrift The Lancet 2019 das Zusammenwirken von Klimawandel, Unterernährung/Hunger und Fettleibigkeit.³

Die globale Syndemie

Fehlernährung ist laut der Definition der Lancet-Kommission eine von der gesunden Norm abweichende körperliche Verfassung, hervorgerufen durch unangemessenen, unausgewogenen oder exzessiven Konsum bestimmter Makro- oder Mikronährstoffe. Die Kommission bezieht sich bei dieser Definition vor allem darauf, inwieweit Fehlernährung zur Verbreitung nicht übertragbarer Krankheiten wie zum Beispiel Diabetes Typ-2 beiträgt. Zur Fehlernährung gehören sowohl Unter- oder Mangelernährung als auch Übergewicht.

Was haben diese beiden Phänomene mit dem Klimawandel zu tun? Zunächst bedroht der Klimawandel die Ernährungssicherheit. Kleinbauern und -bäuerinnen sind von Extremwettern wie Dürren oder Starkregen besonders betroffen, aber auch industrialisierte Nahrungsmittelhersteller haben damit zu kämpfen. Zudem weisen Studien darauf hin, dass sich durch eine erhöhte CO₂-Konzentration in der Luft der Protein- und Mikronährstoffgehalt bestimmter Nahrungsmittelpflanzen senkt. Auf der anderen Seite trägt die Produktion von Nahrungsmitteln durch intensive Land-



Quelle: THE LANCET - [https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736\(18\)32822-6/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140-6736(18)32822-6/fulltext)

EL PODER DEL CONSUMIDOR
(CC BY-NC-ND 4.0)

© El Poder del Consumidor (CC BY-NC-ND 4.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>)

wirtschaft und Verschwendung von Lebensmitteln, Transport und Verpackung zum Klimawandel bei.

Die Verbindung von Klimawandel und Übergewicht ist weniger deutlich. Ein veränderter Lebensstil, weniger Bewegung, Leben in den Städten und Fortbewegung im Auto trägt auf jeden Fall zu beidem bei. Und schließlich sind Über- und Untergewicht verbunden: Unterernährung während der Schwangerschaft und der ersten Lebensjahre erhöhen das Risiko, später übergewichtig zu werden.

Die Politik muss liefern und könnte es auch

Inzwischen gibt es in 26 Ländern, neun US-amerikanischen Bundesstaaten und neun Inselstaaten Steuern auf zuckerhaltige Getränke. Eine weltweite Vorreiterrolle hat Chile eingenommen. In dem südamerikanischen Land gibt es nicht nur eine Steuer und Warnhinweise, die nach mexikanischem Vorbild gestaltet sind. Es ist auch verboten, Süßigkeiten und Fast Food in Schulen zu verkaufen, in der Nähe von Schulen darf für ungesunde Lebensmittel nicht geworben werden, und es gibt klare Empfehlungen an Eltern und Schulen für die Verpflegung der Kinder.

In Brasilien konnten solche Einschränkungen wegen der starken Lobby der Lebensmittel verarbeitenden Industrie, organisiert im Verband der Lebensmittelindustrie, nicht durchgesetzt werden⁴, dafür gibt es dort mit dem nationalen Schulspeisungsprogramm ein Instrument, das nicht nur den KonsumentInnen, sondern auch den ProduzentInnen zugute kommt. Agrarökologisch arbeitende Betriebe liefern einen Teil ihrer Produkte an Kindergärten und Schulen in ihrer Region. So haben die Familien ein verlässliches Einkommen und die Kinder eine gesunde Ernährung.⁵

Es wird deutlich: Eine Lösung muss die Schaffung von Umgebungen sein, die gesund für Mensch und Umwelt sind, da sich beides gegenseitig bedingt. The Lancet hat dafür den Überbegriff Planetary Health geschaffen.

Planetary Health – Gesundheit für Mensch und Erde

Die Kommission des Lancet, die die Syndemie beschrieben hat, macht sich stark für ein Primat der Politik. Diese ist verantwortlich, so die WissenschaftlerInnen, eine gesunde, nachhaltige Umgebung zu schaffen, die zugleich sozial gerecht ist. Aufgabe der Zivilgesellschaft sei dabei, Druck auszuüben, damit Gesetze zum Schutz von Umwelt und Gesundheit der Menschen erlassen werden. Dazu, so die Kommission weiter, muss auch die Wirtschaftspolitik einschließlich Subventionen so ausgerichtet werden, dass nur noch unternehmerisches Handeln gefördert wird, das Mensch und Umwelt nicht schadet. Ein Instrument dafür könnte ein Rahmenabkommen für Ernährungssysteme nach dem Vorbild des Rahmenabkommens zur Tabakkontrolle sein. Dieses haben seit 2003 168 Staaten unterzeichnet. Es sieht regionale, nationale und internationale Maßnahmen zum Schutz der Menschen vor den Schäden von Tabakanbau und -konsum vor.

Ein entsprechendes Rahmenabkommen kann ProduzentInnen, KonsumentInnen und den Planeten schützen und dabei helfen, konkrete Forderungen umzusetzen, wie sie im Bericht der Lancet-Kommission formuliert werden. So könnten die fünf Billionen Dollar, die bisher weltweit

fossile Energieträger und klimaschädliche Landwirtschaft subventionieren, in nachhaltige Landwirtschaft und Transportwege umgeleitet werden. Und auch für das Wirtschaftssystem haben die ForscherInnen eine klare Vision: Es soll nicht mehr auf Profit basieren, sondern auf Nachhaltigkeit.



Dinah Stratenwerth

Die Autorin leitet das Bildungsprojekt foodjustice in Berlin.

- 1 Techniker Krankenkasse zu Diabetes weltweit: www.tk.de/techniker/gesundheits-und-medizin/behandlungen-und-medizin/diabetes/diabetes-mellitus-in-zahlen-2013492?tkcm=ab
- 2 Against the Grain (2015): Free Trade and Mexico's Junk Food epidemic. Barcelona, S. 8 <https://grain.org/article/entries/5170-free-trade-and-mexico-s-junk-food-epidemic>
- 3 Lancet-Kommission: www.thelancet.com/commissions/global-syndemic
- 4 Jacobs, Andrew & Richtel, Matt (2017): How big business got Brazil hooked on junk food. In: New York Times, Sept. 16th <https://www.nytimes.com/interactive/2017/09/16/health/brazil-obesity-nestle.html>
- 5 Remesch, Mireille: Land ist unser Leben. Agrarökologie in Brasilien. Online-Reportage: www.agrarkoordination.de/projekte/agraroekologie-foerdern/agraroekologie-in-brasilien/

Literaturhinweise:

Diabetes-Atlas: www.diabetesatlas.org/en/

Gálvez, Alyshia (2018): Eating NAFTA: Trade, Food Policies, and the Destruction of Mexico, Oakland



SAISONARBEITERINNEN STÄRKEN!

Gewerkschaften und Beratungsstellen gehen neue Wege

Gut ein Drittel der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Deutschland sind SaisonarbeiterInnen aus Ländern wie Rumänien und Polen. Vom Sozialsystem werden sie jedoch ausgeschlossen. Gewerkschaften und Beratungsstellen versuchen, ihre Isolation durch aufsuchende Formen der Beratung zu überwinden.

Ende März 2021 auf einem Gemüsebetrieb im südlichen Nordrhein-Westfalen: Marian aus Rumänien arbeitet seit eineinhalb Monaten auf dem Betrieb, als er sich bei der Arbeit an einer Abfalltonne den Daumen zerquetscht. Zunächst verbindet nur ein Kollege den Daumen notdürftig. Erst zwei Tage nach seinem Unfall wird Marian zum Arzt gefahren. Es stellt sich heraus: Weder in Rumänien ist Marian krankenversichert noch in

Deutschland. Als sich die Beratungsstelle Faire Mobilität und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) einschalten, hat der Betriebsleiter des Hofes es eilig, die Arztrechnung selbst zu zahlen und Marian wieder zurück nach Rumänien zu schicken. Eigentlich müsste Marian bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) zumindest unfallversichert sein. Angeblich aus



Matthias Böckel/Pixabay

Datenschutzgründen erhält die Gewerkschaftssekretärin der IG BAU jedoch keine klare Information dazu.

So wie Marian geht es vielen der 270.000 SaisonarbeiterInnen, die Jahr für Jahr auf den deutschen Feldern schuften. Sie stellen eine neue Art von sogenannten mobilen Beschäftigten dar, ohne die große Teile der Landwirtschaft in Deutschland zusammenbrechen würden. Eine zirkuläre, Jahr für Jahr befristete Arbeitsmigration ist inzwischen in vielen Branchen elementare Stütze der deutschen Wirtschaft – nicht nur in der Landwirtschaft, sondern ebenso im Baugewerbe, in der häuslichen Pflege, im LKW-Transport oder in der Fleischproduktion. Einerseits gilt in der EU die Arbeitnehmerfreizügigkeit, andererseits herrscht zwischen Südost- und Osteuropa und Nordwesteuropa ein gewaltiges Lohngefälle. Für mobile Beschäftigte wie Marian ist die Saisonarbeit in Deutschland daher alljährlich seine Strategie, um wirtschaftlich zu überleben. In Rumänien schlägt er sich das restliche Jahr über mit Gelegenheitsarbeiten auf dem Bau durch.

Der überwiegende Teil der Saisonbeschäftigten aus Ländern wie Rumänien, Polen oder Bulgarien arbeitet in Deutschland über das Modell der sogenannten kurzfristigen Beschäftigung. Dabei geht die Bundesregierung bei SchülerInnen, Studierenden, Hausfrauen bzw. -männern und RenterInnen davon aus, dass sie die Saisonarbeit in Deutschland „nicht berufsmäßig“ ausüben. Sie müssen daher in Deutschland weder kranken-, noch renten- oder sozialversichert werden. Lediglich eine Unfallversicherung

muss über die SVLFG abgedeckt sein. Der Fall von Marian zeigt die Problematik dieses Modells auf.

Ein weiteres Problem, mit dem Beschäftigte wie Marian konfrontiert sind: Von dem Brutto-Mindestlohn von 9,50 Euro pro Stunde (bzw. 9,60 Euro ab 1. Juli 2021) bleibt bei der Abreise aus Deutschland netto sehr wenig übrig. Häufig wird für einen Schlafplatz in heruntergekommenen Massenunterkünften eine horrend hohe Miete abgezogen. In anderen Betrieben wird die hohe Zahl von Überstunden nicht vollständig entgolten. So auch bei Marian – er bekommt bei der Auszahlung deutlich weniger Arbeitsstunden angerechnet, als er sich selbst notiert hatte.

Gerade in der Landwirtschaft ist die soziale Isolation der mobilen Beschäftigten sehr hoch. Häufig leben sie in lagerartigen Unterkünften, in ländlichen Räumen mit schlechter Internetverbindung und ohne rudimentäre Kenntnisse der deutschen Sprache. Diese Isolation hat sich im Zuge der COVID-Pandemie nochmals massiv verschärft. Die Herkunftsländer der SaisonarbeiterInnen gehören nach Definition der Bundesregierung zu den Risiko- und Hochinzidenzgebieten. Seit letztem Jahr wurde daher das Modell der Arbeitsquarantäne eingeführt. Die ersten fünf bis zehn Tage in Deutschland arbeiten die Beschäftigten, ohne mit anderen Gruppen in Kontakt kommen zu dürfen. Zugleich gelten laxer Sicherheitsstandards: Bis zu acht Beschäftigte dürfen in einem Zimmer gemeinsam untergebracht werden, bis zu 15 Beschäftigte in einer engen Gruppe zusammenarbeiten, wenn der Betriebsablauf dies erfordert.

Antworten der Gewerkschaften

Immerhin: Stärker als im letzten Jahr, als die Medienberichterstattung hauptsächlich auf die Sorge um den Spargel angesichts der Corona-Pandemie fokussierte, werden in einigen Medienbeiträgen die SaisonarbeiterInnen auch als Subjekte sichtbar, die ihre Rechte einfordern und sich wehren. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Arbeit gewerkschaftsnaher Beratungsorganisationen wie der Europäische Verein für Wanderarbeiterfragen (EVW), die Beratungsstellen von „Arbeit und Leben“ auf Landesebene und das Netzwerk „Faire Mobilität“ auf Bundesebene. Die Beratungsstellen bieten migrantischen Beschäftigten kostenlos eine arbeitsrechtliche Beratung in ihrer Sprache an, unterstützen sie aber auch bei der außergerichtlichen Durchsetzung ihrer Rechte, beispielsweise durch Medienarbeit und der Unterstützung von Streiks.

Bei der Beratungsarbeit in der Landwirtschaft hat sich in den letzten Jahren eine Form der aufsuchenden Beratung bewährt: Die IG BAU hat gemeinsam mit den Beratungsorganisationen die „Initiative Faire Landarbeit“ gegründet. In den verschiedenen Regionen in Deutschland werden koordinierte Feldaktionen von GewerkschaftssekretärInnen und BeraterInnen gemeinsam durchgeführt, um mit den Saisonbeschäftigten in einen ersten Kontakt zu kommen und sie über ihre grundlegenden Arbeitsrechte in Deutschland zu informieren. Im vergangenen Jahr wurden bei 30 koordinierten Feldaktionen schätzungsweise 2.500 Beschäftigte direkt erreicht, die ihrerseits als MultiplikatorInnen die Informationen in ihrem Netzwerk weitergeben.

Seit 2020 hat die Gewerkschaft IG BAU zudem ein Jahresmitgliedschaftsmodell entwickelt, das sich speziell an

» Direktzahlungen im Rahmen der GAP müssen an die Bereitstellung von guten, sozialversicherten Arbeitsplätzen gekoppelt werden.

mobile Beschäftigte wendet. SaisonarbeiterInnen können für einen geringen Betrag ein Jahr lang Mitglied der IG BAU werden. Sie erhalten Beratung und Informationen in ihrer Herkunftssprache und ab dem ersten Tag ihrer Mitgliedschaft den vollen Arbeits- und Sozialrechtsschutz. Dieser Rechtsschutz kann in Fällen wie dem von Marian entscheidend sein. Denn vielfach liegt bei der Ausbeutung in den Betrieben offensichtlicher Rechtsbruch vor. Fraglos ist ein solcher Versuch, mobile Beschäftigte in die gewerkschaftliche Struktur einzubinden, voller Herausforderungen und ressourcenintensiv.

Die politischen Rahmenbedingungen müssen sich ändern

Die Projekte der Beratung, Stärkung und Organisierung allein reichen jedoch nicht aus. Entscheidend ist ebenso eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen. Dazu gehört erstens eine Teilhabe an den Sozialsystemen für Saisonbeschäftigte. Den Menschen, die in Deutschland Jahr für Jahr mehrere Monate lang teilweise in 60 Wochenstunden unser Gemüse produzieren, dürfen weder eine Krankenversicherung mit vollem Leistungsumfang noch Rentenansprüche verwehrt werden. Zweitens bedarf es mehr und besser abgestimmter Kontrollen in den Betrieben von Zoll, Arbeitsschutzbehörden und der Berufsgenossenschaft SVLFG. Zu zahlreich sind die Fälle, bei denen geltendes Arbeitsrecht verletzt wird. Drittens sollten Schutzinstrumente für abhängig Beschäftigte in der Landwirtschaft Teil der gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) werden. Direktzahlungen müssen an die Bereitstellung von guten, sozialversicherten Arbeitsplätzen gekoppelt werden.

Für all diese Veränderungen braucht es gesellschaftlichen Druck und Unterstützung, auch von Seiten der Umweltverbände und entwicklungspolitischer Organisationen.

Die Debatte um eine zukunftsfähige Landwirtschaft sollte sich nicht nur auf die Fragen der ökologischen Nachhaltigkeit und der Produzentenpreise richten, sondern auch auf die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft.



Benjamin Luig

Der Autor ist Branchenkoordinator für Baugewerbe und Landwirtschaft bei EVW und Faire Mobilität.

Mehr Informationen:
Initiative Faire Landarbeit(2020):
Saisonarbeit in der Landwirtschaft,
[https://igbau.de/Binaries/Binary15315/
InitiativeFaireLandarbeit-Bericht2020.pdf](https://igbau.de/Binaries/Binary15315/InitiativeFaireLandarbeit-Bericht2020.pdf)



© IFPRI/flickr (CC BY-NC-ND 2.0, <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.0/>)

KRANK DURCH PESTIZIDE

Über das Ausmaß der globalen unbeabsichtigten Pestizidvergiftungen

Sie ackern für unser Wohlergehen, damit wir mit Reis und Brot, Kaffee und Tee, Obst und Gemüse versorgt sind: Rund 860 Millionen Bäuerinnen, Bauern, Landarbeiterinnen und Landarbeiter arbeiten weltweit in der Landwirtschaft. Sie bewirtschaften eigene oder fremde Felder, arbeiten in Gewächshäusern und auf Plantagen, hacken und pflügen, säen und pflanzen, düngen und bewässern. Und sie spritzen Pestizide oder arbeiten in besprühten Feldern und gefährden dadurch ihre Gesundheit. Dass es beim täglichen Umgang mit Pestiziden zu unbeabsichtigten Vergiftungen kommt, ist lange bekannt. Das Ausmaß der Vergiftungen aber wurde über Jahrzehnte unterschätzt.

Die letzte umfassende Erhebung der weltweiten, ungewollten Pestizidvergiftungen durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde 1990 publiziert. Diese Daten wurden über Jahre hinweg verwendet, um das globale Vergiftungsgeschehen mit Pestiziden anhand von Zahlen darzustellen. Um nicht weiter auf aktuelle Daten warten zu müssen, starteten vor rund zwei Jahren vier WissenschaftlerInnen mit einer umfassenden neuen Recherche. Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden in der öffentlich zugänglichen englischsprachigen Studie Die globale Verteilung akuter unbeabsichtigter Pestizidvergiftungen: Schätzungen basierend auf einem systematischen Review im Fachmagazin BMC Public Health publizierten.¹ Die Ergebnisse zeichnen ein trauriges Bild vom Ausmaß der Vergiftungen derjenigen Menschen, die uns ernähren. Weltweit sind die Fälle unbeabsichtigter akuter Pestizidvergiftungen von 25 Millionen im Jahr 1990 auf heute 385 Millionen gestiegen. Das bedeutet, dass heutzutage etwa 44 % der in der Landwirtschaft tätigen Weltbevölkerung jedes Jahr mindestens eine Vergiftung erleidet.

Für die Studie führten die AutorInnen eine systematische Analyse der wissenschaftlichen Publikationen durch, die zwischen 2006 und 2018 zu dem Thema veröffentlicht wurden. Sie sichteten über 800 Arbeiten und wählten hieraus 157 Publikationen, die den strengen, vorab festgelegten Kriterien entsprachen. Zudem extrahierten sie zusätzliche Daten aus der Todesursachen-Datenbank der WHO. Auf diese Weise werden 141 Ländern abgedeckt. Die meisten ausgewerteten Studien konzentrierten sich auf arbeitsbedingte Vergiftungen, insbesondere bei LandwirtInnen und LandarbeiterInnen. Für jedes untersuchte Land wurde eine Synopse der Daten vollzogen, anschließend fand die Extrapolation für die Regionen der FAO (Welternährungsorganisation) und darauf aufbauend die Berechnung der weltweiten Vergiftungen statt. Die länderspezifischen Daten sind im Detail in der Publikation nachzulesen.

Pestizidvergiftungen sind ein ernstes, globales Problem

Dass die ermittelte Zahl der weltweiten nicht tödlichen, unbeabsichtigten Pestizidvergiftungen deutlich über dem Wert der früheren Schätzung liegt, hat mehrere Gründe. Zum einen deckt die aktuelle Studie eine größere Anzahl von Ländern ab. Zum anderen hat der jährliche weltweite Pestizideinsatz seit 1990 um 81 % zugenommen auf heute rund 4,1 Millionen Tonnen. Zudem wurden in der WHO-Studie von 1990 basierend auf Krankenhausdaten ausschließlich schwerere Vergiftungen abgebildet. Die neue Erhebung bezieht auch leichte und mittelschwere Fälle mit ein. So ergibt sich ein umfassendes Bild von der Belastungssituation der Menschen in den ländlichen Gebieten.

Nur wenige Menschen auf der Welt gehen, wenn sie nach dem Ausbringen von Pestiziden Vergiftungssymptome aufweisen, ins Krankenhaus. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass viele Bäuerinnen und Bauern zu arm sind, um sich die Behandlung oder den Transport zum Krankenhaus leisten zu können. Viele Vergiftungen – Schwindel, Erbrechen, Ohnmacht, Atemnot, Verätzungen der Haut und Augen sowie neurologische Ausfälle – gelangen daher nie in eine Krankenhaus- oder sonstige Statistik über Pestizid-Vergif-

tungen. Es muss also davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Situation noch immer unterschätzt wird. Dazu trägt auch bei, dass viele Staaten keine Meldestellen und -verfahren für Pestizidvergiftungsfälle haben.

Trotz fehlender oder unvollständiger Meldedaten über Vergiftungen zeigen die Studienergebnisse deutlich: Pestizidvergiftungen sind ein ernstes, globales Problem, das sofortiges Handeln erfordert. Insbesondere hochgefährliche Pestizide (highly hazardous pesticides, HHPs) – also Pestizide, die in besonderer Weise die Gesundheit akut und chronisch schädigen können und für die Umwelt besonders gefährlich sind – müssen weltweit endlich aus dem Verkehr gezogen werden. Ein schrittweises phase out, also Einstellen, von HHPs ist notwendig, um die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen zu schützen, die uns ernähren, um unser aller Lebensgrundlagen vor weiteren Kontaminationen zu bewahren und um die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Auch der Strategische Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement SAICM, der HHPs als globales Problem anerkannt hat, fordert Maßnahmen, um hochtoxische Pestizide schrittweise aus dem Verkehr zu ziehen.

Der Globale Süden ist besonders gefährdet

Die neue Studie zeigt ganz deutlich, dass das Vergiftungsleid auf der Welt ungleich verteilt ist. Die meisten nicht tödlichen Pestizidvergiftungen entfallen auf den Globalen Süden. Besonders betroffen sind die Menschen in Südasien, Südostasien und Ostafrika. Die höchste nationale Einzelinzidenz wurde in Burkina Faso ermittelt, wo jährlich fast 84 % der BäuerInnen und LandarbeiterInnen unbeabsichtigte akute Pestizidvergiftungen erleiden. Dramatisch ist die Situation auch in Indien. Hier ereignen sich rund 60 % der weltweit tödlich endenden Pestizidvergiftungen. Die Gesamtzahl der Todesfälle durch unbeabsichtigte Pestizidvergiftungen wird – basierend auf den verfügbaren verlässlichen Daten – auf weltweit etwa 11.000 Todesfälle pro Jahr geschätzt. Unberücksichtigt sind hierbei die beabsichtigten Vergiftungen mit Pestiziden beispielsweise bei Selbsttötungen. Ein Fünftel aller Suizide weltweit wird der WHO zufolge mit Pestiziden verübt.² Auch hierbei spielen HHPs eine wesentliche Rolle. In Sri Lanka haben Pestizid-Verbote dazu geführt, dass es zwischen 1995 und 2015 93.000 weniger Suizidopfer gab. Einen Rückgang der Erträge hatte das Verbot nicht bewirkt.

Neben der Menge der weltweit eingesetzten Pestizide ist seit den 1990er-Jahren auch die Anzahl der in ländlichen

» Etwa 44 % der in der Landwirtschaft tätigen Weltbevölkerung erleidet jährlich mindestens eine Vergiftung.

Gebieten lebenden Menschen gestiegen, von rund 3,3 auf gut 3,4 Milliarden. Heute sind also mehr Menschen sehr viel mehr Pestiziden ausgesetzt als 1990.

Das Leid von Millionen von Menschen wurde über Jahrzehnte massiv unterschätzt. Akute Pestizidvergiftungen bedeuten nicht nur momentanes Leid und kurzfristige Krankheit. Sie führen auch zu einem Verlust an Lebensqualität, einem Verlust des Wohlbefindens und der Arbeitsfähigkeit. Die tagtäglichen Vergiftungen können zudem – über das akute Leid hinaus – dauerhaft auch zu chronischen Erkrankungen wie Krebs, zu neurologischen Schädigungen und zu Fruchtbarkeitsstörungen führen.

Die mangelnde politische Aufmerksamkeit für akute Pestizidvergiftungen und insbesondere für akute nicht tödliche berufsbedingte Vergiftungen hat die Entwicklung von Maßnahmen zur Verhinderung solcher Vergiftungen auf nationaler und internationaler Ebene behindert. Hier braucht es dringend mehr globales, regionales und nationales Engagement bei der Förderung und Durchsetzung nicht chemischer Schädlingsmanagement- und Pflanzenschutzverfahren wie ökologischen Landbau und Agrarökologie.

Doppelstandards bekämpfen

Vor dem Hintergrund der besonderen Gefährdung der Menschen im Globalen Süden ist es umso verwerflicher, dass Deutschland und andere reiche Länder nach wie vor Pestizide in Drittländer exportieren, die im eigenen Land aufgrund ihrer Gefährlichkeit verboten sind. PAN Germany setzt sich gemeinsam mit dem Inkota Netzwerk für einen Abbau dieser Doppelstandards im Pestizidhandel ein. Unterstützt werden die beiden Organisationen dabei von 58 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und über 170.000 Einzelpersonen, die ein gesetzliches Verbot dieser Praxis fordern.³

Die angeschriebenen BundesministerInnen Julia Klöckner und Peter Altmaier haben auf die Forderungen bislang nicht reagiert. Die derzeitige Bundesregierung will offensichtlich nicht handeln und hat auch einen entsprechenden Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke nicht unterstützt. Dass Deutschland die menschenrechtliche Verpflichtung zu handeln hat, stellte UN-Sonderberichterstatter für Chemikalien und Menschenrechte Marcos Orellana Anfang des Jahres in einem Brief an die Bundesregierung klar. Und dass ein Exportverbot möglich ist, hat der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages bereits bestätigt.⁴ Auch der Entwurf der Chemikalienstrategie der Europäi-

schen Kommission enthält das Bekenntnis, den Export von in der EU verbotenen gefährlichen Chemikalien künftig zu unterbinden. Vor dem Hintergrund, dass drei Viertel der 85 Länder, in die von Europa aus verbotene Pestizide exportiert werden, Entwicklungs- und Schwellenländer sind und gerade hier die Vergiftungsraten so extrem hoch sind, wird die nächste Regierung handeln müssen.



Susan Haffmans

Die Autorin ist Referentin beim Pestizid Aktions-Netzwerk Deutschland (PAN Germany).

- 1 Boedeker, W., Watts, M., Clausing, P. et al. The global distribution of acute unintentional pesticide poisoning: estimations based on a systematic review. *BMC Public Health* 20, 1875 (2020). <https://doi.org/10.1186/s12889-020-09939-0>
- 2 WHO (2019): Preventing suicide: a resource for pesticide registrars and regulators. <https://www.who.int/publications/i/item/9789241516389>
- 3 <https://pan-germany.org/pestizide/zivilgesellschaftliches-buendnis-fordert-exportstopp-fuer-verbotene-pestizide/> und <https://pan-germany.org/pestizide-uebersicht/giftextporte-stoppen/>
- 4 Vgl. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/239/1923988.pdf>, <https://www.ohchr.org/Documents/Issues/ToxicWaste/Communications/OL-DEU-09-02-21.pdf> und <https://www.bundestag.de/resource/blob/689790/5d86d62bff8866bae6864f2d8ea2b977/WD-5-015-20-pdf-data.pdf>



MANCHMAL IST WENIGER MEHR

Wie der Abschied von Weltmärkten durch global-solidarische Regionalisierung gelingen kann

Nach einem Jahr Covid-19-Pandemie wurden die Schwachstellen einer umfassenden, oder gar teils übertriebenen Globalisierung auch der breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt. Stockende Handelsströme etwa bei Medizinprodukten wie Schutzkleidung, verdeutlichten Probleme einer bis ins letzte Detail auf Kostenreduktion und Effizienz getrimmten Lieferkette. Lebensmittel und andere Konsumgüter steckten in den Häfen der Welt fest. Andere Krankheiten wie die afrikanische Schweinepest führten praktisch über Nacht zum Verlust großer Absatzmärkte für Schweinefleisch. Krisenmomente wie dieser zeigen die Anfälligkeiten unseres Produktions- und Konsumsystems und lassen uns nochmal näher hinsehen. Ist dies die Art wie wir weiterhin Handel treiben wollen? Oder ist die Zeit reif für einen neuen Anstoß hin zu einer global-solidarischen Regionalisierung?



Pezibear/Pixabay

Die wichtigste Aufgabe der Handelspolitik sollte es sein, nachhaltige Strukturen und dafür nötige Regulierungen zu ermöglichen und zu fördern. Das Welthandelsparadigma der Gleichbehandlung von Produkten muss endlich überwunden werden. Produkte und Dienstleistungen, die Nachhaltigkeit, Menschenrechte und Umweltschutz fördern, müssen besser gestellt werden als solche, die dies nicht tun. Das heißt, dass Produkte und Dienstleistungen vom Rohstoffabbau über ihren Handel bis zur Entsorgung nach ihren ökologischen und menschenrechtlichen Folgen bewertet werden sollten.

Weniger ist mehr. Wir müssen uns von unserer Vorstellung von Wachstum und Weltmärkten lösen. Wir müssen mehr auf Solidarität und Austausch setzen. Der Handel muss sich verändern. Nicht alles braucht einen Weltmarkt um jeden Preis, insbesondere bestimmte Agrargüter wie die Milch.

Für eine global-solidarische Regionalisierung bestimmter Produkte bedarf es aktiver Steuerung. Es muss um Menschenrechte und Umweltschutz im Norden und Süden gehen. Unterm Strich stellt sich die aktuelle Handelspolitik als einer der Treiber einer fehlgeleiteten Entwicklung heraus, die nicht nur LandwirtInnen unter enormen Druck setzt, sondern auch Umwelt und Klima.

Die tägliche Portion Welthandel

Milch ist ein alltägliches Produkt. Viele konsumieren es regelmäßig, im Kaffee, im Müsli, als Butter, Quark oder Käse. Wenigen ist dabei bewusst, dass Milch ein global produziertes Gut ist. Zwar reist die Milch, die wir in Deutschland zum

Beispiel als Frischmilch verzehren, nicht um den Globus wie eine Jeans. Aber um derartig große Mengen Milch – 2019 waren es alleine in Deutschland 33 Millionen Tonnen – herstellen zu können, braucht es enorme Mengen an Tierfutter, die nicht alle in Deutschland angebaut werden können. Soja beispielsweise, aber auch Mais oder Raps, sind wichtige Bestandteile des proteinreichen Kraftfutters und werden teils aufwändig importiert. Vor allem die Sojaimporte stammen überwiegend aus dem südamerikanischen Mercosur-Raum und den USA. Für diesen extensiven Anbau von Futtermitteln, die nicht nur in die Milchproduktion, sondern vor allem in die Fleischerzeugung fließen, werden oft Regenwaldflächen gerodet. Das hat dramatische Folgen für die Ökosysteme, das Klima und für die Lebensbedingungen dort lebender Menschen.

Darüber hinaus ist Deutschland einer der größten Exporteure von Milchprodukten unter den EU-Mitgliedstaaten. International gehandelter Soja, Mais, Raps und Getreide ernähren europäische Kühe, Rinder und Geflügel, die einen Überschuss an Milch und Fleisch produzieren, den wir vor Ort gar nicht verwerten können. Einmal auf dem Weltmarkt sind sie sehr wettbewerbsfähig, sprich günstig. Dies erhöht anderenorts den Druck auf lokale Arbeitsplätze und Existenzen.

Daran können auch aufmerksame VerbraucherInnen zunächst wenig ändern, vor allem wenn schlechte Einkommen freie Konsumententscheidungen erschweren. Vielmehr braucht es für eine Veränderung politische Weichenstellungen. Die Handelspolitik nimmt hier eine zentrale Stellung ein.

» Bei der Kritik an der Welthandelslogik muss es um ein besseres Leben und eine bessere Umwelt für alle Menschen weltweit gehen.

Wer ernährt uns?

Nach wie vor nehmen Kleinbauern und -bäuerinnen bei der Lebensmittelversorgung der Weltbevölkerung eine zentrale Rolle ein. Dabei sind sie teils in eine globale Wertschöpfungskette eingebunden, haben aber selten Gestaltungsfreiheiten. Hingegen stellen die Konzentrationsprozesse der Lebensmittel- und Einzelhandelskonzerne, Saatgut- und Pestizidhersteller und insbesondere die Gefüge eines Welthandelsregimes in Form von Einzelabkommen für sie ein Problem dar. Nicht nur die Machtverhältnisse aufgrund der Konzentrationskonstellation, sondern auch die Auswirkungen dieses Wirtschaftens wie Patente auf Saatgut, erhöhter Pestizideinsatz und Umweltverschmutzung, Landverdrängung oder Marktverdrängung bedrohen ihre Existenz.

Gerade im Angesicht der aktuellen Pandemie ist zu betonen, dass COVID-19 nicht nur eine Gesundheitskrise durch die Verbreitung des Virus hervorrief. Die Coronapandemie zeigt vielmehr die essenzielle Krise, in der wir als BewohnerInnen des Planeten stecken. Denn Gesundheitsschutz ist mehr als nur der Schutz vor einem Virus, es geht dabei auch um Lebensumstände als solche: um Lebensgrundlagen! Wie der Ort an dem wir wohnen, die Arbeit, die wir machen, die Umstände unter denen diese vollbracht werden kann oder muss.

Handelspolitik: einfach weiter so wie bisher?

Wenn die aktuelle Ausgestaltung der Handelspolitik als Teil des Problems anerkannt wird, dann liegt auf der Hand, dass es Zeit für einen Richtungswechsel ist.

Eine Antwort auf die ungebremst voranschreitende Handelspolitik kann eine stärkere Regionalisierung sein. Doch dabei darf es nicht einfach um eine Rückbesinnung auf die eigene Produktion gehen. Sich abzuschotten, wäre zu kurz gedacht. Bei der sozialen, solidarischen und ökologischen Kritik an der Welthandelslogik für ausgewählte Produkte muss es um ein besseres Leben und eine bessere Umwelt für alle Menschen weltweit gehen. Solidarische Regionalisierung betont, dass eine gerechte sozial-ökologische Transformation im Globalen Süden unterstützt wird. Das heißt zum einen, dass der Aufbau eigener Wertschöpfungsketten nicht behindert werden darf, zum anderen, dass Unterstützung in Form von wirklichem, uneingeschränktem Technologietransfer oder durch Finanzierung ohne Vorgaben zu leisten ist, und zwar ohne dass dabei neue Abhängigkeiten entstehen. Handelspolitik muss daher weitergedacht

werden. Dazu gehört vor allem, die negativen Folgen der Produktion und des Transports von Gütern für beide Handelspartner sorgfältig zu beurteilen und dann auch nach diesen Erkenntnissen zu handeln.

Der Blick nach vorne geht über den eigenen Tellerrand

Auch der Blick auf den eigenen Teller zeigt, dass nicht alle Produkte in sich ständig erhöhendem Umfang international gehandelt werden müssen. Das betrifft zwar nicht nur bestimmte Agrarprodukte, aber diese verdeutlichen es aufgrund ihrer sozial-ökologischen Dimension besonders stark. Sicher gibt es veredelte Produkte wie etwa bestimmte Käsesorten, die weiterhin international gehandelt werden – aber alltägliche Produkte wie Milch oder bestimmte Fleischsorten brauchen keine internationale Lieferkette.



Nelly Grotefendt

Die Autorin arbeitet im Forum Umwelt & Entwicklung zu Weltwirtschafts- und Handelspolitik



Suzanne Tucker/Unsplash

DIE TIERWOHLABGABE ALS INSTRUMENT FÜR BESSERE HALTUNGSBEDINGUNGEN

Sie kann aber nur ein erster Schritt sein

Die Bedingungen der Nutztierhaltung in Deutschland müssen dringend verbessert werden. Eine erste Idee zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen ist eine Tierwohlabgabe. Langfristig sollten im Landwirtschaftssektor unterschiedliche Instrumente zusammenarbeiten, die neben dem Tierwohl auch Umwelt- und Klimaziele im Auge behalten.

Skandal auf dem Tierwohl-Hof: Aktivisten filmen verletzte Schweine in einem Betrieb der Initiative Tierwohl. Tierrechtler kritisieren Behörden für die vergebenen Gütesiegel¹, „Tierskandal im Allgäu: Mehr Kontrollen, aber ohne Generalverdacht“², „Immer neue Skandale: Ist Thüringen die Schweinehölle?“³. Solche und ähnliche Schlagzeilen liest man immer wieder in den

Zeitungen. Sie sind Zeugnis dafür, dass Nutztiere nicht auf allen Höfen so glücklich leben, wie es die Werbebilder auf Milch- und Wurstverpackungen suggerieren, und sie vermitteln eindrücklich, dass sich in der Tierhaltung, bei Tiertransporten und in Schlachthöfen mancherorts etwas ändern muss. In die Medien schaffen es in der Regel nur die Extremfälle, bei denen ein bisschen finanzielle Unterstüt-

zung im Rahmen einer Tierwohlabgabe nicht die Lösung darstellt, sondern vielmehr die Strafverfolgungsbehörden aktiv werden müssten. Doch unterhalb dieser Skandale gibt es rechtlich zulässige Formen der Nutztierhaltung, die mit artgerechter Haltung nur bedingt etwas zu tun haben. Spaltböden, enge Kastenstände, Anbindehaltung oder wenig Beschäftigungsmöglichkeiten gefährden die Gesundheit und das Wohl der Tiere.

Die Umstrukturierung des Sektors: eine große finanzielle Belastung

Doch Stallumbauten oder die Reduktion von Tierbeständen, um mehr Platz zu schaffen, verursachen Kosten oder führen zu Mindereinnahmen, weshalb sich viele landwirtschaftliche Betriebe finanziell nicht in der Lage sehen, diese Investitionen ohne Unterstützung zu tätigen. Der Wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft geht davon aus, dass jährlich rund fünf Milliarden Euro benötigt würden, um den Sektor tierwohlgerecht umzubauen, Mehrkosten zu decken und Einkommenseinbußen auf Grund reduzierter Tierbestände zu kompensieren. Die ErzeugerInnenpreise für Fleisch- und Milchprodukte decken zum Teil jedoch nicht einmal die Produktionskosten, und allein mit den Einnahmen aus dem Verkauf ihrer Ware sind Investitionen in Stallumbauten oder die Reduktion von Tierbeständen für viele LandwirtInnen finanziell kaum leistbar. Viele KonsumentInnen befinden sich in einem Zwiespalt. Sie wünschen sich Milch- und Fleischprodukte von Tieren aus artgerechter Haltung, zeitgleich sind sie sehr preisbewusst und entscheiden sich daher häufig für günstige Produkte. Es wäre jedoch falsch, ausschließlich die EndverbraucherInnen für den Preisdruck auf dem Fleisch- und Milchmarkt verantwortlich zu machen. Überproduktion und die Hoffnung, tierische Lebensmittel auf dem Weltmarkt vertreiben zu können, geopolitische Maßnahmen wie das Russlandembargo, Ereignisse wie das Auftreten der Schweinepest und das daraus resultierende Exportverbot nach China und die Marktmacht einiger weniger Handelsketten leisten ihren Beitrag zum Preisdumping.

Tierwohlabgabe, einheitliche Kennzeichnung, Mindeststandards – Mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation

Im Rahmen der Diskussion, welche Instrumente dem Landwirtschaftssektor zur Verfügung gestellt werden können, um LandwirtInnen zu unterstützen, die in artgerechte Haltung investieren wollen, wird die Einführung einer Tierwohlabgabe diskutiert. Die Abgabe soll auf den Preis tierischer Produkte aufgeschlagen werden und zur Finanzierung der Umstrukturierung des Tierhaltungssektors beitragen. Zur Ausgestaltung dieser Abgabe gibt es verschiedene Vorschläge. So könnte die Abgabe bedarfsspezifisch erhoben werden, sodass zum Beispiel die auf Schweinefleisch erhobene Tierwohlabgabe den Investitionsbedarf in der Schweinezucht deckt, die auf Milchprodukte erhobene Abgabe den Bedarf in der Milchviehhaltung. Möglich wäre auch eine nach Haltungsformen differenzierte Abgabe, wobei für Produkte aus nachweislich artgerechter Haltung (z. B. belegt durch das EU-Biosiegel) keine oder eine geringere Abgabe

erhoben wird. So würden die oft bestehende Preisdifferenz zwischen Waren aus artgerechter Haltung und anderen weniger tierfreundlichen Haltungsformen verringert und Anreize gesetzt werden, sich für das im Sinne des Tierwohls bessere Produkt zu entscheiden. Hierfür müsste endlich das schon lange erwartete staatliche Tierwohllabel sowie Kontrollmechanismen eingeführt werden. Um auch Importware miteinzubeziehen, wäre langfristig eine europaweit einheitliche Kennzeichnung der Haltungsbedingungen erstrebenswert.

Das unter dem Namen Borchert-Kommission bekannte Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung empfiehlt ergänzend eine schrittweise Anhebung der gesetzlichen Mindeststandards. Langfristig würde diese nicht nur LandwirtInnen unterstützen, die zwar eine intrinsische Motivation, aber teilweise keine finanziellen Mittel haben, Tierwohlmaßnahmen umzusetzen. Es würde damit auch ein ordnungsrechtlicher Rahmen geschaffen werden, der die ProduzentInnen von tierischen Produkten in die Pflicht nimmt.

Selten erwähnt bleiben im Zuge dieses Diskurses die steigenden Milch- und Fleischexportquoten Deutschlands. Laut Statistischem Bundesamt ist die Menge an exportiertem Fleisch und Fleischwaren zwischen 2009 und 2019 um rund 20 % gestiegen. Da die benötigten fünf Milliarden Euro Investitionsbedarf in Tierwohlmaßnahmen aber nur auf die innerhalb Deutschlands verkauften Waren erhoben würden, kämen deutsche KonsumentInnen dafür auf, dass Menschen im Ausland tierische Produkte aus artgerechter Haltung kaufen können, ohne für die Mehrkosten zahlen zu müssen.

Doch auch unter diesen Bedingungen wäre die finanzielle Mehrbelastung moderat. Legt man den durchschnittlichen Konsum pro Person und Jahr und die empfohlene Höhe einer Tierwohlabgabe der Borchert-Kommission zugrunde, ergeben sich Mehrkosten in Höhe von zwei Euro und 87 Cent pro Monat und Person. Diese sehr geringe Mehrbelastung könnte von den meisten KonsumentInnen problemlos kompensiert werden, entweder durch das Zahlen des höheren Preises oder durch gelegentlichen Verzicht auf Fleisch- und Milchprodukte. Von gravierenden sozialen Verteilungseffekten im Zusammenhang mit einer Tierwohlabgabe kann also nicht die Rede sein. Transferleistungen sollten aber selbstverständlich zeitgleich mit der Einführung einer solchen Abgabe angepasst werden, da EmpfängerInnen von Sozialleistungen bereits heute ein sehr knapp kalkuliertes Budget für Lebensmittel zur Verfügung steht,



Gerade mit Blick auf die globalen sozialen Implikationen des Klimawandels kann die Erhebung einer Tierwohlabgabe nur der erste Schritt bei einer Vielzahl von Maßnahmen im Landwirtschaftssektor sein.

mit dem eine ausgewogene und nachhaltige Ernährung kaum finanzierbar ist.

Umwelt, Klima und Gesundheit müssen mitgedacht werden

Die Haltungsbedingungen von Nutztieren sind nur ein Aspekt, der in naher Zukunft von der Politik im Landwirtschaftssektor adressiert werden muss. Die Emission von Treibhausgasen und Luftschadstoffen muss reduziert, die Biodiversität bewahrt und gefördert werden. Außerdem sind große Teile der landwirtschaftlichen Produktion Wetterereignissen wie Dürre, Starkregen und Sturm schutzlos ausgeliefert und somit besonders vulnerabel gegenüber dem Klimawandel, der die Häufigkeit und Intensität dieser Ereignisse erhöhen wird. Folglich müssen Anpassungsmaßnahmen an die Auswirkungen des Klimawandels entwickelt und finanziert werden. Daher sollte Agrarpolitik ganzheitlich gedacht werden und umwelt- sowie gesundheitspolitische Ziele mitberücksichtigt werden.

Im Kontext der Tierwohlabgabe ist daher aus umweltpolitischer Perspektive wichtig, dass auch der Beitrag zur Realisierung von Umwelt- und Klimaschutzziele zu einem Kriterium bei der Ausschüttung der Fördermittel gemacht wird. So sollte durch Stallumbauten kein zusätzlicher Flächenverbrauch entstehen, in Regionen mit hohen Nitratüberschüssen müssten die Bestandsdichte auf ein umweltverträgliches Maß reduziert und Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgas- und Luftschadstoffemissionen realisiert werden. Denn Tierwohl ist ein drängendes ethisch-moralisches Problem, dessen Behebung aber nicht die Bewältigung anderer, drängender Herausforderungen in den Hintergrund stellen darf. Gerade mit Blick auf die globalen sozialen Implikationen des Klimawandels kann die Erhebung einer Tierwohlabgabe nur der erste Schritt bei einer Vielzahl von Maßnahmen im Landwirtschaftssektor sein. Ökonomische Instrumente, die Klimafolgekosten internalisieren, Anreize zu nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Konsum setzen oder Umweltsystemdienstleistungen wie das Anlegen von Agroforsten und die Renaturierung von Mooren honorieren, sind hier eine Schlüsselkomponente des politischen Werkzeugkastens. Sie können aber nicht alle Probleme gleichermaßen gut adressieren, weshalb in Zukunft alle umweltpolitischen Instrumente – von der Information bis zum scharfen Schwert des Ordnungsrechts – genutzt werden müssen, um einerseits LandwirtInnen langfristig ein existenzsicherndes Einkommen

zu ermöglichen und andererseits die Produktionsweisen und Konsumgewohnheiten so zu verändern, dass die Überlastung der Umwelt durch Lebensmittelproduktion gestoppt wird. Hierzu gehört, dass Fleisch- und Milchwaren wieder zu einem gelegentlichen Genussmittel werden müssen. Im Gegenzug müssen sie mit einem Preis belegt werden, der die Arbeit der ProduzentInnen honoriert, den Investitionsbedarf in der Landwirtschaft deckt und die Klimafolgekosten internalisiert.



Ann-Cathrin Beermann

Die Autorin ist Wissenschaftliche Referentin beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)

-
- 1 TAZ, 21.10.2016
 - 2 Augsburgener Allgemeine, 24.09.2020
 - 3 Thüringen 24, 03.05.2017



© Ulrike Bickel

DER WALD ALS NAHRUNGSQUELLE

Wie Agroforstwirtschaft zur Ernährungssicherung weltweit beitragen kann

Laut Weltklimarat (IPCC) wird die Zahl und Intensität der Extremwetterereignisse wie Dürren und Starkregen in den nächsten Jahren weiterhin stark zunehmen, wenn die Hauptverursacher der Treibhausgase nicht unverzüglich ihre Emissionen drastisch reduzieren. Infolge dieser zunehmenden Dürren kann es passieren, dass auch in Deutschland mittelfristig weniger Lebensmittel produziert und mehr importiert werden müssen. Zudem können sinkende Grundwasserspiegel auch hier zunehmend Verteilungskämpfe um Wasser für landwirtschaftliche Bewässerung, industrielle Nutzung oder Trinkwasser verursachen. Erste Erfahrungen zeigen jedoch, dass Bäuerinnen und Bauern, die diversifizierte Kulturen anbauen und Bäume in ihre Betriebssysteme integrieren, das Risiko klimabedingter Ernteausfälle stark mindern können.¹

Die Agroforstwirtschaft kann einen Beitrag leisten, landwirtschaftliche Betriebssysteme an den Klimawandel anzupassen und langfristig Ernten und Ertragsgrundlagen zu sichern: Der Laubabwurf fördert den Humusaufbau, die Wasserrückhaltekapazität der Böden steigt, die Regenwurmbesatzdichte auf Agrarflächen mit Agroforstsystemen ist nachweislich höher,² die Wind- und Wassererosion wird reduziert. Die Erträge in Agroforstsystemen werden durch mehr Feuchtigkeit, mehr Nährstoffe, mehr Humus stabilisiert und gesteigert. Die Anpflanzung blühender Feldrandgehölze bietet Habitate für

Bestäuber und andere nützliche Vögel und Insekten, die für stabile, an biologischer Vielfalt reiche Agrarökosysteme sorgen – nicht zuletzt bereichern Bäume das Landschaftsbild und steigern damit auch ästhetisch die Lebensqualität und den Erholungswert im Vergleich zu monotonen Äckern.

Beitrag der Agroforstwirtschaft zur Ernährungssicherung in Entwicklungsländern

In vielen Entwicklungsländern unterstützt die Agroforstwirtschaft bis heute die Ernährungssicherheit in vielfacher Hinsicht.³ Sei es durch die direkte Bereitstellung von Baum-

früchten und Blattgemüse und durch die Unterstützung der Grundnahrungsmittelproduktion oder die Erhöhung des Einkommens von Bäuerinnen und Bauern durch den Verkauf von Baumprodukten und überschüssigen Ackerfrüchten. Gleichzeitig stellt sie Brennholz zur Verfügung und unterstützt verschiedene Ökosystemleistungen wie Bestäubung, die für die Produktion vieler Nutzpflanzen unerlässlich sind.

Zu den Herausforderungen für die Agroforstwirtschaft bei der Unterstützung der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern gehören oftmals fehlende politische Rahmenbedingungen und beschränkte Vermarktungswege sowie zu geringe Forschungsinvestitionen und eine dominierende, einseitig konventionelle Ausrichtung der Wissenschaft. Um die Ernährungssicherheit durch Agroforstpolitik besser zu unterstützen, sind die Eigentums- bzw. zumindest Besitzverhältnisse an Land und Bäumen zugunsten von Kleinbauern und -bäuerinnen zu reformieren, um ihnen Wissen und Zugang zu agroforstlichen Betriebsmitteln wie standortangepasstem, einheimischem Baum-Saatgut und Setzlingen zu verschaffen und die Agroforstwirtschaft als rentable Investitionsoption zu ermöglichen. Auch in der Agrarwissenschaft sollte die Integration von Bäumen in landwirtschaftliche Unternehmen noch viel stärker als Option zur Klimaanpassung diskutiert und erforscht werden, um die Betriebseinkommen zu diversifizieren, Ertragsausfallrisiken abzumildern und die Komplementarität und Stabilität der Nahrungsmittelproduktion in agroforstlichen Systemen zu verbessern.

Als Bäume stürten ...

Schon in den 1930er-Jahren bezeichnete man in den USA und Kanada Teile der Great Plains im mittleren Westen als Dust Bowl (Staubschüssel), die von verheerender Hitze und Staubstürmen betroffen waren. Im Zuge von Anreizen der US-Regierung nach der Weltwirtschaftskrise, die Ernährung zu sichern, rodeten neu angesiedelte FarmerInnen binnen nur fünf Jahren über 400.000 Quadratkilometer bis dahin ungenutzter Graslandschaften und wandelten es in intensiv bewirtschaftetes Ackerland um. Das Umbrechen der Steppe für großflächige Weizen-Monokulturen gab das Land der Winderosion preis. Anhaltende Hitze, Sandstürme und ausbleibende Niederschläge waren die Folge, und weite Landstriche wurden für Hunderttausende Menschen unbewohnbar. Die USA haben daraus gelernt – so hat Präsident Roosevelt das Green Belt Programm aufgelegt, unter dem circa 220 Millionen Bäume als Erosionsschutz gepflanzt wurden.

.... und es immer noch tun

Doch auch heute gelten Bäume in manchen Ländern als störend für die Ausdehnung von Agrarflächen, unter der natürliche Ökosysteme leiden: So wird beispielsweise in Brasilien, Argentinien, Bolivien und Paraguay großflächig die natürliche Wald- und Savannenvegetation gerodet, um Platz zu schaffen für riesige Monokulturen, die per Flugzeug mit Pestiziden besprüht werden. Der Verlust von Humus, Wasserrückhaltekapazität und Fruchtbarkeit der Böden, starke Erosionsanfälligkeit für Winde und Starkregen sowie schnelles Ausdörren der Böden sind hier die Folge, die sich unmittelbar ertragsmindernd auswirken. Die UNESCO

und das Wasserzentrum für Trockenzone in Lateinamerika (Cazalac) warnen bereits, dass zunehmende Dürren die Region ernährungspolitisch, sozial und ökologisch schwer treffen.⁴

Ausblick und Hoffnung im Klimawandel durch Integration von Bäumen auf Ackerflächen

Inspirierendes Vorbild ist der Träger des alternativen Nobelpreises Tony Rinaudo, ein australischer Agrarökonom und Mitarbeiter der Hilfsorganisation World Vision.⁵ Die von ihm (wieder) entdeckte Methode der Farmer Managed Natural Regeneration (FMNR, die von LandwirtInnen selbst verwaltete natürliche Regeneration) ist eine Methode zur Wiederbegrünung degenerierter und entwaldeter Böden, die ohne Pflanzungen auskommt. Dabei werden noch vorhandene, unterirdische Wurzeln gerodeter Bäume gezielt beschnitten. Die jungen Schösslinge werden dann geschützt und wachsen so wieder zu kräftigen neuen Bäumen heran. Nach bahnbrechenden Erfolgen wird FMNR inzwischen vor allem in afrikanischen Ländern praktiziert. Allein im Niger wurden 240 Millionen Bäume mit Hilfe dieser Methode hochgezogen.

Aktuelle politische Entwicklungen in Deutschland und international

Dürre, heiße Sommer mit bislang ungekannten, verheerenden Waldbränden, starke landwirtschaftliche Ernteverluste und die Mobilisierung unter anderem durch Fridays for Future haben dafür gesorgt, dass in Deutschland endlich das Bewusstsein um die Klimaerhitzung auf der politischen Agenda angekommen ist. Laut Bundesagrarministerium lagen 2018 die Hektarerträge bei Getreide um 16 % niedriger als in den drei Vorjahren. Die Schadenshöhe wurde von der Bundesregierung auf rund 770 Millionen Euro beziffert. Insgesamt wurden 340 Millionen Euro bereitgestellt, um einen Teil der Schäden auszugleichen (BMEL 2018), da Ernährungssicherung und stabile Verbraucher- (nicht immer faire Erzeuger-) Preise agrarpolitische Prioritäten sind. Im Zuge der Flurbereinigung und großen staatlichen Agrarbetrieben zu DDR-Zeiten sind die durchschnittlichen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen in den ostdeutschen Bundesländern mit weit über 200 Hektar rund fünfmal so groß wie in den „alten“ westdeutschen Bundesländern,⁶ wobei nach dem Fall der Mauer west- und ostdeutsche Bauernverbandsfunktionäre strategisch Großbetriebe im Osten erworben haben.⁷ Großbetriebe mit riesigen Feldern ohne Bäume sind besonders dürrer exponiert.

Bislang fristen Agroforstsysteme in Deutschland mit ca. 1.000 Hektar noch ein Nischendasein. Obwohl in der EU Agroforstsysteme bereits seit 2007 als förderfähige Investition eingestuft sind,⁸ hat Deutschland lange Zeit Agroforstflächen nicht als ökologische Vorrangflächen anerkannt.

Im Januar 2021 nahm der Bundestag einen Antrag von CDU/CSU und SPD zur Förderung der Agroforstwirtschaft mit dem Titel „Produktivität, Resilienz und Biodiversität steigern – Agroforstwirtschaft fördern“ (19/24389) an. Demnach sollen künftig durch die Bundesregierung Leistungen von Agroforstsystemen honoriert, die Produktivität, Klimaresilienz und Biodiversität von Agrarbetrieben gesteigert

werden, indem die – bislang in Deutschland fehlende – Förderfähigkeit von Agroforstsystemen noch in der aktuellen Förderperiode der derzeitigen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ermöglicht werden soll.⁹ Tatsächlich hat am 10.6.2021 der Bundestag eine Erweiterung der künftigen Öko-Regelung für Direktzahlungen aus der sogenannten 1. Säule der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) zur Förderung der Agroforstwirtschaft auf Acker- und Dauergrünland für Landwirtschaftsbetriebe in Deutschland beschlossen. Aktuell laufen intensive Gespräche in den einzelnen Bundesländern, um Agroforstsysteme auch in die Förderung als Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) der Länder aufzunehmen (2. Säule der GAP).

Das neue Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) „Landwende im Anthropozän“ von 2021 stellt unmissverständlich klar: Nur wenn sich unser Umgang mit Land grundlegend ändert, können die Klimaschutzziele erreicht, der dramatische Verlust der biologischen Vielfalt abgewendet und das globale Ernährungssystem nachhaltig gestaltet werden.¹⁰ Laut WBGU gehört die Agroforstwirtschaft zu den vielversprechendsten Ansätzen dieser Mehrgewinnstrategie für die Landwirtschaft.

Im Globalen Süden setzt sich aktuell das Projekt „Trees on Farms“ des World Agroforestry Center (ICRAF) auf drei Kontinenten in Peru, Honduras, Indonesien, Ruanda und Uganda dafür ein, das Potential von Agroforstsystemen in die Nationalen Biodiversitätsstrategien sowie international in das Post-2020 Global Biodiversity Framework der UN-Biodiversitätskonvention (CBD) zu integrieren.¹¹

 **Ulrike Bickel**

Die Autorin ist Agrar- und Umweltwissenschaftlerin, Gründungsmitglied des Deutschen Fachverbands Agroforstwirtschaft (DeFAF e.V., www.defaf.de) und begleitet Biodiversitätsprojekte bei der Internationalen Klimaschutz-Initiative (IKI) des Bundesumweltministeriums.

- 1 TAZ, Jost Maurin, 3.8.2020: Bauern passen sich Dürren an: Mit oder gegen die Natur. <https://taz.de/Bauern-passen-sich-Duerren-an/!5699786/>.
- 2 Freisinger Biolandwirt Sepp Braun: <https://agraruendnis.com/2013/10/23/beim-regenwurmbauern-sepp-braun/>.
- 3 World Agroforestry Centre (ICRAF), Nairobi/ Kenya (2013): Agroforestry, food and nutritional security. Background paper for the International Conference on Forests for Food Security and Nutrition, FAO. www.fao.org/3/mg491e/mg491e.pdf.
- 4 Ulrike Bickel, 19.4.2021: Schwere Dürren in Lateinamerika nehmen wegen Abholzung des Regenwalds zu. <https://amerika21.de/2019/04/224771/duerre-regenwald-abholzung-lateinamerika>.
- 5 Interview mit Tony Rinaudo und mehr Informationen zu FMNR im Rundbrief IV 2019 <https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2019/12/13-Agroforstwirtschaft-Bickel.pdf>
- 6 Statistisches Bundesamt: Betriebsgrößenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe nach Bundesländern (Agrarstrukturerhebung 2016). www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Landwirtschaftliche-Betriebe/Tabellen/betriebsgroessenstruktur-landwirtschaftliche-betriebe.html.
- 7 <https://taz.de/Landgrabbing/!t5011738/>.
- 8 EU-Verordnung 1305/2013, Art. 21.
- 9 Bundestag tritt für eine Förderung der Agroforstwirtschaft ein, 13.1.2021. www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw02-de-agroforstwirtschaft-814222.
- 10 www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/landwende.
- 11 <https://treesonfarmsforbiodiversity.com/>.

Agroforstsysteme: Ein alter Hut?

Bei der Agroforstwirtschaft handelt es sich um vielgestaltige Landbausysteme, in denen landwirtschaftliche bzw. gärtnerische Kulturpflanzen oder Grünland und/oder Nutztiere zusammen mit Gehölzpflanzen (Bäumen / Sträuchern) auf derselben Bewirtschaftungsfläche wachsen und genutzt werden. Entweder werden dabei Bäume in Äcker integriert, oder man bringt landwirtschaftliche Nutzungen in den Wald. Art, Alter, Anzahl und Verteilung der Gehölze variieren. Je nach Ausprägung spricht man von agrosilvopastoralen (von lateinisch *ager*=Acker, *silva*=Wald, *pascua*= Weide), silvoarablen oder silvopastoralen Systemen.

Agroforstwirtschaft ist jahrtausendealt und entspringt ursprünglich der organischen Struktur von Kleinbetrieben, die der lokalen Versorgung von Familien und Dorfgemeinschaften dienen. Schon zu Zeiten des Alten Testaments wurden im Nahen Osten um die Siedlungen herum neben Getreide- und Gemüsefeldern auch Oliven- und Palmenhaine sowie Obstgärten mit Datteln, Feigen, Mandelbäumen, Granatäpfeln, Weinstöcken und Zitrusfrüchten angelegt, in deren Schatten Ziegen und Schafe frisches Gras fanden und mit ihrem Kot gleichzeitig die Böden düngten.

SCHWERPUNKTPUBLIKATIONEN

GESUNDHEIT VON MENSCH UND PLANET DIE WELT BRAUCHT EINE GESÜNDERE ERNÄHRUNG

Agrar Koordination (Juni 2021)

Eine unausgewogene Ernährung ist weltweit eine der Hauptursachen für Krankheiten und Todesfälle. Um eine gesundheitsfördernde und zugleich umweltgerechte Ernährung für eine wachsende Weltbevölkerung zu sichern, ist eine grundlegende Veränderung unserer Ernährungsweise und der globalen Lebensmittelerzeugung nötig. Denn über unseren Nahrungskonsum haben wir nicht nur großen Einfluss auf unsere eigene Gesundheit, sondern auch auf den Schutz der Umwelt

und des Klimas. Diese Broschüre zeigt, wie eine klimafreundliche und gesunde Ernährung aussehen kann, und gibt Anregungen, wie unsere Ernährungssysteme nachhaltiger gestaltet werden können.

Download unter:

https://www.agrarkoordination.de/fileadmin/dateiupload/PDF-Dateien/Broschuere/AK_A6_BROSCHUERE_Online.pdf



WEGE IN DIE STÄDTISCHE ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Brot für die Welt (März 2021)

Der Ausbruch der Corona-Pandemie zu Beginn des Jahres 2020 zeigt eindrücklich, wie krisenanfällig die Nahrungsmittelsysteme in den meisten Städten des Globalen Südens sind. Um die Ernährungssouveränität in den Städten zu gewährleisten, müssen Handelsregeln den Import von Konkurrenzprodukten aus Intensivlandwirtschaft reduzieren oder durch hohe Zölle regulieren.

Download unter:

<https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/downloads/fachpublikationen/sonstige/Aktuell67-Ernaehrungssouveraenitaet.pdf>



DOPPELSTANDARDS UND ACKERGIFTE VON BAYER UND BASF

INKOTA-netzwerk e.V., Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany), Rosa-Luxemburg-Stiftung Südliches Afrika (Februar 2021)

Die neue Studie untersucht die tiefen Verstrickungen von Bayer und BASF im internationalen Geschäft mit hochgefährlichen Pestiziden und Pestizidwirkstoffen. Dabei ermöglichen Doppelstandards den Konzernen die Vermarktung ihrer Pestizide und Wirkstoffe im Globalen Süden, auch wenn diese in der EU aus Gesundheits- oder Um-

weltschutzgründen nicht mehr genehmigt oder verboten sind.

Download unter:

<https://webshop.inkota.de/node/1644>



CRISPR & CO NEUE GENTECHNIK. REGULIERUNG ODER FREIFAHRTSCHEIN?

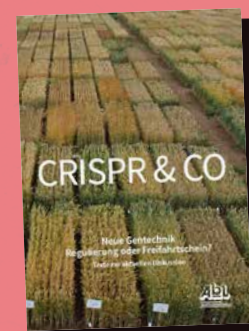
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL e.V.) in Kooperation mit dem Verein zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft (FaNaL e.V.) (April 2021)

Eine umfangreiche Broschüre mit Diskussionsbeiträgen zu neuen Gentechnik-Verfahren. Anlass der Veröffentlichung war die im April 2021 veröffentlichte Studie der EU-Kommission zu neuen Gentechniken. Diese wird nach Einschätzung der AbL dafür sorgen, dass die Diskussion einer Deregulierung der neuen Gentechniken weiter an Fahrt aufnimmt. Die anstehende Debatte muss breit und transparent geführt werden. Dazu liefern die Au-

torInnen mit ihrer jeweiligen Expertise wichtige Beiträge.

Download unter:

https://www.abl-ev.de/fileadmin/Dokumente/AbL_ev/Gentechnikfrei/Hintergrund/AbL_CRISPR__CO_Neue_Gentechnik_-_Regulierung_oder_Freifahrtschein_WEB6_vorab.pdf





Christine Roy/Unsplash

NEUE SPIELRÄUME FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG?

Die Schöpfung von Sonderziehungsrechten als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie

Im Juni 2021 werden die VertreterInnen der Anteilseigner am Internationalen Währungsfonds (IWF) sich selbst erlauben, neue Sonderziehungsrechte (special drawing rights, SDR) in Höhe von umgerechnet circa 650 Milliarden US-Dollar zu schaffen. So sollen zusätzliche Währungsreserven für die IWF-Mitglieder entstehen, die in die Weltwährungen getauscht werden können und zur Bezahlung von Importen oder zur Rückzahlung von Krediten dienen; sie können auch „ungenutzt“ als Sicherheitsbeziehungsweise Währungsreserven auf den Konten der Mitglieder verbleiben. Der Schritt soll neue Ressourcen zur Reaktion auf die Folgen der globalen COVID-19-Pandemie bereitstellen.

Wie sinnvoll ist dieses Vorgehen? Leider werden so primär neue Geldmittel für die reicheren Länder geschaffen, die gegenwärtig keinen gesteigerten Bedarf an Liquidität haben. Das liegt daran, dass die neu geschöpften Geldmittel entsprechend der Anteils- und damit Stimmrechte der jeweiligen IWF-Mitglieder verteilt werden. Die reichen Länder des Globalen Nordens werden circa 67,4 % der Ausschüttung erhalten.

Die Länder, die den größten Bedarf nach stärkerer Kaufkraft haben, werden lediglich rund 32,5 % der frischen SDR erhalten. Dabei brauchen die Länder des Globalen Südens 2021 geschätzte 345 Milliarden US-Dollar allein zur Bedienung ihrer Staatsverschuldung.¹ Ihr Anteil an der SDR-Schöpfung beträgt aber lediglich 210 Milliarden US-Dollar. Es bleibt also rechnerisch nicht genug, um mit wirtschaftlichen Problemen, Geschäftsschließungen und Arbeitslosigkeit in Folge der Pandemie fertig zu werden. Wichtiger noch werden diese Länder die neuen Mittel eher für Ausgaben im Gesundheitsbereich und für Impfstoffe nutzen und sicherstellen, dass Basisdienstleistungen im sozialen Bereich und ihre Ernährungssysteme weiter funktionieren.

Tatsächlich ist es aus praktischer und ethischer Perspektive fraglich, ob die neuen SDR für die Länder des Globalen Südens dieses Jahr wirklich für den Schuldendienst eingesetzt werden sollten. So würde der Kampf gegen die Pandemie ausgebremst und die Periode schwachen Wachstums und größerer Arbeitslosigkeit verlängert. Die Behörden wären gezwungen, sich zwischen lebensrettenden Maßnahmen und der Aufrechterhaltung ihrer internationalen Kreditwürdigkeit zu entscheiden. Die Profite privater Kapitalgesellschaften und von Hedgefonds würden steigen, gleichzeitig würde die Fähigkeit von Ländern abnehmen, wichtige Wirtschaftsreformen anzugehen, die sie unabhängiger machen würden von teurer und kurzfristiger Finanzierung aus dem Ausland. In einem Artikel für das European Network on Debt and Development (Eurodad) haben Daniel Munevar und Chiara Marriotti zudem die groteske Situation betont, in der wir uns befinden: Der Neuschöpfung der 650 Milliarden US-Dollar an SDR stehen zusätzliche 540 Milliarden US-Dollar Vermögen der zehn reichsten Menschen gegenüber, die diese im Verlauf der Pandemie an den Börsen erzielten.²

Die Ungleichheiten des internationalen Finanzsystems werden offensichtlich

Die Neuschöpfung an SDR – in der aktuellen Form ungenügend in ihrer Summe – legt die gefährlichen Merkmale des internationalen Finanzsystems einmal mehr offen. Die SDR sollen den Ländern helfen, die von einem externen Schock betroffen sind, für den sie keine Verantwortung tragen. Die Folgen davon werden sie noch für Jahrzehnte spüren können. Warum also stehen die frischen Mittel nicht genau diesen Ländern zur Verfügung? Diese Situation ist Ausdruck eines internationalen Finanzsystems, in dem KreditgeberInnen nicht für die Kosten ihrer Aktivitäten geradestehen müssen und diese Immunität dazu nutzen, beim Gewinne machen an erster Stelle zu stehen.

Die reichen Länder des Globalen Nordens werden ihren Zuwachs an SDR sehr wahrscheinlich nicht gebrauchen, wie

das schon bei der letzten Neuschöpfung 2009 der Fall war. Entsprechend haben Diskussionen darüber begonnen, wie diese ungenutzten Finanzmittel Ländern zur Verfügung gestellt werden könne, die sie benötigen. Es gibt sinnvolle und weniger sinnvolle Wege, das zu tun. Ein eher fragwürdiger Ansatz wäre, die ungenutzten Finanzreserven mittels der Kreditvergabevehikel des IWF und der Weltbank auszuschütten. So würden die neuen SDR die Verschuldung der Entwicklungsländer sogar noch erhöhen und diese zudem den Bedingungen aussetzen, die in aller Regel an solche Kredite geknüpft werden. Das würde dem Grundgedanken der SDR-Neuschöpfung als einem gemeinsamen Vorhaben der IWF-Mitglieder diametral entgegenstehen. Der IWF ist in seiner Struktur und Funktion ein gemeinsames Projekt seiner Mitglieder, auch wenn einige Mitglieder größere Anteile und damit Stimmgewichte an ihm halten als andere.

Informelle Gespräche deuten darauf hin, dass reichere Länder ihre neuen SDR an spezielle IWF-Fonds spenden werden, etwa an den Treuhandfonds für Armutsminderung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust Fund, PRGT). Diese Fonds vergeben Kredite zu vergünstigten Bedingungen, was zumindest ein Vorteil wäre. Diese Kredite stehen allerdings nur für arme Länder zur Verfügung, die zur Gruppe der Niedrigeinkommensländer gehören.³ Schon Länder mit mittlerem Einkommen kommen dafür nicht mehr in Frage. Während der Pandemie stieg die internationale Verschuldung der Länder mit mittlerem Einkommen enorm an, insbesondere in Form von kurzfristigen Krediten, die mit entsprechenden Zinserhöhungen verlängert wurden. Aufgrund des geringeren internationalen Kreditbedarfs sind diese Spezialfonds verhältnismäßig klein. Wenn das gesamte zusätzliche Geld aus den neuen SDR der Industrieländer gespendet würde, würde sich deren Volumen mindestens verfünffachen.

Natürlich sollten gerade die ärmsten Länder Zugang zu Krediten aus den SDR-Neuschöpfungen erhalten. Allerdings könnte ein großer Teil der frischen Mittel ungenutzt bleiben, wenn Mitteleinkommensländern der Zugang zu dieser Art von Krediten verwehrt bleibt. Auf alle Fälle stellt die Vergabe der ungenutzten SDR in Form von Krediten einen Missbrauch der zusätzlichen Liquidität dar.

Ein alternativer Ansatz wäre die Einrichtung eines Liquiditäts-Pools, in den die ungenutzten SDR eingezahlt und für Länder mit Bedarf zur Verfügung stehen könnten. Die IWF-Abteilung, die die SDR-Bilanzen der Mitglieder verwaltet, hat solche Übertragungen schon in der Vergangenheit organisiert. Neu wäre lediglich, dass es hier nicht mehr nur um bilaterale Austausch von SDR ginge. Die zur Verfügung gestellten SDR würden verzinst, allerdings liegen die Zinssätze momentan historisch niedrig. Der im IWF genutzte Satz, der auf den durchschnittlichen Leitzinssätzen der größten Ökonomien beruht, liegt gegenwärtig bei 0,05 %. Gleichzeitig würden so die Parlamente der gebenden Länder stärker eingebunden. In vielen Rechtsordnungen sind sie für fiskalpolitische Entscheidungen, nicht aber für (alle) Fragen der Währungspolitik zuständig.

Jenseits von Symbolpolitik

Die Neuschöpfung von SDR ist ein Signal der Solidarität mit dem Schicksal der Entwicklungsländer im Kontext der



Hauptsächlich bleibt die Neuschöpfung von SDR ein Signal, eine Geste. Wirklich umfassende Reformen würden bedeuten, den Ländern des Globalen Südens denselben Zugang zu öffentlichen Finanzmitteln zu geben wie den Ländern des Globalen Nordens.

COVID-19-Krise. Sie ist aber auch eine Frage des Eigeninteresses, wenn so Virus-Mutationen aufgehalten und deren Einschleppen verhindert werden kann. Hauptsächlich bleibt sie aber ein Signal, eine Geste. Die tatsächlich nötigen Reformen eines unausgewogenen und zutiefst fehlerhaften internationalen Finanzsystems, das in dieser Krise zutage tritt, werden dadurch nicht angegangen. Wirklich umfassende Reformen würden bedeuten, den Ländern des Globalen Südens denselben Zugang zu öffentlichen Finanzmitteln zu geben wie den Ländern des Globalen Nordens. So könnten sie auf die Gesundheits- und Wirtschaftskrisen in angemessener Art und Weise reagieren.

Das aber würde bedeuten, dass die Länder des Globalen Nordens zumindest einen Teil ihrer Privilegien und ihrer Dominanz über die globalen Institutionen aufgeben – wenigstens kurzfristig. Ansätze für größere fiskalische Spielräume im Globalen Süden ohne das Risiko einer neuen Schuldenfalle könnten sein:

Eine deutlich größere Ausschüttung an SDR in Höhe von umgerechnet drei Billionen US-Dollar, wie sie von diversen Ländern und 250 Organisationen gefordert wird. Das würde den Ländern des Globalen Südens die nötige Sicherheit geben, die Last ihrer anstehenden Schuldenzahlungen und ihrer angehäuften Schuldenbestände umzustrukturieren und neu zu verhandeln.⁴

Alle Regierungen, einschließlich der Regierungen im Globalen Norden, sollten vorschreiben, dass sich Gläubiger des privaten Sektors im Globalen Süden auf einer Ebene mit den anderen Gläubigern an vereinbarten Restrukturierungen beteiligen. Solche Maßnahmen sollten nicht automatisch einen Verlust an Kreditwürdigkeit auslösen. So hat das die G-24 (die Gruppe der ExekutivdirektorInnen der Entwicklungsländer bei IWF und Weltbank) auf den Frühjahrssitzungen des IWF und der Weltbank vorgeschlagen.

Die Einleitung eines Reformprozesses des internationalen Finanzsystems für nachhaltige Entwicklung, einschließ-

lich eines Prozesses zur Abwicklung von Staatsschulden, der die Rechenschaftspflicht aller am Prozess beteiligten Parteien beinhaltet.



Manuel F. Montes

Der Autor ist Senior Advisor der Society for International Development.

Der Artikel basiert auf einem Beitrag desselben Autors in Rundbrief 1/2021: https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2021/03/12_Montes.pdf

Aus dem Englischen von Wolfgang Obenland

- 1 Munevar, Daniel and Chiara Mariotti (2021): The 3 trillion dollar question: What difference will the IMF's new SDRs allocation make to the world's poorest? Brüssel: Eurodad. https://www.eurodad.org/imf_s_new_sdrs_allocation
- 2 Ibid.
- 3 2021 gelten Länder als solche mit niedrigem Einkommen, wenn ihr Bruttonationaleinkommen (BNI) pro Kopf 2019 unter 1.035 US-Dollar lag. Als Länder mit mittlerem Einkommen gelten solche mit einem BNI/Kopf zwischen 1.036 und 12.535 US-Dollar. Länder über diesen Werten gelten als Hocheinkommensländer; vgl. <https://datahelpdesk.worldbank.org/knowledgebase/articles/906519-world-bank-country-and-lending-groups> (Anm. d. Red.).
- 4 Vgl. Munevar/Mariotti (2021) sowie <https://www.reuters.com/article/us-g20-imf/more-than-200-groups-urge-g20-to-back-imf-issuance-to-help-poor-countries-in-pandemic-idUSKBN2AO2ZR>.



Micheile Henderson/Unsplash

INTERNATIONALE VERHANDLUNGEN UM GELD UND ARTENVIELFALT

Finanzierung und Finanzen im neuen globalen Rahmen für die Biodiversität

Die UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt (CBD) soll im Oktober 2021 ein neues Rahmenwerk bekommen. Die knapp 200 Vertragsstaaten werden sich dafür (Stand Ende Mai) im chinesischen Kunming einfinden, um Maßnahmen und Ziele festzulegen, mit denen sie den schnell fortschreitenden Artenverlust aufhalten wollen. Die Verhandlungen dazu laufen bereits seit 2019. Eine der Grundvoraussetzungen für ein erfolgreiches Abkommen ist die Lösung der Finanzierungsfrage. Dabei geht es zum einen darum, wie viel Geld für die Umsetzung der Ziele fließt, und zwar vor allem vom Globalen Norden in den Globalen Süden. Zum anderen wird es darauf ankommen, die riesigen umweltschädlichen Finanzströme der Wirtschafts- und Finanzsysteme in den Griff zu bekommen.

Eigentlich sollte 2020 das Super-Jahr für die Natur werden. Große politische Momente wie der UN-Biodiversitätsgipfel in New York und die 15. Vertragsstaatenkonferenz (COP15) der UN-Konvention zur Biologischen Vielfalt (CBD) in China sollten neue Weichen stellen für den Umgang mit der Artenvielfalt. Nach den Verzögerungen der Verhandlungen durch die Corona-Pandemie ist nun geplant, im Oktober 2021 das neue CBD-Rahmenwerk zu beschließen. In Kunming soll die Welt sich neue Biodiversitäts-Ziele geben: Das Post-2020 Global Biodiversity Framework (GBF) – eine Art Pariser Vertrag für die Natur. Was im neuen Rahmenwerk stehen muss, sagt uns die Wissenschaft. Der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) hat den Zustand der biologischen Vielfalt weltweit sowie die Treiber von deren Verlust analysiert und lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Wir benötigen eine fundamentale, systemweite Reorganisation quer über technologische, ökonomische und soziale Faktoren hinweg.¹ Es geht um weitreichende Maßnahmen, die viel kosten werden. Die Lasten für die Umsetzung sind international ungleich verteilt. Zwar geht es in den politischen Debatten viel um die finanzielle Unterstützung für den Globalen Süden, aber es geht auch um Kapitalströme, die der Natur mittelbar massiven Schaden zufügen und ohne deren Umstellung die vom Weltbiodiversitätsrat IPBES definierte fundamentale Reorganisation nicht möglich sein wird.

Umweltschädliche Subventionen – Politik der Ineffizienz

Die Vorgängerziele des GBF waren die 20 Aichi-Ziele von 2010. Das dritte Ziel betraf Subventionen, staatliche Förderung, beispielsweise in der Landwirtschaft, die der Biodiversität indirekt stark schaden.

Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) werden weltweit jährlich über 500 Milliarden US-Dollar für biodiversitätsschädliche Subventionen ausgegeben, fünf bis sechs Mal mehr als für den Erhalt der Biodiversität. Staatliche Subventionen für fossile Brennstoffe, die die Klimakrise anheizen und indirekt der Biodiversität schaden, sind hier nicht miteinberechnet. Staaten wie Deutschland geben jährlich viel Geld aus, um den kleinen Rest Natur zu schützen, den es bei uns noch gibt. Noch viel mehr Geld geben sie jedoch gleichzeitig aus, um Wirtschaftsaktivitäten zu fördern, die wiederum zur Zerstörung eben dieser Natur führen. Die Fortschritte in Richtung Aichi-Ziel-3 sind gleich Null.²

Der neue globale Rahmen muss hier unbedingt eine Änderung herbeiführen. Die Gleichung ist simpel. Wird weltweit weiterhin mehr Geld in die Zerstörung der Natur investiert als in deren Bewahrung, wird der Verlust der Artenvielfalt ungebremst in Richtung Kollaps weitergehen und die existenzielle Krise herbeiführen, vor der uns die Wissenschaft eindringlich warnt. Dafür wird jedoch auch national großer politischer Wille notwendig sein. Die Setzung ambitionierter Ziele reicht wie immer nicht aus. Die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) zeigt aktuell deutlich, wie wirtschaftliche und politische Interessenkonflikte einem echten Wandel entgegenstehen können.

Unvollständige Profitrechnung – der Finanzsektor und die Artenvielfalt

Öffentliche Gelder sind allerdings nur ein Puzzleteil für einen erfolgreichen Wandel zum Stopp des Biodiversitätsverlustes. Während das Problem der umweltschädlichen Subventionen unter den CBD-Vertragsstaaten weitgehend anerkannt ist, wurde der mittelbare Einfluss des Finanzmarkts bisher ignoriert. Doch die Wirkung der Kapitalströme auf die Artenvielfalt könnte riesig sein. Warum der Konjunktiv? Noch gibt es kaum Daten, die diesen Zusammenhang konkret zeigen. Die Finanzinstitutionen der Welt kalkulieren ihren Einfluss auf die Umwelt in ihren Investitionen nicht mit ein. In ihren Büchern spielt biologische Vielfalt keine Rolle. Dennoch liegt die schädliche Wirkung nahe: Der Finanzmarkt stellt das Kapital für unsere Wirtschaft bereit, in der viele Sektoren wiederum direkte oder indirekte Treiber des Biodiversitätsverlustes sind. Betrachtet man zudem die bloße Größe der Geldströme, ist von einem immensen indirekten Einfluss des Finanzsektors auszugehen.

Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Partha Dasgupta erklärt das Problem aus der Perspektive der Ökonomie: Unser Wirtschafts- und Finanzsystem kalkuliert die Natur in ihren Gleichungen und den daraus folgenden Gewinn-Kalkulationen nicht mit ein. Ihre Ausbeutung kostet nichts, so der Glaube. In der Realität sind die Kosten zwar nicht finanzieller Art, aber sie sind sehr wohl real. Sie sind wie so oft im Kontext globaler existenzieller Krisen langfristiger Natur. In einem kurzfristig gewinnorientierten System sind sie leicht vernachlässigbar. Dabei werden nicht nur Kosten und Risiken vergessen, sondern auch die grundlegenden Bedingungen, die ein gewinnorientiertes Wirtschaften überhaupt erst ermöglichen. Die Wissenschaft schätzt den ökonomischen Wert der Ökosystemleistungen weltweit auf 125 bis 140 Billionen (sic!) US-Dollar im Jahr. Das ist mehr als eineinhalb Mal so viel wie das weltweite Bruttoinlandsprodukt.³ Die Biodiversität zu schützen ist also nichts anderes als vernünftige Wirtschaftspolitik.

Das wird auch im Finanzmarkt selbst mehr und mehr verstanden. Sogar das Weltwirtschaftsforum nennt den Biodiversitätsverlust als eines der fünf größten Risiken der nächsten zehn Jahre.⁴ Auch eine steigende Zahl großer Finanzinstitutionen erkennt das Risiko mittlerweile als ein systemisches an. Sie fürchten den Zusammenbruch des gesamten Marktes, sollten wir einen kritischen Schwellenwert und damit den Kollaps unserer Ökosysteme erreichen. Der



Die Finanzierungs- wird zur Gretchenfrage der CBD COP15.

Worldwide Fund for Nature (WWF) setzt sich mit anderen Organisationen in den Verhandlungen deshalb dafür ein, im neuen CBD-Rahmenwerk ein Ziel zur Berücksichtigung der Biodiversität im globalen Finanzmarkt festzuschreiben.

Der Elefant im Raum – die Entwicklungsfinanzierung

Trotz der großen Herausforderung der schädlichen Finanzströme werden die CBD-Verhandlungen von einem Thema mehr geprägt als von jedem anderen. Wie in vielen der internationalen Verhandlungen, in denen globale Herausforderungen von einer großen Zahl höchst unterschiedlicher Länder getroffen werden müssen, entscheidet oft nicht zuletzt die Frage des Geldes. Konsens ist letztlich oft nur möglich, wenn Zugeständnisse mit harter Währung erkauf werden.

Diese Realität ist auch im Konventionstext der CBD seit 1992 festgeschrieben. Artikel 20 legt fest, dass die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen durch die Entwicklungsländer abhängig ist von der finanziellen, technischen und technologischen Unterstützung der entwickelten Vertragsstaaten. Dahinter steckt auch, dass sich der Großteil des noch heute in der Welt verbliebenen Biodiversitätsreichtums in den Entwicklungsländern des Globalen Südens befindet. Die meisten entwickelten Länder haben „ihre“ Natur im Zuge ihrer Entwicklung nahezu vollständig zerstört. Dementsprechend einigte man sich auf der 11. Vertragsstaatenkonferenz 2012 in Hyderabad auf eine Verdopplung der internationalen Finanzierung für die Entwicklungsländer. Aber wie viel Geld ist das? Verlässliche Daten gibt es nur wenige. Die OECD geht von aktuell 78 bis 91 Milliarden US-Dollar im Jahr aus. Davon kommt aber nur ein Bruchteil aus internationaler staatlicher Finanzierung gemäß Artikel 20, nämlich 3,9 – 9,3 Milliarden pro Jahr. Ungefähr 67,8 Milliarden kommen aus nationalen Budgets und 6,6 – 13,6 Milliarden aus privater Finanzierung. Gemessen an den nötigen weitreichenden Maßnahmen für den Erhalt der Biodiversität ist das viel zu wenig.

CBD quo vadis?

Bestehen nun die Voraussetzungen für ein bahnbrechendes internationales Abkommen oder wäre es bereits ein Erfolg, wenn überhaupt eines zustande käme? Eine globale Pandemie und das Abflauen der Weltkonjunktur, die extrem hohe Dringlichkeit und von der Wissenschaft vorgegebene Notwendigkeit transformativer politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen und eine letztlich dem Ausmaß der Krise nicht

angemessene Wahrnehmung in Politik und Öffentlichkeit: Es sind schwierige Aussichten für eine erfolgreiche COP15 in China.

Die Verhandlungen über die Finanzierungsfrage, die meist erst in den letzten Konferenznächten ihren Höhepunkt erreichen, wird voraussichtlich die Gretchenfrage der CBD COP15 werden. Das Ambitionsniveau, das für einen Erfolg des Abkommens nötig wäre, ist in den aktuellen Verhandlungen noch lange nicht erreicht. Es braucht mehr Druck, auch von Seiten Deutschlands und der EU, angemessene Ziele zu formulieren. Doch diese müssen einhergehen mit starken Finanzierungsverpflichtungen. Diese Zusagen für erhöhte Finanzierung werden üblicherweise so lange wie möglich zurückgehalten. Sie sind politisches Verhandlungskapital. Doch damit bis dahin das Ambitionsniveau nicht komplett in den Keller geht, bedarf es zumindest einer Erwartung auf der Seite der Entwicklungsländer, dass Zusagen letzten Endes tatsächlich kommen werden. Diese Erwartung gibt es im Moment nicht – eine große Gefahr für eine erfolgreiche Einigung.

Entsprechend fordert der WWF von der deutschen Bundesregierung, die internationale Biodiversitätsfinanzierung für Entwicklungsländer auf mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr aufzustocken.



Florian Titze

Der Autor ist Experte für internationale Politik beim WWF Deutschland.

- 1 <https://ipbes.net/global-assessment>
- 2 <https://www.cbd.int/gbo/gbo5/publication/gbo-5-en.pdf>
- 3 Costanza, R. et al. (2014): Changes in the global value of ecosystem services. https://www.researchgate.net/publication/262489570_Changes_in_the_global_value_of_ecosystem_services
- 4 WEF Global Risk Report, 2020, <https://www.weforum.org/press/2020/01/burning-planet-climate-fires-and-political-flame-wars-rage>



Juan Manuel Núñez Méndez/Unsplash

HANDEL ÜBER DEMOKRATIE

Wie internationale Freihandelsabkommen der chilenischen Bevölkerung ihr Selbstbestimmungsrecht absprechen

Proteste gegen Freihandelsabkommen sind zugegebenermaßen nichts Neues. Erstaunlich ist hingegen, dass dem aktuellen Prozess rund um die Erneuerung des EU-Chile-Assoziationsabkommens bisher kaum Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Dabei birgt die Erneuerung des Abkommens bedeutende Gefahren für den aktuellen Verfassungsprozess und die Ansprüche des chilenischen Volkes, mehr Autonomie zu gewinnen.

Seit im Oktober 2019 Tausende von ChilenInnen auf die Straße gingen, um für mehr soziale Gerechtigkeit, etwa den allgemeinen Zugang zu Bildung, ein gerechtes Rentensystem und Gesundheitsversorgung für alle zu protestieren, entwickelte sich im lateinamerikanischen Mekka des Neoliberalismus eine Art sozialer Revolution.

Schnell formulierte sich die Forderung nach einer neuen Verfassung. Die momentan gültige, in den 1980er-Jahren während der Diktatur Augusto Pinochets verabschiedete Verfassung Chiles ist ein Meisterstück des Neoliberalismus und die Grundlage für die Privatisierung aller relevanten gesellschaftlichen Bereiche wie der Gesundheitsversorgung, Bildung, Infrastruktur, des Finanzsystems sowie der öffentlichen Grundversorgung und unter anderem auch der Ressource Wasser.

Die große Mehrheit der chilenischen Bevölkerung will mit einer neuen Verfassung die gesellschaftlichen Verhältnisse in Chile neu justieren, in einem Land, das zwar oft als Vorzeigebispiel für wirtschaftlichen Aufschwung genannt wird, in welchem jedoch weiterhin extreme soziale Ungleichheit herrscht. Wirtschaftswachstum bedeutet eben keinen allgemeinen Wohlstand: 1 % der ChilenInnen besitzt laut Zahlen aus dem Jahr 2017 etwa ein Drittel des Reichtums des Landes.¹

Auf einen Monat der Proteste folgte am 15. November 2019 ein sogenannter Friedensvertrag, der die Aufstände beruhigen sollte und eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung versprach. Das Plebiszit, das aufgrund der Corona-Pandemie von April auf Oktober 2020 verlegt wurde, ließ die Bevölkerung über eine neue Verfassung sowie über den Weg dorthin entscheiden. Am 26. Oktober 2020 sprach sich eine gewaltige Mehrheit von über 78 % für eine neue Verfassung aus und entschied, diese über den Weg einer verfassungsgebenden Versammlung und nicht über das Parlament zu formulieren. Am 15. und 16. Mai 2021 wählte die chilenische Bevölkerung die Mitglieder dieser verfassungsgebenden Versammlung, welche sich in den kommenden Monaten mit der Ausarbeitung eines Verfassungstextes beschäftigen wird. Junge und unabhängige KandidatInnen stellen den Großteil der gewählten VolksvertreterInnen. Der Prozess hin zu einer neuen chilenischen Verfassung und zu einer gerechteren Gesellschaft ist also in vollem Gange.

Hintertüren für die Weltwirtschaft

Am 24. Dezember 2019, nur einen Monat nach Abschluss des sogenannten Friedensvertrags zwischen der chilenischen Regierung und der Protestbewegung, hatte das chilenische Parlament jedoch einige entscheidende Veränderungen am aktuell noch gültigen Verfassungstext vorgenommen: Unter anderem legt der Artikel 135 fest, dass bereits bestehende und ratifizierte Freihandelsverträge von einer neuen Verfassung respektiert werden müssen.

Im Moment sind 26 Freihandelsabkommen in Chile in Kraft, unter anderem ein Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union. Dieses sogenannte EU-Chile-Assoziationsabkommen, das „eine politische und wirtschaftliche Assoziation zwischen der EU und Chile [...] für die Bereiche Handel, Finanzen, Wissenschaft, Technologie, Soziales und Kultur“² begründet, trat 2003 vorläufig, und 2005 vollstän-

dig in Kraft. Seit November 2017 befindet sich der Handelsteil des Abkommens in einem Modernisierungsprozess, der auf neuere Entwicklungen eingehen und aktuellen Gegebenheiten Rechnung tragen soll.

Das Abkommen mit der EU als dem größten ausländischen Investor in Chile hat durch die stark privatisierte chilenische Wirtschaft und die großen Anteile europäischer Unternehmen an verschiedenen Wirtschaftszweigen eine enorme Bedeutung. Trotzdem findet eine öffentliche Debatte über die Verhandlungen kaum statt, Transparenz und zivilgesellschaftliche Beteiligung finden sich vergeblich.

Um möglichen Umstrukturierungen des chilenischen Wirtschaftsmodells im Rahmen der neuen Verfassungsgebung zuvorzukommen und den Prozess durch Veränderungen der gesetzgeberischen Grundlagen nicht zusätzlich zu verkomplizieren, soll laut Leon de la Torre, dem Botschafter der EU in Chile, der Modernisierungsprozess des Abkommens nun beschleunigt und der neue Vertrag noch vor Verabschiedung der neuen Verfassung ratifiziert werden.³ Unter diesen Umständen könnten sich jedoch aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen, die einen großen Teil der chilenischen Bevölkerung diskriminieren und die massiv kritisiert werden, zusätzlich verfestigen.

Verstrickungen europäischer Unternehmen

Die EU schlägt in der Erneuerung des Abkommens ein Investitionsgerichtssystem vor, das ausländische Investitionen schützen und Investoren Klagerechte einräumen soll. Internationale Schiedsgerichte stehen weltweit in der Kritik, da sie Unternehmen große Spielräume gewähren und eine Gefahr für staatliche Reformen darstellen können. Falls durch Maßnahmen der neuen Verfassung in Chile die Interessen europäischer Geldgeber betroffen wären, könnte als Folge der chilenische Staat auf Schadenersatz verklagt werden. Allein die Androhung von Klagen kann große politische Wirkkraft haben, wie in anderen Ländern durch Klagen multinationaler Konzerne schon deutlich wurde, und könnte den Prozess der Verfassungsgebung entscheidend beeinflussen.

In einem vom Regionalbüro der Heinrich-Böll-Stiftung Cono Sur unterstützten Bericht zu Möglichkeiten und Gefahren der Modernisierung des Abkommens wird deutlich, in wie vielen sozialpolitisch relevanten wirtschaftlichen Bereichen in Chile europäische Unternehmen involviert sind. Italienische, spanische und deutsche Unternehmen beteiligen sich am privaten Rentensystem, besitzen Wasseranteile, kontrollieren große Teile der Energieversorgung und investieren ins Telekommunikationssystem.⁴

Schon jetzt steht der Artikel 135, der Freihandelsverträge auch bei einer Verfassungsreform schützt, heftig in der Kritik. Zentrale Forderungen der chilenischen Bevölkerung nach der Entprivatisierung des Wassers, des Rentensystems und anderen Bereichen werden vom Investitionsschutz des Abkommens bedroht.

Wo bleibt der Green New Deal?

Auch im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Menschenrechte besteht berechtigte Kritik. Das Abkommen legt seinen Fokus auf den Export chilenischer Rohstoffe wie Lithium und Kupfer. Neben dem Bergbau soll der Handel von land-

» Die Neuverhandlung des Abkommens muss mindestens bis zur Verabschiedung einer neuen chilenischen Verfassung gestoppt werden.

und forstwirtschaftlichen Produkten erleichtert werden. Alle Sektoren mit einem enormen Wasserverbrauch, dabei leidet Chile schon jetzt unter großem Wasserstress, ist von Dürren betroffen und kann in manchen Regionen nicht einmal die Grundversorgung der eigenen Bevölkerung gewährleisten.

Aus der EU werden vor allem Autos, Flugzeuge und andere Maschinen nach Chile exportiert. Auch Pestizide, die in der EU verboten sind, werden für den landwirtschaftlichen Gebrauch nach Chile geliefert und schaden dort nicht nur der Bevölkerung und Umwelt, sondern landen am Ende auch wieder auf europäischen Tellern. Verbindliche Umweltschutzbestimmungen sind nicht vorgesehen: Die Nachhaltigkeitskapitel beinhalten bisher keine Sanktionsmechanismen im Falle eines Vergehens gegen die empfohlenen Umweltbestimmungen.

Und während chilenische und europäische RegierungsvertreterInnen im Oktober 2019 in Santiago hinter verschlossenen Türen über die Modernisierung des Abkommens verhandelten, begingen die chilenische Polizei und das Militär auf der Straße Menschenrechtsverletzungen.⁵

Neben der Gewalt im Rahmen der anhaltenden Proteste steht die chilenische Regierung auch in ihrem Umgang mit der indigenen Bevölkerung, primär den Mapuche in der Kritik. Die Holzwirtschaft im Süden des Landes ist schon jetzt zentraler Streitpunkt anhaltender Auseinandersetzungen. Landnutzungskonflikte und der erschwerte Zugang zu Wasser verschärfen die Situation. Verpflichtende Klauseln zum Umgang mit Menschenrechtsverletzungen sind im bisherigen Vertragstext ebenfalls nicht vorhanden.

Der Modernisierungsprozess des EU-Chile-Assoziationsabkommens steht in direktem Konflikt mit der Verfassungsgebung und untergräbt die demokratischen Ansprüche der chilenischen Bevölkerung sowie den Versuch, eine gerechtere Gesellschaft zu gestalten. Aus diesem Grund muss, allein schon im Sinne der demokratischen Grundwerte der Europäischen Union, jedoch auch im Hinblick auf die Verschärfung der Klimakrise, die Neuverhandlung des Abkommens mindestens bis zur Verabschiedung einer neuen chilenischen Verfassung gestoppt werden. Im weiteren Prozess sind Nachbesserungen im Bereich der Menschenrechte, des Umweltschutzes und der demokratischen

Prinzipien unabdingbar. Freihandelsabkommen, die sich auf extraktive Industrien und umweltschädliche Wirtschaftszweige konzentrieren und koloniale Machtstrukturen manifestieren, können kein Weg in eine nachhaltig bessere Zukunft sein. Eine öffentliche Debatte – auch in Deutschland und Europa – ist mehr als überfällig.



Veronica Rossa

Die Autorin studierte Interkulturelle Europa- und Amerikastudien und Politikwissenschaft in Deutschland und Lateinamerika und arbeitete im Forum Umwelt und Entwicklung.

1 <https://media.elmostrador.cl/2017/06/libro-desiguales-del-PNUD.pdf>, S.345ff.

2 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=LEGISSUM%3Ar14015>

3 Centro de Estudios Internacionales UC (25.09.2020). Conservatorio: Chile-UE post pandemia <https://www.youtube.com/watch?v=l0cvRAUKaK4>

4 <https://cl.boell.org/es/2021/03/18/la-modernizacion-del-acuerdo-de-asociacion-entre-chile-y-la-union-europea>, vgl. u. a. S.22.

5 <https://www.amnesty.org/download/Documents/AMR2231332020ENGLISH.PDF>



JESHOOOTS.COM/Unsplash

SCHLUSS MIT HORMONGIFTEN!

**NGOs fordern von der Bundesregierung,
endlich die Belastung mit Hormongiften
zu stoppen**

Hormonell schädliche Chemikalien (endocrine disrupting chemicals, EDCs) finden sich in vielen Alltagsprodukten und werden mit gesundheitlichen Schäden wie Unfruchtbarkeit, hormonell bedingten Krebsarten und neurologischen Erkrankungen in Zusammenhang gebracht. Jetzt hat ein Bündnis von Organisationen der Zivilgesellschaft in Deutschland ein Maßnahmenpaket für die politisch Verantwortlichen geschnürt. Die Bevölkerung muss endlich auch in Deutschland besser vor der Belastung mit hormonschädlichen Chemikalien geschützt werden. Das fordern die Autorinnen des jetzt veröffentlichten Forderungspapiers Hormongifte Stoppen! Wir brauchen einen EDC-Aktionsplan.

EDCs finden sich in vielen Produkten aus Plastik, in Kosmetik, Textilien, Spielzeug, als Rückstände endokriner (hormonell wirksamer) Pestizide in Lebensmitteln, in Biozidprodukten und vielem mehr – meist ohne Wissen der VerbraucherInnen.

Hormongifte sind Substanzen, die das Hormonsystem stören. Sie werden auch als endokrine Disruptoren bezeichnet und können zum Beispiel natürliche Hormone blockieren oder nachahmen und dabei wichtige Abläufe im Körper zu früh, zu spät oder gar nicht auslösen. Besonders bekannte Hormongifte sind etwa Zusätze in Kunststoffen wie Bisphenol A und Phthalate (Weichmacher), aber auch bestimmte Pestizide und Biozide haben diese gefährliche Stoffeigenschaft. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat gemeinsam mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) im Jahr 2012 einen Bericht zu EDCs und deren Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen veröffentlicht. Sie bezeichnen EDCs als „globale Bedrohung“. ¹ Verschiedene Untersuchungen gehen von rund 800 bis 1.000 Chemikalien mit endokriner Wirkung aus. Studien zeigen, dass in allen Kindern und Erwachsenen EDCs nachgewiesen werden können. Auch Lebensmittel sind oft belastet: Eine Analyse zeigt, dass rund 23 % aller untersuchten Obst- und Gemüseproben in der EU mindestens einen solchen Pestizidrückstand aufweisen und in jeder achten bis neunten Probe mehrere hormonell wirksame Pestizidrückstände nachzuweisen waren. ²

EDCs sind allgegenwärtig und gefährlich

EDCs werden unter anderem mit folgenden Krankheiten in Zusammenhang gebracht: Diabetes Typ II, Übergewicht, männliche und weibliche Fortpflanzungsstörungen wie Unfruchtbarkeit, Brustkrebs, Hodenkrebs, Schilddrüsenkrebs, Herzprobleme, Asthma, neurologische Störungen, Entwicklungsstörungen und Verhaltensstörungen wie ADHS. Die verstärkte Zunahme dieser Krankheiten kann nicht allein mit genetischen Effekten erklärt werden, bestätigen WissenschaftlerInnen. Neben anderen Faktoren spielen auch EDCs eine Rolle. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass die Gesundheitskosten durch die EDC-Exposition extrem hoch sind. Sie beziffern die Gesundheitskosten in der EU in Bezug auf männliche Reproduktionsstörungen auf 15 Milliarden Euro, in Bezug auf Übergewicht und Diabetes auf über 18 Milliarden Euro, und in Bezug auf neurobehaviorale Defizite und Krankheiten auf über 150 Milliarden Euro jährlich. ³

EDCs wirken sich auch auf die Umwelt aus. Sie können die Gesundheit und Überlebenschancen von Tieren negativ beeinflussen. Wachstum, Geschlecht, Verhalten und Fortpflanzung werden durch EDCs beeinträchtigt. Die Auswirkungen des Biozids Tributylzinn (TBT), das gegen den Bewuchs an Schiffsrümpfen eingesetzt und entlang der internationalen Schifffahrtsrouten kontinuierlich in die Meeresumwelt freigesetzt wurde, führt beispielsweise selbst bei niedrigsten TBT-Konzentrationen im Nanogrammbe- reich zur Ausbildung von Penissen bei weiblichen Meeresschnecken. Seit 2003 sind TBT-haltige Schiffsanstriche in den Mitgliedsländern der Internationalen Schifffahrts-Organisation verboten, aber weiterhin in der Umwelt nachzuweisen.

Regulierung von EDCs in der EU

Endokrine Eigenschaften sollen bei der Stoffbewertung von Chemikalien in allen betroffenen EU-Gesetzgebungen berücksichtigt werden. Das hat die EU 1999 in einer Strategie zum Umgang mit EDCs festgeschrieben. Es mangelte aber lange an Definitionen und wissenschaftsbasierten Kriterien für die Identifizierung von EDCs. Konkret wurde es erst zehn Jahre später mit der Überarbeitung des europäischen Pestizidrechts. Dabei wurden Verwendungsverbote (inklusive Ausnahmeregelungen) für solche Pestizide und Biozide festgeschrieben, die hormonschädigende Eigenschaften haben können. Dazu sollten auch Identifizierungskriterien festgelegt werden. Trotz erheblichen Lobbydrucks und um Jahre verspätet trat 2018 eine politische Einigung über eine Definition in Kraft. Obwohl stark verbesserungswürdig wurde mit dem Inkrafttreten dieser Kriterien für das Biozid- und das Pestizidrecht zum ersten Mal der Weg für eine systematische Identifizierung und Regulierung im Stoffrecht beschritten.

Mittlerweile müssen Pestizide und Biozide im Rahmen der Stoffgenehmigung und der Mittelzulassung auf ihre hormonstörenden Eigenschaften nach Vorgaben der vereinbarten Kriterien überprüft werden. Allerdings stocken viele Verfahren, weil in vielen Fällen die von den Antragstellern vorgelegten Daten gar nicht oder nur unzureichend sind, um endokrine Wirkungen und Schäden zu erkennen und zu bewerten.

Hin zu einer umfassenden EDC-Strategie auf allen Ebenen

Das Ziel, EDCs wirksam zu regulieren, ist noch lange nicht erreicht. Deshalb hat die EU-Kommission 2017 eine Überarbeitung der EDC-Strategie von 1999 angekündigt. Herausgekommen ist bislang aber nur ein Kommunikationspapier und das Vorhaben, zunächst eine Folgenabschätzung für alle betroffenen Gesetzesbereiche durchzuführen, anstatt endlich konkrete Maßnahmen, Zeitpläne und Ziele zu formulieren.

Die NGO-Allianz „EDC-Free Europe“ fasste 2018 in einem Acht-Punkte-Katalog ihre zentralen Forderungen zum Umgang mit EDCs zusammen, unter anderem die dringende Notwendigkeit zur EDC-Regulierung in allen betroffenen Gesetzgebungen wie für Kosmetika und Spielzeug, und die Festlegung einer umfassenden Strategie. ⁴ Auch das EU-Parlament votierte mit großer Mehrheit im April 2019 für eine nicht bindende Resolution an die EU-Kommission, damit diese einen Gesetzesentwurf zum

» Eine globale Bedrohung braucht auch globale Lösungen.

Umgang mit EDCs vorlegt. Diese Position findet auch im Rat der Europäischen Union Unterstützung.

Gerade, weil auf EU-Ebene die Regulierung von EDCs entweder noch nicht existiert oder sehr schleppend voranschreitet, bedarf es umso mehr der Initiative auf deutscher Ebene. Was möglich wäre, zeigt Frankreich: Das Land hat bereits zum zweiten Mal einen umfangreichen Aktionsplan zum Schutz vor EDCs aufgestellt.

Mit ihrer Kampagne „Hormongifte stoppen!“ fordern die Organisationen HEJSupport, das Pestizid Aktions-Netzwerk Deutschland und Women Engage for a Common Future unter anderem:

- » Strengere Regulierung in Deutschland und Europa, beispielsweise in Form eines Verbots von EDCs in Alltagsprodukten, und ein Verbot von chemisch-synthetischen Pestiziden und Bioziden für Laien, ergänzt um die Einführung von Lenkungsinstrumenten wie Steuern und Abgaben für gefährliche Chemikalien, inklusive EDCs;
- » eine einheitliche Identifizierung und Klassifizierung von bekannten und verdächtigen EDCs auf EU-Ebene;
- » von der Bundesregierung die Initiierung einer Strategie zur Minderung der Belastung durch endokrine Disruptoren mit konkreten Zielen, Zeitplänen und der Bereitstellung von Finanzmitteln für Forschungsaktivitäten, Förderung von Alternativen und Informationskampagnen;
- » eine Informationskampagne für alle, besonders aber für Schwangere und Familien, mit dem Ziel der Expositionsreduktion, ähnlich der AIDS-Kampagnen;
- » eine Deklarationspflicht für ProduzentInnen und Handel. Jeder Anbieter muss Verbraucherinformationen zu den Inhaltsstoffen seiner Produkte inklusive der Verpackung unmittelbar (also auf dem Produkt oder der Verpackung) zur Verfügung stellen;
- » die engagierte Mitarbeit der Bundesregierung an einer neuen, umfassenden EDC-Gemeinschaftsstrategie der EU, unter anderem im Rahmen des 7. Umweltaktionsprogramms;
- » die Umsetzung eines Arbeitsschwerpunktes Endokrine Disruptoren im Rahmen des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit;
- » die Veröffentlichung und kontinuierliche Aktualisierung einer Liste von identifizierten oder verdächtigen, hormonstörenden Chemikalien, die einfach öffentlich zugänglich und verständlich ist.

Eine globale Bedrohung braucht auch globale Lösungen. Die einzige internationale politische Plattform, die derzeit

zu EDCs arbeitet, ist der Strategische Ansatz für ein Internationales Chemikalienmanagement SAICM.⁵ Leider sind bisher nur – nach langer Verspätung und unter enormem Lobbydruck – drei beschreibende Berichte erschienen. Nur wenige Aufklärungsmaterialien wurden erstellt. Insgesamt ist die Arbeit zu EDCs im Rahmen von SAICM ungenügend und halbherzig. Es ist dringend notwendig, nicht erreichte Ziele, auch in einem Nachfolgeprozess von SAICM, dessen Mandat gegenwärtig unter Pandemie-Bedingungen – und deutscher Präsidentschaft – verhandelt wird, weiterzuvorführen und gegebenenfalls mit verbindlichen Verpflichtungen für die Akteure zu versehen.



Wolfgang Oberland

Der Autor leitet den Arbeitsbereich Internationale Chemikalienpolitik beim Forum Umwelt & Entwicklung

Zur Kampagnenwebseite mit weiteren Informationen:
<https://hej-support.org/hormongifte-stoppen/>

- 1 WHO, UNEP (2013): Global Assessment of the State of the Science of Endocrine Disruptors. <https://apps.who.int/iris/handle/10665/78101>
- 2 PAN Europe (2017): Endocrine Disrupting Pesticides in European Food. https://www.pan-europe.info/sites/pan-europe.info/files/Report_ED%20pesticides%20in%20EU%20food_PAN%20Europe.pdf
- 3 WHO, UNEP (2012) sowie <https://academic.oup.com/jcem/article/100/4/1267/2815068> und <https://ehp.niehs.nih.gov/doi/10.1289/EHP358>.
- 4 EDC Free Europe (2018): Acht Forderungen für eine EU EDC-Strategie. <https://pan-germany.org/download/acht-forderungen-fuer-eine-eu-edc-strategie/>
- 5 Vgl. Rundbrief IV/2019 <https://www.forumue.de/rundbrief-iv-2019-die-geister-die-wir-riefen-chemikalien/>



AUS ALT MACH ÖL

Doch Kreislaufwirtschaft sieht anders aus

Verschmutzte und unsortierte Abfälle sind bislang große Herausforderungen für das mechanische Recycling. Pyrolyse heißt ein Verfahren, das diese nun angehen soll. Sie wird von der chemischen Industrie als umweltfreundliche Zukunftstechnologie beworben, bei der aus Kunststoffabfällen neue Ausgangsstoffe für die Industrie entstehen. Energiebilanz und toxische Reststoffe trüben jedoch die grünen Aussichten.

Bei der **Pyrolyse** handelt es sich um ein Verfahren des sogenannten chemischen Recyclings. Auch wenn eine allgemeingültige Definition des chemischen Recyclings nicht existiert, kann generell von Verfahren gesprochen werden, bei denen Kunststoffe in ihre Ausgangsstoffe zerlegt werden. Dabei werden Polymere – also langkettige Moleküle – durch (thermo)chemische Prozesse in Monomere beziehungsweise chemische Grundbausteine umgewandelt. Diese Monomere können dann als Grundstoff genutzt werden, um neue Polymere herzustellen.

Verarbeitetes Plastik wird über chemische Recyclingverfahren wie die Pyrolyse wieder in Öl verwandelt, mit dem neue Produkte von hoher Qualität hergestellt werden können. Neben der Pyrolyse gibt es noch weitere Prozesse wie Vergasung oder Verflüssigung, die auch unter chemisches Recycling fallen. Die Unterschiede in den Verfahren bestehen in der Höhe der Temperatur, dem Druck, dem Zufluss an Sauerstoff während des Prozesses und den Endprodukten. Die Pyrolyse läuft unter Abschluss von Sauerstoff, bei Temperaturen zwischen 400 und 700 Grad Celsius und bringt



Claudio Schwarz/Pixabay

als Hauptprodukt Pyrolyseöl oder Wachse hervor. Dazu entstehen Nebenprodukte in Form von Gas und Asche.

Dass die Kunststoffe in ihre Grundstoffe zerlegt werden, ist auch der Grund, warum das Bundesumweltministerium diese Verfahren nicht als Recycling anerkennt. Nur die werkstoffliche oder mechanische Wiederverwertung, also Prozesse, bei denen die chemische Struktur des Kunststoffes intakt gelassen wird, erkennt das Bundesministerium als Recycling an; anders als die EU, die hier keine Unterscheidung vornimmt.¹ BASF und Co. wollen, dass auch in Deutschland chemische Wiederverwertung als Recycling anerkannt wird. Sie argumentieren, dass so selbst gemischte Kunststoffabfälle ohne Sortierung oder stark verschmutztes Material wiederverwertet werden können, ohne dass die Folgeprodukte in ihrer Qualität gemindert seien.² Ob das wirklich der Fall ist, ist aber noch nicht abschließend geklärt. Doch die chemische Industrie geht noch weiter und preist das Verfahren als klima- und umweltfreundlich an.

Die Idee und erste Anwendungen kamen bereits vor 50 Jahren auf. Allerdings hat sich das chemische Recycling bisher nicht in der Praxis bewährt. Es gibt kaum Anlagen im großen Stil. Noch findet das Verfahren primär im Testbetrieb statt, beispielsweise im Stammwerk der BASF in Ludwigshafen. Entsprechend gibt es bisher kaum Daten zu den Umweltauswirkungen des chemischen Recyclings. Die meisten erhobenen Daten wurden nicht unabhängig erstellt oder sind nicht umfassend. Der Naturschutzbund Deutsch-

land (NABU), die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und andere europäische Umweltverbände haben den bisherigen Studienstand gesichtet und geprüft.³ Dabei wird deutlich, dass es zum einen weiterer und vor allem unabhängiger Evaluationen des Verfahrens bedarf. Zum anderen wird deutlich, dass es mit der Umweltfreundlichkeit nicht so weit her ist. Hauptgrund dafür ist der enorme Energieverbrauch.

Fragliche Energiebilanz und giftige Abfallstoffe

Die thermochemische Reaktion bei der Pyrolyse benötigt Energie, die über den ganzen Prozess eine konstante, hohe Temperatur gewährleistet. Damit ist der Energieaufwand sehr hoch. In vielen Pyrolyse-Prozessen entstehen als Nebenprodukt Gase, die zur Energiegewinnung verbrannt werden können. Dadurch sinkt der Energiebedarf, und manche Firmen sprechen sogar davon, dass die Verbrennung der Nebenprodukte genug Energie hervorbringt, um den Prozess dauerhaft am Laufen zu halten. Daher wird das Verfahren als energiesparrend bezeichnet. Ausgeblendet werden aber viele weitere Schritte im Vorfeld und Nachgang des Pyrolyse-Prozesses, die auch energieintensiv sind wie die Reinigung des Pyrolyseöls. Je mehr Nebenprodukte aus der Pyrolyse abgezogen werden, um zum Beispiel das entstehende Pyrolysegas zur Energieverwendung zu nutzen, desto geringer werden die Erträge der Pyrolyse, mit denen neue Kunststoffe hergestellt werden – also Pyrolyseöl.

Neben dem Energieverbrauch ist die Produktion von toxischen und stark verschmutzten Abfällen ein weiterer Faktor für die geringe Umweltverträglichkeit des Verfahrens. Bisherige Studien klammern die Toxizität aus oder stellen die Daten als sehr unsicher dar. Vorrangig geht es bei den toxischen Stoffen um Abfallprodukte wie Flugaschen, Koks und Wasser, die im Prozess entstehen, belastet sind und dementsprechend deponiert werden müssen. Aber auch das eigentliche Produkt, das Pyrolyseöl, kann belastet sein. Phthalate, Bisphenol A, Brom oder polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe sind Beispiele für toxische Nebenprodukte, die hormon-, gen-, organschädigend oder krebserzeugend sind und bei der Pyrolyse aus den Kunststoffen austreten oder im Prozess entstehen. Ist das Pyrolyseöl bereits mit solchen Giften belastet, kann es schwer als Ausgangsstoff für neue Kunststoffe genutzt werden. Dieses Problem ist nur lösbar, indem das Pyrolyseöl entweder aufwendig und energieintensiv gereinigt oder mit großen Mengen an fossilen Primärrohstoffen verdünnt wird. Je verschmutzter und heterogener der Plastikabfall ist, desto höher ist die Belastung der Produkte mit Schadstoffen. Homogene Abfälle könnten allerdings bei idealer und gleichbleibender Temperatur thermisch so zerlegt werden, dass die Entstehung von Schadstoffen im Prozess reduziert wird.

Recycling von Autoreifen

Dem chemischen Recycling kann in Form von Pyrolyse eine ergänzende Rolle in der Abfallhierarchie zukommen, und es kann für bestimmte Abfälle angewendet werden, bevor diese energetisch verwertet werden. Werkstoffliches oder mechanisches Recycling muss allerdings Vorrang haben. Jedoch gibt es Abfälle wie Autoreifen, die bisher schlichtweg schwer bis gar nicht über gängige Verfahren recycelt



Chemisches Recycling ist nicht das Wundermittel, als das es BASF und Co. verkaufen.

werden können. Autoreifen werden heute zu einem Großteil in Zementwerken zur Energiegewinnung verbrannt, wobei die wertvollen enthaltenen Rohstoffe verloren gehen.

Seit 2020 führt die Firma Pyrum ein mittlerweile in industriellem Maßstab arbeitendes Verfahren durch, um aus Autoreifen mittels Pyrolyse wieder neue Rohstoffe zu gewinnen. Das Hauptprodukt bildet das Pyrolyseöl, das nach der Reinigung als Ausgangsstoff für neue Kunststoffe genutzt werden kann. Die entstehenden Aschen werden zurück in die Reifenindustrie gegeben und dort verwendet. Überschüssige, freigewordene Energie könnte laut Unternehmen mittels Fernwärme sogar Haushalte versorgen.⁴ Seit Herbst 2020 ist auch die BASF an dem Verfahren interessiert und investiert in die Firma Pyrum. Es gibt bereits Abnahmeverträge für das erzeugte Pyrolyseöl.⁵ Und es hat mittlerweile auch eine REACH-Zertifizierung. Nach der REACH-Verordnung der EU müssen Hersteller oder Importeure von Chemikalien Daten zur Verfügung stellen, die Informationen über die Stoffe und deren Risiken liefern. Sind entsprechende Risiken für Mensch und Umwelt zu erwarten, erfolgen Regulierungen. Mit der REACH-Zertifizierung steht dem Pyrolyseöl von Pyrum der Markt offen.

Kein Beitrag zur Kreislaufwirtschaft

Chemisches Recycling ist nicht das Wundermittel, als das es BASF und Co. verkaufen. Bisher sind die Umweltauswirkungen nicht genau abzusehen, und auch die wirklichen CO₂-Emissionen sind bisher noch nicht aufgeschlüsselt. Zusätzlich stellen insbesondere hochtoxische Reststoffe ein Problem dar. Durch Verluste während des Pyrolyseprozesses, etwa in Form von Aschen und Gasen, – auch wenn beides zum Teil wieder in Produktionsprozesse einfließt – ist das chemische Recycling nicht für eine kreislaufförmige Wirtschaft geeignet. Derzeit gehen circa 50 % des eingesetzten Materials verloren, insbesondere wenn das entstehende Gas genutzt wird, um die nötige Energie für den Prozess aufzubringen. Im Ergebnis gibt es immer Verluste an Primärrohstoff. Das chemische Recycling ist also bestenfalls ein Beitrag zur effizienteren Nutzung von Primärrohstoffen – eine Scheinlösung. Die Pyrolyse wird eine weitere Nutzung von fossilen Rohstoffen oder die ebenfalls

problematische Nutzung von Rohstoffen aus Biomasse nicht überflüssig machen.

Kunststoffe müssen so hergestellt werden, dass sie einfach wiederverwendet werden können, und vor allem muss ihr breiter Einsatz gemindert werden. Entsprechend der Abfallhierarchie muss die Vermeidung von Abfällen Priorität haben. Andererseits müssen bestehende Verfahren des mechanischen Recyclings konsequent genutzt werden und Produkte recyclingfähiger machen. Nur bei Produkten, bei denen dies nicht möglich ist, kann das chemische Recycling ein Verfahren sein, um sie nicht der thermischen Verwertung oder Deponierung zu überlassen.



Tom Kurz

Der Autor arbeitet im Forum Umwelt & Entwicklung im Bereich internationale Chemikalienpolitik.

- 1 https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2020-07-17_hgp_chemisches-recycling_online.pdf oder Umweltbundesamt (Hrsg.), 2020: Hintergrund – Chemisches Recycling.
- 2 <https://www.basf.com/global/de/who-we-are/sustainability/we-drive-sustainable-solutions/circular-economy/mass-balance-approach/chemcycling.html>
- 3 https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/abfallpolitik/201218_die_umweltauswirkungen_des_chemischen_recyclings_von_kunststoffen_final.pdf
- 4 <https://www.pyrum.net/ueber-uns/technik/>
- 5 <https://www.pyrum.net/ueber-uns/historie/>



GESETZE FÜR NACHHALTIGKEIT VORSCHLÄGE FÜR DIE 20. LEGISLATURPERIODE DES BUNDESTAGS

Forum Umwelt & Entwicklung (Juni 2021)

Sechs Jahre nach der Verabschiedung der Agenda 2030 mit ihren Sustainable Development Goals (SDGs) zeigt sich, dass die Umsetzung in Deutschland weiterhin vor großen Hürden steht. Ein Kernproblem ist und bleibt ihre Unverbindlichkeit. Mit der SDG-Aktionsdekade, die der UN-Generalsekretär für die nächsten zehn Jahre ausgerufen hat, muss nun auch die Verbindlichkeitsdekade beginnen. Mit dieser Publikation werden deswegen Vor-

schläge für Gesetze vorgestellt, die der Bundestag in der 20. Legislaturperiode erarbeiten und verabschieden kann. Die Vorschläge sind ein Angebot, aber auch eine Checkliste für das Ambitionsniveau, das der Bundestag und die Regierung an den Tag legen.

Download in Kürze unter:
www.forumue.de/publikationen



EU-MEXIKO ALLE MACHT DEN ...? INVESTOREN!

PowerShift in Zusammenarbeit mit Forum Umwelt & Entwicklung u. a. (Februar 2021)

Das erneuerte EU-Mexiko Handelsabkommen wird aller Voraussicht nach das erste sein, über das im EU-Rat und EU-Parlament 2021 abgestimmt wird. Dabei blicken die EU und Mexiko auf eine bereits seit dem Jahr 2000 dauernde Kooperation im Rahmen eines Handelsabkommens zurück. Dieser er Reiseführer nimmt eine Auswertung vor, was das alte EU-Mexiko-Abkommen für das lateinamerikanische Land bedeutet hat, und analysiert, was die Neuerungen im aktualisierten

Handelsabkommen sind. Kritisch setzt sich das Infoheft mit den weiteren Zollsenkungen, der Öffnung des mexikanischen Beschaffungswesens und den Sonderklagerechten für Konzerne auseinander, um diese ins Verhältnis zu den Rechten zu setzen, die Menschen, Umwelt und Klima mit dem Abkommen erlangen.

Download unter:
<https://www.forumue.de/reisefuehrer-eu-mexico-alle-macht-den-investoren/>



AUßENWIRTSCHAFTSFÖRDERUNG IN EINKLANG MIT MENSCHENRECHTEN, UMWELT- UND KLIMASCHUTZ BRINGEN

Forum Umwelt und Entwicklung & 24 andere Organisationen (April 2021)

Dieses Positionspapier fasst Erwartungen an Bundestag und Bundesregierung für die Legislaturperiode 2021-2025 zusammen. Da die Regierung private Exporte und Investitionen öffentlich fördert, muss sie dafür Sorge tragen, dass die geförderten Projekte höchsten ökologischen, menschenrechtlichen und entwicklungspolitischen Standards genügen. Bundestag und Bundesregierung sind daher dringend gefordert, die Prüf- und Vergabe-

kriterien, das Monitoring und die Transparenz bei der Außenwirtschaftsförderung unter menschenrechtlichen und ökologischen Gesichtspunkten zu überarbeiten und gesetzlich zu regeln.

Download unter:
https://www.forumue.de/wp-content/uploads/2021/04/Aussenwirtschaftsfoerderung_Menschenrechte_Umwelt-Klimaschutz_2021-04-21.pdf



MIKROKREDITE MENSCHENRECHTLICH BELEUCHTET ZAUBERMITTEL ODER ARMUTSFALLE? (FACT SHEET)

FIAN (März 2021)

Mikrokredite sind heute ein zentrales Instrument der Entwicklungszusammenarbeit und ein milliardenschweres Geschäft. Ihre Wirksamkeit zur Armutsbekämpfung ist jedoch umstritten. Menschenrechte werden durch den Mikrofinanzboom mitunter gefährdet.

Download unter:
https://www.fian.de/fileadmin/user_upload/news_bilder/2021/Factsheet_Mikrokredite_Web.pdf

Weitere Publikationen und Veranstaltungen des Forum Umwelt & Entwicklung finden Sie auf unserer Homepage www.forumue.de und bei Twitter @ForumUE

Bestellungen online oder postalisch an:

Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, E-Mail: buero@forumue.de

Sechs Jahre nach der Verabschiedung der Agenda 2030 mit ihren Zielen für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) steht die Umsetzung in Deutschland weiterhin vor großen Hürden. Mit dieser Publikation werden Vorschläge für Gesetze vorgestellt, die der Bundestag in der kommenden Legislaturperiode zur Verwirklichung der SDGs erarbeiten und verabschieden sollte. Denn Untätigkeit und Unverbindlichkeit wollen und können wir nicht mehr länger hinnehmen.

Gesetze für Nachhaltigkeit

Vorschläge für die
20. Legislaturperiode
des Bundestags



Online herunterladen oder Druckversion bestellen?
Geht beides! ▶

www.forumue.de/publikationen

